

Preussische Allgemeine



75 Jahre

Nr. 43 · 24. Oktober 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €

Der neue Goldrausch

Während Krypto abstürzt, erlebt das Edelmetall einen Höhenflug **Seiten 2 und 7**



Vor 500 Jahren Die erste Heilige Messe auf Deutsch wurde gelesen **Seite 11**



Gotha Eine Stadt von Adel feiert ihr 1250-jähriges Jubiläum **Seite 21**

VON RENÉ NEHRING

PARTEIENLANDSCHAFT

Die CDU bleibt bei ihrer erfolglosen AfD-Strategie

Trotz erster Stimmen für einen anderen Umgang hält insbesondere der Kanzler an der Brandmauer fest. Und verpasst womöglich eine historische Chance

In Sachen AfD bleibt der Kanzler hart. Im Anschluss an eine Klausurtagung des CDU-Parteipräsidiums bekräftigte Friedrich Merz seinen klaren Abgrenzungskurs gegenüber der Konkurrenz von rechts. Anstelle einer Annäherung werde die AfD bei den Landtagswahlen im nächsten Jahr sogar als „Hauptgegner“ betrachtet.

Noch wenige Tage zuvor schien es, als würde die sprichwörtliche Brandmauer der Union zur AfD Risse bekommen. Im „stern“ hatten der frühere CDU-Generalsekretär Peter Tauber, der ehemalige Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) und der einstige Vorsitzende der CDU-Grundwertekommission Andreas Rödder für einen neuen Umgang mit der AfD plädiert und damit für einiges Aufhorchen gesorgt.

Fakt ist, dass der Kanzler mit seiner bisherigen Strategie gescheitert ist. Als Merz 2018 in die Politik zurückkehrte, stand die AfD in Umfragen bei 16 bis 18,5 Prozent. Damals verkündete der Bewerber um den CDU-Vorsitz, dass er sich zutraue, die Wählerstimmen der Wettbewerber halbieren zu können. Heute, in Zeiten Merzcher Kanzlerschaft, steht die AfD bei 26 bis 27 Prozent – und ist damit sogar stärkste politische Kraft. Insofern erinnern die oben erwähnten Beschwörungen des Kanzlers an das geflügelte Wort, wonach die Erwartung, trotz immer gleichen Handelns andere Ergebnisse zu erzielen, als Definition von Wahnsinn gilt.

Hochmut gegenüber den Wählern

Bedenklich klingen auch die – nicht nur in den Reihen der Union zu vernehmenden – Aussagen, dass man den Wählern nur deutlicher erklären müsse, welche furchtbaren Folgen sie zu erwarten hätten, sobald die AfD Regierungsverantwortung übernehmen würde. Dies unterstellt nicht nur, dass die Bürger zu dumm sind zu erkennen, wofür welche Partei programmatisch

steht. Sondern es unterschlägt, dass die Wähler der AfD – immerhin mehr als ein Viertel aller Deutschen – sich ganz bewusst von den etablierten Parteien abgewandt haben, weil sie mit deren Politik der letzten Jahre nicht zufrieden sind.

Womit die CDU-Spitze durchaus recht hat, ist, dass die programmatischen Unterschiede zwischen Union und AfD alles andere als gering sind. Auf zahlreichen Feldern wie der Außen- und Sicherheitspolitik gibt es sogar erhebliche Differenzen. So lehnt die Führung der AfD gerade jede Positionierung zur Wehrpflicht ab, obwohl selbst die Mitglieder der Partei zu rund drei Vierteln für deren Wiedereinführung sind. Zur Begründung heißt es, man wolle „keine Wehrpflicht für fremde Kriege“. Dabei wurden Wehrdienstler weder zu Zeiten der alten Wehrpflicht für Auslandseinsätze der Bundeswehr zwangsverpflichtet, noch ist dies in den Plänen für eine Neuaufstellung der Streitkräfte vorgesehen. Was die Frage aufwirft, ob die AfD überhaupt gewillt ist, ihre bisherige Oppositionsrolle zu verlassen und Verantwortung für Deutschland – die oft auch un bequem ist – zu übernehmen.

Doch sind derlei kindlich-alberne Manöver ein Grund, Bündnisse mit der AfD komplett auszuschließen? Grundlegende inhaltliche Differenzen hat die Union auch gegenüber anderen Parteien (zumindest hatte sie diese, bevor sich die CDU in der Ära Merkel dem grünen Zeit-

geist anpasste). Auch die SPD befand sich in den ersten zehn Jahren nach Gründung der Bundesrepublik auf einem fundamental anderen, marktwirtschaftliche Ansätze ablehnenden Kurs, bevor sie 1959 in ihrem Godesberger Programm regierungsfähig wurde. Ähnlich war es bei den Grünen, die in ihren Anfängen noch offen einen Systemsturz forderten und heute in ihrem Habitus oft spießiger auftreten als die bürgerlichen Parteien.

Einbindung statt Ausgrenzung

Generell ist das bisherige Dreivierteljahrhundert Bundesrepublik eine Geschichte permanenter Integration. Auf die vertriebenen Landsleute aus dem deutschen Osten und die Flüchtlinge aus der DDR folgten die Gastarbeiter aus Griechenland, Italien, Spanien und der Türkei sowie später die „Boatpeople“ aus Vietnam und die Bürgerkriegsflüchtlinge aus Jugoslawien. Nach der Einheit von 1990 wurden selbst die sich mehrfach häutenden Kommunisten der SED/PDS/Linkspartei in das parlamentarische System integriert.

In Sachen AfD muss sich die CDU den Vorwurf gefallen lassen, noch nicht einmal den Versuch unternommen zu haben, wenigstens die Pragmatiker in deren Reihen für ein gemeinsames politisches Handeln zum Wohle unseres Landes zu gewinnen. Gerade in ihren Anfangsjahren wurde die AfD von ehemaligen Mitgliedern und Anhängern der Union geprägt,

die sich deshalb von der CDU abgewandt hatten, weil diese unter Merkel von zahlreichen alten Grundsatzpositionen abgerückt war. Doch statt eines nüchternen Abklopfens etwaiger Gemeinsamkeiten setzte die Union schnell auf Ausgrenzung der AfD, einschließlich der Verweigerung von Posten und staatlichen finanziellen Zuschüssen. Damit verpasste sie nicht zuletzt die Gelegenheit, den Wählern zeigen zu können, dass auch die AfD nur mit Wasser kocht und auf vielen Politikfeldern keineswegs Wunder bewirken kann.

Geholfen hat der CDU das alles nicht. Im Gegenteil erwies sich die Strategie der Brandmauer nicht nur als Konjunkturprogramm für die AfD, sondern auch als eine Art Gefängnismauer für die Union, da diese nun vom Wohlwollen von Grünen und/oder Sozialdemokraten abhängig ist und somit den versprochenen Politikwechsel nicht einläuten kann.

Bislang hatte die CDU die Chance, eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit mit der AfD aus einer Position der Stärke heraus zu versuchen. Doch nun steht die Konkurrenz in bundesweiten Umfragen immer häufiger vor der Union. In manch östlichem Bundesland wie Sachsen-Anhalt, wo im nächsten Jahr ebenfalls gewählt wird, sind es derzeit sogar 40 Prozent für die AfD und 26 Prozent für die CDU. Es könnte also sein, dass die Union den richtigen Zeitpunkt für eine Öffnung zur AfD bereits verpasst hat.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Nein zum Rentengesetz – 18 junge Unionspolitiker verursachen Regierungskrise **Seite 4**

Kultur

Vor 200 Jahren wurde der Wiener Walzerkönig Johann Strauss Sohn geboren **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Museum der Weltmeere feierte in Königsberg sein 35-jähriges Bestehen **Seite 13**

Heimat

Als wilde Piraten vor der Küste Ostpreußens Angst und Panik verbreiteten **Seite 18**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Absturz digitaler Währungen nach Ankündigungen über Export-Beschränkungen durch Donald Trump – Vermutungen über Insiderhandel innerhalb des Weißen Hauses – Selbstmord wegen Pleite – Alarm oder Chance?

Der historische Krypto-Crash

In wenigen Augenblicken lösten sich 400 Milliarden US-Dollar in Nichts auf – mit verdächtigem Beigeschmack

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 10. Oktober erlebte der Kryptomarkt seinen Schwarzen Freitag. An den Börsen für den Handel mit digitalen Währungen brach die nackte Panik aus, was wiederum zu immensen Wertverlusten führte. Der Preis für einen Bitcoin, der wenige Tage zuvor noch ein Rekordhoch von 125.426 US-Dollar erreicht hatte, sank schlagartig um rund 18.000 Dollar. Andere Kryptowährungen wie Hyperliquid und Dogecoin wurden sogar regelrecht „zerfetzt“, wie der Hedgefonds-Manager Zaher Ebtikar von Split Capital treffend sagte, denn sie büßten streckenweise bis zu 90 Prozent ihres bisherigen Wertes ein. Die digitale Währung Cosmos (ATOM) landete gleich ganz bei Null. Insgesamt lösten sich durch das Beben an den Kryptobörsen binnen 24 Stunden Werte in Höhe von rund 400 Milliarden US-Dollar in Nichts auf. Das entsprach dem Zwanzigfachen des Einbruchs zu Beginn der Corona-Pandemie im März 2020.

Dieser historisch einmalige Krypto-Crash war die Folge der plötzlichen Ankündigung von US-Präsident Donald Trump, er werde demnächst Beschränkungen für den Export von Software aus den USA in die Volksrepublik China sowie zusätzliche Strafzölle von 100 Prozent für die Einfuhr von Waren aus dem Reich der Mitte verhängen. Hierbei handelte es sich vor allem um eine Reaktion auf Pekings Drosselung der Ausfuhr von Seltenen Erden, die der Westen dringend für seine Energie-, Hochtechnologie- und Rüstungsprojekte benötigt.

Spekulationen auf Pump

Gleichzeitig steht der Verdacht im Raum, dass Insider aus dem Umfeld des Weißen Hauses bereits 30 Minuten vor Trumps Bekanntmachung auf fallende Kurse bei den Kryptowährungen gesetzt hatten, was den Absturz noch beschleunigte. Der Branchendatenanalyst Joshua de Vos von Coindesk sprach in diesem Zusammenhang von einer auffälligen „Informationsasymmetrie“ bei den Marktteilnehmern am 10. Oktober.

Auf jeden Fall waren die Folgen des Ganzen überaus dramatisch: Zahlreiche Spekulanten, die geliehenes Geld verwendeten, um auf positive Preisentwicklungen

bei Bitcoin und Co. zu spekulieren, blieben ruiniert zurück. Als die Kurse ins Bodenlose fielen, wurden ihre Positionen, also die kurzzeitig und auf Pump gehaltenen Kryptowerte, größtenteils liquidiert. Angeblich sollen hiervon 1,6 Millionen Händler betroffen gewesen sein. Einer davon war wohl der Ukrainer Konstantin Galo, der unter dem Pseudonym „Kudo“ als Krypto-Influencer auftrat. Galo befand sich offensichtlich in finanziellen Schwierigkeiten und wurde nach dem Börsenabsturz tot in seinem Wagen im Kiewer Stadtteil Obolovskiy aufgefunden – die Umstände sprechen für Selbstmord.

Systemimmanente Schwächen

Die Vorgänge des 10. Oktober werfen zahlreiche Fragen rund um die Kryptowährungen auf. Diese gelten seit Jahren als „Digitales Gold“ (siehe rechts) und ebenso als eine gute Absicherung gegen die Inflation sowie den fortschreitenden Dollar-Verfall. Allerdings sind viele Investoren nun skeptisch, weil sie gesehen haben, dass Kryptowerte wie der Bitcoin in einer

wirtschaftlichen Krisensituation deutlich schneller abstürzen können als Aktien.

Zumal die digitalen Währungen systemimmanente Schwächen aufweisen. So basiert die Nachfrage auf einem erheblichen Maß an Vertrauen, das nicht nur durch Kursverluste, sondern gleichfalls durch Datendiebstähle oder staatliche Restriktionen in Reaktion auf die Verwendung für illegale Geschäfte verloren gehen kann.

Darüber hinaus sind Kryptowährungen als normales Zahlungsmittel eher unpraktisch. So würde ein Brot rund 0,0000009 Bitcoin kosten, und der Zahlvorgang wäre ziemlich umständlich. Aus der eingeschränkten Geldfunktion heraus ergibt sich für viele Experten, dass Kryptowerte keinesfalls Teil der staatlichen Währungsreserven werden sollten, wie unter anderem von der US-Senatorin Cynthia Lummis aus Wyoming und der französischen EU-Parlamentarierin Sarah Knafo gefordert.

Ansonsten steht jetzt die Frage im Raum, ob normale Anleger ohne Spekula-

tionsabsichten den Einbruch am Kryptomarkt als Alarmsignal oder als Chance zum Einstieg nach der Bereinigung eines überhitzten Marktes werten sollten.

Kurzfristiges Marktrauschen

Nicht wenige prominente Börsenkenner wie Adam Kobeissi, Lark Davis und Raoul Pal sehen die Panikverkäufe und Verluste aufgrund von Trumps Zolloffensive als unikales Ereignis an, das sich so sicher nicht wiederholen werde und auch zu keiner strukturellen Zerstörung des Marktes geführt habe. Pal sprach hierbei von einem „kurzfristigen Marktrauschen“. Zudem stünden weitere Zinssenkungen in den USA bevor, die Kryptowährungen noch attraktiver machen würden. Außerdem gebe es Konkurrenten der Marktrieben Bitcoin und Co., deren Aufstieg beeindruckend sei. So habe der Synthetix trotz des Crashes um 126 Prozent zugelegt.

Die Anleger müssen also weiter lediglich einen kühlen Kopf bewahren und in ihrem Asset-Anlageverhalten klug und sinnvoll in alle Richtungen denken.



Wegen der Anfälligkeit für Kursschwankungen sollten Kryptowährungen besser keine staatlichen Währungsreserven werden

BEGRENZTE MENGEN

Gold und Krypto ähneln sich doch

Vor einigen Jahren standen sich die Befürworter von Gold und Kryptowährungen noch im Streit gegenüber, weil sie glaubten, völlig unterschiedliche Anlagephilosophien zu verfolgen. Inzwischen ist es ruhiger geworden, weil letztlich doch eine zentrale Gemeinsamkeit beim Investment in Gold oder Bitcoins und andere Arten von Kryptogeld besteht.

Die Kaufkraftstabilität von Gold resultiert aus dem Umstand, dass die Menge an Edelmetall begrenzt ist: Die jährlich neu geförderte und auf den Markt geworfene Goldmenge macht weniger als zwei Prozent der bereits bestehenden Goldvorräte aus.

Ähnlich verhält es sich beispielsweise beim Bitcoin. Er wird unter Anwendung mathematischer Algorithmen „geschürft“ – allerdings kann die Geldmenge durch das auf ewig festgeschriebene Protokoll nur bei maximal 21 Millionen Bitcoins liegen. Davon existieren bereits über 19,8 Millionen, wobei Verluste aufgrund vergessener Codes für die digitalen Brieftaschen nicht ersetzt werden, wie verlorenes Gold eben auch verloren ist.

Bei Papierwährungen sieht es indes ganz anders aus. So erhöhte die Federal Reserve Bank der USA die Geldmenge während der Corona-Turbulenzen des Jahres 2020 mit einem Schlag um vier Billionen Dollar, ohne dass dem eine entsprechende Wirtschaftsleistung gegenüberstand.

Trotzdem ist das Vertrauen in Gold derzeit noch deutlich höher als in Kryptowährungen, auch wenn diese oft als „Digitales Gold“ bezeichnet werden. Denn das Edelmetall hat sich schon viele Jahrtausende lang als zuverlässiger Wertspeicher bewährt. Darüber hinaus erzeugen Transaktionen mit Kryptogeld deutliche Daten Spuren, während die Übertragung von physischem Gold im Prinzip vollkommen anonym erfolgen kann. Und Gold unterliegt auch keinen solch abrupten Wertschwankungen wie die Kryptowährungen, welche im Extremfall zum fast völligen Verlust führen können, wie der aktuelle Crash gerade eindrucksvoll zeigte. W.K.

INVESTITIONSVERHALTEN

Wenn Gier nach schnellen Gewinnen den Markt zerstört

Gerade der neue Anlagebereich von Künstlicher Intelligenz droht in der Euphorie völlig überschätzt zu werden

Die Aktienkurse von Unternehmen wie Nvidia oder Microsoft, die vornehmlich mit Künstlicher Intelligenz (KI) steigende Gewinne erzielen, erreichen immer neue Höchststände. Auch die wie Pilze aus dem Boden schießenden KI-Start-ups, denen es oftmals noch an einem klaren Geschäftsmodell mangelt und die bislang oft keinerlei Gewinne erzielen, werden von den Anlegern mit Milliardenbeträgen zugeschüttet.

Daher sprechen namhafte Finanzanalysten wie der Chefstrategie der Bank of America, Michael Hartnett, nun bereits von einer KI-Blase, die ähnlich wachse wie einst die Dotcom-Blase, die im März 2000 platzte, als die Euphorie rund um

die Internet-Unternehmen verflog, wodurch die Anleger etwa fünf Billionen US-Dollar verloren. Ein mögliches erstes Warnsignal aus der digitalen Welt ertönte am 10. Oktober in Form des historisch beispiellosen Einbruchs des Kryptowährungsmarktes, der 400 Milliarden Dollar verschlang (siehe oben).

Wie ernst die Lage mittlerweile schon ist, zeigt der Umstand, dass sogar Samuel Altman, der Vorstandsvorsitzende des Softwareunternehmens OpenAI und damit eigentlich einer der Hauptprofiteure des KI-Booms, die Frage „Sind wir in einer Phase, in der Investoren überbegeistert sind?“, mit einem klaren „Ja“ beantwortete. Ein starkes Indiz.

Zu den Gründen für die Ekstase sagte die Finanzexpertin Luba Schönig, die unter anderem für Bankhäuser wie Lehman Brothers und Credit Suisse arbeitete: „Die hohen Bewertungen der Techfirmen und Start-ups werden stark von Phantasien beflügelt ... Wir sehen derzeit eine typische Lotteriermentalität. Anleger überschätzen systematisch die Chancen, einen großen Treffer zu landen.“ Befeuert würde die „spekulative Euphorie“ dabei von einem Phänomen namens „FOMO“. Das Kürzel steht für „Fear of Missing Out“, also die Angst, nicht mit dabei zu sein, wenn etwas Entscheidendes passiert.

Vor diesem Hintergrund könnten bald sogenannte „One-Person-Billion-Dollar-

„Wir sehen derzeit eine typische Lotteriermentalität. Anleger überschätzen systematisch die Chancen ...“

Luba Schönig
Finanzexpertin,
früher bei Lehman Brothers
und Credit Suisse tätig

Companys“ entstehen. Darunter versteht man KI-Unternehmen mit einer Milliardenbewertung an der Börse, hinter denen ein einziger Gründer mit einer einzigen Geschäftsidee steht. Allerdings agieren die derzeitigen Vertreter dieser Spezies meist nur als „Wrapper“, das heißt „Verpacker“. Denn sie greifen auf bestehende, frei zugängliche KI-Modelle großer Anbieter wie OpenAI zurück und „wickeln“ dann ihre Software-Eigenkonstruktionen quasi wie eine Hülle darum. Das geht aber nur so lange gut, bis die eigentlichen Erfinder das Gleiche tun und dazu nichtkopierbare Hardwarelösungen mitliefern. Dann verlieren „Wrapper“ ihre Marktanteile und Investoren ihr Geld. W.K.

Die Bilanz eines gewollten Niedergangs

Während beinahe täglich Insolvenzen oder Unternehmensabwanderungen für Schlagzeilen sorgen, droht zunehmend aus dem Blick zu geraten, dass diese Entwicklung die Folge eines wirtschaftspolitischen Experiments ist. Eine Erinnerung

VON KLAUS-RÜDIGER MAI

Im ersten Jahr der Corona-Pandemie saß Robert Habeck quietschvergnügt bei „Hart aber fair“ und jubelte darüber, dass Corona zeige, wie man eine Volkswirtschaft aus „ethischen Gründen“ herunterfahren kann. An diese Aussage gilt es zu denken, wenn man heute die fatale Bilanz des späteren Bundesministers für Wirtschaft und Klimaschutz betrachtet. Denn sie legt die Vermutung nahe, dass der als Habeck-Rezession in die Geschichte eingegangene Niedergang der deutschen Wirtschaft kein Versehen war.

In für die Geschichte der Bundesrepublik einmaliger Weise erreichen die Insolvenzzahlen seit Habecks Regierungszeit einen Rekordwert nach dem anderen. Fast täglich verlagern einheimische Firmen ihre Produktion ins Ausland. Vor allem die energieintensive Industrie verlässt fluchtartig das Land. Das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, die Automobilindustrie, bricht. Der Experte Ferdinand Dudenhöffer prognostiziert: „Bis zum Jahr 2030 gehen wir davon aus, dass im gesamten Zulieferfeld rund 100.000 Arbeitsplätze wegfallen.“

Historische Horrorzahlen

Auch die Lufthansa kündigt an, bis 2030 rund 4000 Jobs zu streichen. Gerade in der Luftfahrt wird deutlich, dass die die Unternehmen belastenden Kosten politisch getrieben sind, durch „extrem hohe Belastungen durch Steuern und Gebühren“, wie Eurowings-Chef Jens Bischof im Interview mit der „Welt“ einschätzt: „In Bremen, Dresden, Köln/Bonn, Leipzig/Halle, Münster/Osnabrück, Nürnberg, Stuttgart – überall stehen Flüge auf der Kippe. Das sind Hochburgen des Mittelstands, des Maschinenbaus, der Tech-Industrie. Diese Unternehmen brauchen direkte, schnelle Verbindungen in die Welt, die bislang über Zubringerflüge zu den internationalen Drehkreuzen Frankfurt und München sichergestellt werden. All diesen Regionen droht die Abkoppelung vom globalen Luftverkehr.“

Was für den Körper das Blut ist, ist für die Wirtschaft die Energie. Fließt das Blut nicht mehr durch alle Körperteile, sterben diese Körperteile ab. Die unlängst erschienenen August-Zahlen des Bundeswirtschaftsministeriums sprechen ein klares Urteil über Habecks Wirtschaftspolitik: -4,3 Prozent im produzierenden Gewerbe, -18,5 Prozent im Wirtschaftsbereich Kfz und Kfz-Teile, -6,2 Prozent im Maschinenbau, -1,1 Prozent bei den Metallerzeugnissen, -1,0 Prozent in der chemischen Industrie.

Habecks Politik hat die Energie extrem verteuert und somit der industriellen Wertschöpfung den Stecker gezogen. Die Gelegenheit, die ihm der Ukrainekrieg bot, nutzte er zynisch zur sogenannten „Dekarbonisierung“, was aber nur darauf hinauslief, die Herstellungskosten in Deutschland so in die Höhe zu treiben, dass in Deutschland gefertigte Produkte international nicht mehr konkurrenzfähig sind.

Schuld sind die anderen

Da der große Robert keine Fehler begeht und immer die anderen schuld sind, gab sich Habeck dreist als Retter aus, während er für das nicht mehr zu leugnende Desaster der deutschen Wirtschaft erst Putin, dann Trump und schließlich Angela Merkel verantwortlich machte. Die vormalige Kanzlerin übrigens, weil diese nicht schnell genug die Umwandlung der sozialen Marktwirtschaft in eine dirigistische, quasi sozialistische Klimaplanwirtschaft auf der Grundlage von Zufallsenergien, den sogenannten Erneuerbaren Energien, betrieben hat.

Unsere europäischen Nachbarn schütteln nur noch zornig den Kopf über den deutschen Utopismus, der aufgrund des europä-



Träume an den Gesetzen von Ökonomie und Physik vorbei: Robert Habeck

Bild: picture alliance/dpa/Sina Schuldt

schen Verbundnetzes auch ihren Strom verteuert. So äußerte die Energie- und Wirtschaftsministerin Ebba Busch, die zudem Schwedens stellvertretende Ministerpräsidentin ist: „Es ist schwer für eine industrielle Wirtschaft, sich für ihren Wohlstand auf das Wohlwollen der Wettergötter zu verlassen. Die Abhängigkeit von unsteten Energiequellen wie Wind und Sonne hat sich als Herausforderung erwiesen, wie die letzte Woche gezeigt hat.“ Und: „Schwedens Regierung unterstützt erneuerbare Energien, aber kein politischer Wille ist stark genug, um die Gesetze der Physik außer Kraft zu setzen – nicht einmal der von Herrn Habeck.“

Der energiepolitische Ernstfall

Das sah, das sieht Habeck anders. Im März 2022 posaunte er in die Welt hinaus, dass Mitte des Jahres „die russischen Ölimporte nach Deutschland voraussichtlich halbiert sein“ werden und Deutschland zum Jahresende „nahezu unabhängig“ von russischem Öl sein wolle. Gleiches galt für russisches Erdgas. Ende März 2022 feierten dann deutsche Medien Habecks vermeintlichen Erfolg, dass Katar mit Gaslieferungen für die Russen einspringen würde, doch hatten weder Habeck, noch die Medien genau zugehört, denn die Zusage hatte der Emir nie erteilt. Der zuständige Energieminister zeigte sich lediglich bereit, über die Lieferung größerer Mengen von LNG in der Zukunft zu sprechen, wenn neue Gasfelder erschlossen werden würden, was aber lange Lieferverträge voraussetzte, die die deutsche Seite aufgrund ihrer „Dekarbonisierungs“-Ideologie nicht eingehen wollte.

Als am 26. September 2022 Explosionen die NordStream-Pipelines zerstörten, dürften im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) vermutlich die Sektorken geknallt haben. Endlich unabhängig vom russischen Erdgas. Doch der Kater folgte auf dem Fuß, denn für den Winter 2022/23 drohte eine Gasmangellage. Da folglich die Gas-Preise in die Höhe schossen, wollte Habeck durch eine dubiose Umlage die deutschen Haushalte belasten. Uniper, Deutschlands größter Gasversorger, stand binnen Kurzem vor der Insolvenz. Uniper versorgte bis zu 40 Prozent der deutschen Haushalte und 420 der 900 deutschen Stadtwerke mit Gas. 50 Prozent des Gases stammte aus Russland. Um einen Bankrott des Unternehmens zu vermeiden, blieb nur, Uniper zu verstaatlichen, was den deutschen Steuerzahler bis zu 16 Milliarden Euro kosten könnte (acht Milli-

arden Euro für eine Kapitalerhöhung zur Stärkung des Unternehmens, 480 Millionen Euro für den Erwerb von Anteilen des vorherigen Eigentümers Fortum sowie weitere 7,5 Milliarden Euro für die Übernahme von Garantielinien und Darlehensbesicherungen.

Während die Energiepreise – Gas und Strom – in Deutschland explodierten, deckelte ab September die französische Regierung die Strompreise für die französischen Privathaushalte. Daran, die eigenen AKWs hochzufahren, dachte Habeck nicht. Im Gegenteil, zu dieser Zeit wurde im BMWK alles dafür getan, um die letzten deutschen AKWs vom Netz zu nehmen. Mitten in einer Stromkrise ließ Habeck Stromerzeuger abstellen. Deutschland sollte nur noch von den Launen des Wettergottes abhängig sein.

Da Habeck und sein Adlatus Michael Keller nun in Verstaatlichungslaune waren, teilte das BMWK im September 2022 mit, dass die Bundesregierung die Rohölimporteure Rosneft Deutschland (RDG) und die RN Refining & Marketing GmbH unter Treuhandverwaltung der Bundesnetzagentur stellte. Das bedeutete, dass die Bundesnetzagentur die Kontrolle über Rosneft Deutschland und damit auch die jeweiligen Anteile an den Raffinerien in Schwedt (PCK), Karlsruhe (MiRo) und Vohburg (Bayernoil) übernahm. Die Treuhandverwaltung wurde zunächst auf sechs Monate befristet. Habeck gelang es nicht, die Anteile von Rosneft zu verkaufen, weil kein Käufer die Risiken bezahlen oder die Kaufsumme aufbringen wollte. Deshalb wurde die Treuhandverwaltung mehrfach verlängert, zuletzt bis zum Frühjahr 2026.

Projekte aus Utopia

Vor allem das PCK-Abenteuer dürfte die Steuerzahler teuer zu stehen kommen, denn im Raum stehen acht Milliarden Euro Entschädigung für Rosneft. Teuer kam Habecks Abenteuer die Deutschen bereits aus einem anderen Grund. Denn eine Raffinerie, die „jährlich 1,5 Milliarden Euro Energiesteuer und 500 Millionen Umsatzsteuer bezahlte und die seit Jahren Millionenbeträge in Umwelt- und Sicherheitstechnik investiert hat“, wie die Landrätin der Uckermark das Unternehmen beschreibt, schreibt nun rote Zahlen. Aus den tiefgrünen Träumen, aus der Raffinerie ein Zentrum der Produktion von Wasserstoff zu machen, wurde bis jetzt nichts. Es blieb bei Habecks üblichem Vorgehen: Großen Ankündigungen folgte nichts außer großen Problemen, zuweilen auch der Niedergang.

—
Unsere europäischen Nachbarn schütteln nur noch zornig den Kopf über den deutschen Utopismus, der aufgrund des europäischen Verbundnetzes auch ihren Strom verteuert

Im Dezember 2022 reiste Habeck nach Namibia und ließ sich in den deutschen Medien dafür feiern, dass er ein Wasserstoff-Mega-Projekt mit einem Volumen von elf Milliarden Dollar anschoß. Durch Windräder und Photovoltaik sollte in einem Nationalpark mit verletzlicher Flora und Fauna aus Meerwasser Wasserstoff produziert werden, der in Ammoniak umgewandelt in Tanker nach Deutschland transportiert und dann durch eine Pipeline nach Schwedt und in den Süden gepumpt werden sollte. Das Einzige, was man dann tatsächlich konkret vom Habeck-Mega-Projekt in Namibia hörte, ist, dass ein Photovoltaik-Kraftwerk gebaut wird – allerdings von den Chinesen. Und dass die deutsche RWE gerade aus den Namibia-Projekt ausgestiegen ist.

Ein weiteres Leuchtturmprojekt der Habeckschen Wirtschafts- und Klimaideologie war die Produktion von „grünem Stahl“. Dafür reichte der Minister 6,9 Milliarden Euro an Subventionen an vier Stahlfirmen aus. Dass die Produktion von „grünem Stahl“ dennoch den ohnehin schon zu teuren deutschen Stahl weiter verteuern würde, ignorierte er wie viele andere Fakten. So musste das Stahlwerk Riesa, das seinen „grünen Stahl“ mittels Elektrolichtbogenöfen produziert, im Dezember 2024 die Produktion herunterfahren, da die von Habeck forcierten Erneuerbaren Energien den Strom zu teuer gemacht hatten. Der Stahlgigant Arcelor Mittal schlägt angesichts dessen die deutschen Subventionen dankend aus und geht lieber nach Frankreich, um dort verlässlichen Atomstrom zu nutzen.

Der jüngste Habeck-Skandal hängt mit der Pleite des schwedischen Unternehmens Northvolt A.B. zusammen. Durch einen abenteuerlichen Vorgang, der in einem Rechtsstaat eigentlich einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss nach sich ziehen müsste, wurde dem Konzern für die Ansiedlung einer Produktionsstätte für Batterien in Heide eine Wandelanleihe – von der staatlichen KfW herausgegeben – in Höhe von 600 Millionen Euro zugeschanzt, obwohl alle Warnsignale auf Rot gestanden hatten.

So schrieb im Herbst 2023, als Habeck die Wandelanleihe durchboxte, die schwedische Wirtschaftszeitung „Dagens industri“ unter dem Titel „Northvolts geheime Horrorzahlen“: „Die Probleme des Batterieherstellers Northvolt nehmen zu. Es drohen Milliardenverluste, und die Produktion war im dritten Quartal bemerkenswert niedrig.“ Und die schwedische Regierung kam in einem Gutachten zu dem Schluss: „Northvolt hat jedoch keine Erfahrung mit Projekten dieser Größenordnung und Komplexität.“ Ihr Fazit lautete: „Die endgültige Bonitätseinstufung lautet daher Ba 1.“ Und so ist denn auch das Gutachten des Bundesrechnungshofs über Habecks Vorgehen in Heide vernichtend.

Folgen eines Irrwegs

In der Folge der Habeckschen Deindustrialisierungspolitik droht Deutschland just zu Beginn einer neuen Phase der Industriegeschichte, dem Vordringen Künstlicher Intelligenz (KI) in immer weitere Bereiche des öffentlichen Lebens, ein immer deutlicheres Zurückbleiben hinter den USA, China, Indien und Frankreich. Während diese und andere Länder von den Perspektiven der neuen Technik träumen, läuft Deutschland Gefahr, zu einem „Entwicklungsland“ zu werden, weil hierzulande der Strom für die energieintensiven Rechenzentren fehlt.

Was zu tun ist, ist klar: Das EEG muss gestrichen werden, die Kohlekraftwerke müssen hochgefahren, solange bis sie von Gaskraftwerken und von AKWs der neuesten Generation ersetzt werden können. In die Erforschung der Kernenergie muss endlich wieder investiert werden. Doch solange die Regierung nicht mit dem Klima-Dogma bricht, zerbricht Deutschlands Wohlstand und Deutschlands Wirtschaft am Klima-Dogma.

● MELDUNGEN

Finales Aus für Gasspeicher

Breitbrunn – Der 2022 unter dem Eindruck des Ukrainekrieges verstaatlichte Energiekonzern Uniper plant, den drittgrößten Gasspeicher der Bundesrepublik in Breitbrunn am Chiemsee stillzulegen. Die Unternehmensleitung erklärt diesen Beschluss mit betriebswirtschaftlichen Gründen: Die Erlöse aus dem Gasgeschäft seien einfach nicht mehr ausreichend, um die Kosten zu decken. Und tatsächlich lohnt das Einlagern des Energieträgers Gas kaum noch, weil die Preisentwicklung auf dem Markt sehr viel unübersichtlicher geworden ist, seit kein russisches Pipeline-Gas mehr zur Verfügung steht, das in den Sommermonaten billig eingekauft werden konnte. Nun muss Uniper Flüssiggas von Anbietern rund um die Welt zu meist unkalkulierbaren Preisen erwerben. Wenn der Gasspeicher in Breitbrunn 2027 leergefahren und außer Betrieb genommen wird, ist kein späteres Neubefüllen mehr möglich, weil der Mindestinnendruck zur Erhaltung der Anlage fehlt. **W.K.**

Steuergelder für Folter-Kids

Herdecke – Die Betreuung und Überwachung der beiden Adoptivkinder der neu gewählten Herdecker Bürgermeisterin Iris Stalzer kostet den deutschen Steuerzahler jetzt 36.600 Euro pro Monat. Die aus Mali stammende 17jährige Tochter der SPD-Politikerin und der 15jährige Sohn aus Haiti hatten Stalzer stundenlang gefoltert und mit Messerstichen beziehungsweise Schlägen auf den Kopf fast getötet. Dennoch sitzen sie nicht in Untersuchungshaft. Vielmehr wurde das Mädchen in eine geschlossene Kinder- und Jugendpsychiatrie eingeliefert, wodurch allein schon Kosten in Höhe von 33.600 Euro monatlich entstehen, während der Junge nun in einer betreuten Wohngruppe lebt – was nochmals 3000 Euro an öffentlichen Geldern verschlingt. Neben Stalzer hat sich auch ihr Ehemann, der zum Zeitpunkt der Tat im Ausland weilte, geweigert, die seit Längerem gewalttätig auftretenden Jugendlichen weiter in eigenen Hause zu beherbergen. **W.K.**

Plötzliche Flut an Ukrainern

Dresden – Im September kamen neue 1253 ukrainische Flüchtlinge nach Sachsen – eine Vervielfachung gegenüber dem August. In der ersten Jahreshälfte lag der Zustrom der Schutzsuchenden Ukrainer nur bei nur 110 bis 246 Personen pro Monat. Die Landesdirektion Dresden erklärt den plötzlichen Anstieg damit, dass ukrainische Männer ihr Land nun bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres mit offizieller Erlaubnis verlassen dürften. Ein weiterer Grund seien aber auch verschärfte Aufenthaltsregeln für Ukrainer in Polen: Sie erhalten dort nur noch Sozialleistungen, wenn sie im Land arbeiten und Steuern zahlen. Die übrigen an Polen grenzenden Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg registrierten im September ebenfalls deutlich mehr ukrainische Flüchtlinge. Insgesamt nahm Deutschland in diesem Monat 18.755 Ukrainer auf. **W.K.**



BILD: PICTURE ALLIANCE/PA/SEBASTIAN WILLNOW

Führen den Protest der 18 „jungen Wilden“ aus der CDU-Fraktion an: Johannes Winkel (l), Bundesvorsitzender der Jungen Union, und Pascal Reddig, stellvertretender JU-Vorsitzender

RENTENSTREIT

Ein Riss geht durch die Union

18 junge Christdemokraten gefährden die Koalitionsmehrheit im Bundestag

VON PETER ENTINGER

Innerhalb der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag bahnt sich ein Konflikt um das geplante Rentenpaket der Bundesregierung an. Viele stellen sich daher die Frage, ob es nur eine verbale Kraftprobe ist, oder ob die „jungen Wilden“ endlich einmal Profil zeigen. Denn das wäre für Unionsverhältnisse tatsächlich etwas Neues. 18 Unionsabgeordnete drohen derzeit damit, das milliardenschwere Renten-Gesetz im Bundestag zu blockieren.

Ihre Sprecher gehören der „Jungen Gruppe“ an, einem informellen Kreis von Parlamentariern unter 35 Jahren. Lange hat die Union einheitlich abgestimmt – nun äußern junge Abgeordnete öffentlich Zweifel und ihren Unmut am Kompromiss. Pascal Reddig, Vorsitzender des Zusammenschlusses, kritisierte in der vergangenen Woche, Arbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) habe im Koalitionsausschuss ein Paket durchgesetzt, das über das im Koalitionsvertrag Vereinbarte hin-

ausgehe. Er mahnte: „Das Rentenpaket ist das teuerste Sozialgesetz dieses Jahrhunderts und eine dauerhafte Milliardenlast auf den Schultern der jungen Generation, was nicht hinnehmbar ist.“

Kein Refinanzierungs-Konzept

Nach internen Berechnungen würden dadurch allein für die Jahre 2032 bis 2040 Mehrkosten von über 115 Milliarden Euro anfallen. Im Koalitionsvertrag war ursprünglich nur die Stabilisierung des Rentenniveaus bei 48 Prozent bis 2031 vereinbart. Nun sieht der Entwurf vor, das Niveau auch nach 2031 hochzuhalten. Und das sorgt für Kritik: Nach Auffassung der „Jungen Gruppe“ würde der Bundeszuschuss zur Rente langfristig massiv steigen, ohne dass Gegenmaßnahmen festgelegt wären. Schon heute beanspruchen die Zuschüsse rund ein Viertel des Bundeshaushalts, warnen sie. Jede weitere Belastung lehnen sie daher ohne ein notwendiges Refinanzierungs-Konzept ab.

Der versprochene Nachhaltigkeitsfaktor würde durch das Paket faktisch aus-

gehebelt, monierten die jungen Unionisten weiter. Zudem sollte eine Rentenkommission nach dem Kabinettsbeschluss über weitere Schritte entscheiden – konkrete Eckdaten tauchen jedoch jetzt schon auf. Zum Beispiel enthält der Entwurf eine Ausweitung der Mütterrente, die rund fünf Milliarden Euro pro Jahr kostet. Die jungen Abgeordneten fordern deshalb, dass ohne Parlamentsbeschluss keine dauerhafte Mehrbelastung eingeführt wird.

Der Protest richtet sich auch gegen die Union-Spitze: Die Abgeordneten werfen Kanzleramt und Fraktionsführung vor, sie nicht rechtzeitig informiert zu haben. Insbesondere Fraktionschef Jens Spahn gerät ins Kreuzfeuer. Der konterte mit dem Hinweis, das Papier sei lange bekannt gewesen. Fraktionsgeschäftsführer Steffen Bilger versucht zu vermitteln: „Ich habe schon Verständnis für die Kritik, die die ‚Junge Gruppe‘ äußert.“ Er erinnert daran, dass im Koalitionsvertrag nur bis 2031 verbindliche Festlegungen getroffen wurden. Nun werde man in den weiteren Be-

ratungen alle Fragen mit der SPD klären. Die bestehenden Vereinbarungen beibehalten aber weiterhin Vorrang.

Bundeskanzler Friedrich Merz bemüht sich, die Wogen zu glätten. Er wies darauf hin, dass bislang erst der erste Teil der Rentenreform beschlossen worden sei. Ab 2032 sei die weitere Entwicklung „offen“, und viele Entscheidungen müsse eine Rentenkommission treffen, die im nächsten Jahr tage. Die Unionspitze mahnt zugleich, den Koalitionsfrieden nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen.

SPD-Fraktionsvize Dagmar Schmidt reagierte bereits scharf: Sie warf den jungen Unionspolitikern „Generationentäuschung“ vor. „Heute Beiträge zahlen, morgen weniger Rente bekommen“, empört sie sich. Die Jungen wollten zwar nach eigener Aussage das Rentenniveau sichern, aber nicht auf dem Rücken der jungen Beitragszahler, so Schmidt. „Das ist nicht nachhaltig – das ist unsocial.“

Koalition auf dem Prüfstand

Die SPD-Spitze appelliert an die Union, den Rentenbeschluss mitzutragen; ein Scheitern ginge allein auf die Kappe der Christdemokraten. Union und SPD haben zusammen nur eine hauchdünne Mehrheit im Bundestag von zwölf Stimmen. Die 18 Abgeordnete könnten also das Paket zu Fall bringen. Kritiker warnen, ein Scheitern könne nicht nur die Regierung, sondern auch die Partei vor eine Zerreißprobe stellen. Fraktionsmanager Bilger ist daher bemüht, Brücken zu bauen. „Die ‚Junge Gruppe‘ hat schon einen Punkt, wenn sie sagten, der Entwurf gehe über das hinaus, was im Koalitionsvertrag vereinbart ist.“ Ohne Gegenplan müssten etwa 15 Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr in die Rentenkasse fließen.

Kritiker betonen, dass damit zentrale Elemente der Koalitionsvereinbarungen auf den Prüfstand gerieten: Union und SPD hatten geplant, das Paket noch in diesem Jahr zu verabschieden – ein Scheitern wäre politisch somit kaum verkraftbar. Merz und Spahn werden intern nach Lösungen suchen müssen, um den Streit schnellstens beizulegen. In Koalitionskreisen heißt es, die Union müsse jetzt ihren Hausfrieden wiederherstellen, um die Reform nicht aufs Spiel zu setzen. SPD-Politiker unterstreichen, dass die Alterssicherung oberste Priorität habe; sie fordern nachdrücklich, dass die Union ihre Basis einbinde. Der Ball liege nun bei der Union. Der Streit solle zwar keinen Schaden anrichten, aber die SPD-Vizefraktionschefin ließ schon mal die verbalen Muskeln spielen: „Wir bestehen darauf, dass dieser Gesetzentwurf an dem Punkt so bleibt, wie er ist.“ Zugleich verwies sie darauf, dass „Merz das im Kabinett mitbeschlossen hat“.

GESUNDHEIT

„Die großen Kostentreiber müssen auf den Prüfstand“

Die Regierung plant 2026 ein Primärarztssystem – Hausärzte sind zuversichtlich, andere warnen

Um die Beiträge der gesetzlich Krankenversicherten stabil zu halten, will Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) bei den Krankenhäusern 1,8 Milliarden Euro einsparen. Der Verband der Hausärzte hält die Einsparungen allerdings für nicht ausreichend. Nicola Buhlinger-Göpfarth, Bundesvorsitzende des Hausärztinnen- und Hausärzteverbandes, begrüßte zwar, dass „kurzfristig beitragsstabilisierende Maßnahmen initiiert wurden“. Gegenüber der „Rheinischen Post“ erklärte die Verbandschefin jedoch: „Früher oder später müssen die großen Kostentreiber im System auf den Prüfstand, und das sind nun mal die Bereiche Krankenhäuser und Arzneimittel.“ Nach Angaben von Buhlinger-Göpfarth werden mit 16 Prozent der Leistungsausgaben der gesetzlichen Krankenkassen 97 Prozent

aller Behandlungsfälle versorgt: „Auf die drei Prozent, die in den Krankenhäusern behandelt werden, fallen dagegen mehr als doppelt so hohe Ausgaben“, erklärte die Vorsitzende des Hausärzteverbandes. Sie warnte auch, die angekündigten Einsparungen von 1,8 Milliarden Euro bei den Krankenhäusern seien „nur ein kurzfristiges Notprogramm“. Ändere sich darüber hinaus nichts, „dann stehen wir in einem Jahr wieder vor dem gleichen Problem“.

Mit dem Ziel, Deutschlands Gesundheitssystem insgesamt effizienter zu machen, haben Union und SPD in ihrem Koalitionsvertrag die Einführung eines Primärarzt-systems angekündigt. Bei diesem System sollen Patienten in der Regel zuerst immer in eine Hausarztpraxis gehen, um von dort bei Bedarf an Fachärzte überwiesen zu werden. Ausnahmen sind für

Augenärzte und Gynäkologen vorgesehen. Gekoppelt werden soll die Überweisung an Fachärzte mit einem Termin innerhalb eines bestimmten Zeitraums.

Nach Angaben von Gesundheitsministerin Warken soll das Primärarztssystem mehr Steuerung ermöglichen, „um unnötige Arztbesuche zu vermeiden und um Patienten, die darauf dringend angewiesen sind, schnellere Termine bei Haus- und Fachärzten zu verschaffen.“ Wie die Ministerin erklärte, soll das Primärarztssystem auch für mehr Gerechtigkeit bei der Terminvergabe sorgen: „Bei der Terminvergabe darf es keinen Unterschied machen, ob jemand privat oder gesetzlich versichert ist.“

Kritik am Primärarztssystem kommt unter anderem von der Deutschen Stiftung Patientenschutz: „Am Ende wird es

weder genügend Hausärzte noch eine Terminalsicherheit geben“, so Stiftungsvorstand Eugen Brysch. Auch die Chefin des Bundesverbands der Verbraucherzentralen, Ramona Pop, warnt, dass die „ohnehin schon überlasteten Hausarztpraxen“ zu einem „Nadelöhr“ werden. Pop, ehemals Grünen-Senatorin in Berlin, fordert, stattdessen sollten echte Reformen angestoßen werden, um die Versorgung zu verbessern.

Trotz der Warnung vor einem „Nadelöhr“ sieht sich der Hausärzteverband in der Lage, den Wechsel zum Primärarztssystem zu schaffen: „Das kann von uns aus morgen starten“, so die Chefin des Hausärzteverbandes. Die Bundesregierung plant, das Primärarztssystem frühestens im Laufe des Jahres 2026 einzuführen. **Hagen Ritter**

KAMPAGNEN

Wohnungskrise als Karrieresprungbrett

Berlin und New York: Linksextreme wollen Bürgermeister werden

VON HERMANN MÜLLER

Als Sohn pakistanischer Einwanderer wurde der britische Labour-Politiker Sadiq Khan im Mai 2016 zum Bürgermeister von London gewählt. Khan ist das erste muslimische Stadtobhaupt der britischen Millionenmetropole. Sein wichtigstes Wahlkampfthema war vor mehr als neun Jahren die „Housing Crisis“ – die Wohnungsnot in London aufgrund rasant gestiegener Immobilienpreise und Mieten. Mittlerweile hat Khan seine dritte Amtszeit angetreten. Doch Londons Mietpreise sind noch immer auf Rekordniveau. Laut britischen Presseberichten beträgt die durchschnittliche Wartezeit für eine Sozialwohnung in der Hauptstadt mindestens zehn Jahre.

Eine schwierige Lage auf dem Wohnungsmarkt könnte auch in Berlin und New York ungewöhnlichen Anwärtern zur Regierungsmacht verhelfen. In Berlin hat der Landesvorstand der Linkspartei am 10. Oktober Elif Eralp einstimmig zur Spitzenkandidatin für die Wahl im Herbst 2026 gewählt. Die 44-Jährige ist im Berliner Abgeordnetenhaus Vizechefin der Linksfaktion. Die Juristin fungiert zudem als „Sprecherin für Migration, Partizipation und Antidiskriminierung“.

Enteignungen sollen kommen

Eralps Angebot an die Berliner Wähler ist ein ultralinks ausgerichtetes Programm. Ganz offensichtlich sind die Zeiten vorbei, in denen sich die Linkspartei – wie in der früheren Koalition mit den Sozialdemokraten Klaus Wowereit und Thilo Sarrazin – pragmatisch gab.

Schwerpunkt des anstehenden Wahlkampfes der Linkspartei soll offensichtlich ebenfalls die Lage auf dem Wohnungsmarkt werden: „Maßgeblich ist die Mietenfrage“, so Eralp im Interview mit dem „Tagesspiegel“. Als eine ihrer ersten Amtshandlungen für den Fall eines Wahlsiegs kündigte die Spitzenkandidatin die Einführung eines Mietendeckels für die landeseigenen Wohnungsunternehmen an.

Auswirken würde sich dies auf rund 300.000 Wohnungen. Ebenfalls im „Tagesspiegel“ versprach Eralp, dass mit ihr der Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ umgesetzt werde und „wir damit rund 220.000 Wohnungen vergesellschaften, um sie dauerhaft bezahlbar



Will „220.000 Wohnungen vergesellschaften“: Linkspartei-Kandidatin Elif Eralp

Bild: picture alliance/dpa/Sebastian Gollnow

zu halten“. Zudem will sie den Anstieg der Angebotsmieten mithilfe einer „Taskforce gegen Mietwucher“ dämpfen. Sind private Konzerne die Vermieter, sollen diese verpflichtet werden, „mindestens jede dritte Wohnung bezahlbar zu vermieten“. „Villenbesitzern“ will die Linke-Politikerin eine Luxussteuer auferlegen; die Grundsteuer soll allgemein erhöht und zusätzlich eine Vermögensteuer eingeführt werden.

Bereits 2019 hatte Eralp zusammen mit ihren Landesvorstandskollegen Hamze Bytyci, Ferat Koçak und Belma Bekos den bundesweiten Zusammenschluss „Links*Kanax“ gegründet. Das Netzwerk steht nach eigenen Angaben „allen mit Flucht- und Migrationsgeschichte und von Rassismus Betroffenen offen“. Im „Tagesspiegel“-Interview kündigte Eralp an, sie „werde für Mehrheiten werben, um das Wahlrecht auf alle in Berlin lebenden Menschen auszuweiten“. Beobachter

rechnen damit, dass Eralp im Wahlkampf versuchen wird, Wähler türkischer und arabischer Herkunft zu mobilisieren. Erfolgreich vorexerziert hat dies bereits Ferat Koçak bei der Bundestagswahl: Er holte für die Linkspartei das Direktmandat in Berlin-Neukölln.

Sozialist will am Hudson regieren

Trotz der ultralinken Ideen kann sich Eralp gute Chancen ausrechnen, am 20. September 2026 Wahlsiegerin zu werden. Bereits bei der Bundestagswahl im Februar hatte die Partei fast 20 Prozent der Zweit- und 22 Prozent der Erststimmen bekommen. Damit lag sie noch vor der CDU sowie vor Grünen und SPD. Fällt im kommenden Jahr das Ergebnis bei der Wahl zum Landesparlament ähnlich aus, könnte dies für ein rot-grün-rotes Bündnis reichen – angeführt von der Linkspartei und mit einer Regierenden Bürgermeisterin Elif Eralp.

Schon im kommenden November könnte es in New York einen Wahlsieg für einen Kandidaten geben, der ebenfalls mit einem linkspopulistischen, radikalen Programm punkten will. Für die Demokratische Partei tritt Zoran Mamdani als Bürgermeisterkandidat an. Der 33-jährige Muslim ist erklärter Sozialist. Dementsprechend sieht sein Programm für New York aus: Neben einer Mietpreislösung fordert der gebürtige Ugander kostenlosen Busverkehr, kostenlose Kinderbetreuung, städtische Supermärkte und einen deutlich höheren Mindestlohn.

Finanzieren will er sein Programm durch höhere Steuern für Unternehmen und Spitzenverdiener. Im linken Lager erhält Mamdani als „Hoffnungsträger“ für einen grundlegenden Wandel viel Unterstützung – allerdings werfen ihm auch prominente US-Demokraten wie Ex-Gouverneur Andrew Cuomo fehlende Erfahrung und „linke Radikalität“ vor.

KOLUMNE

Stadtbild

VON VERA LENGSELD

Immer wieder spricht Friedrich Merz allem Anschein nach ungewollt Wahrheiten aus, die bestimmte Kreise nicht hören wollen. Diesmal, als er in einer Pressekonferenz die angeblich neue Migrationspolitik seiner Regierung vorstellen wollte. Da rutschte ihm aus Versehen ein wahres Bild heraus. Bei der Beschreibung der aktuellen Situation sagte Merz:

„Aber wir haben natürlich immer noch im Stadtbild dieses Problem. Und deswegen ist der Bundesinnenminister dabei, jetzt in sehr großem Umfang auch Rückführungen zu ermöglichen.“

Das war der Aufreger des Tages. Vergeblich versuchte Regierungssprecher Stefan Kornelius den Fauxpas wegzureden: „Der Bundeskanzler hat sich zu dem geänderten Kurs in der Migrationspolitik der neuen Bundesregierung geäußert – übrigens in seiner Funktion als Parteivorsitzender, was er auch explizit so kenntlich gemacht hat.“ Also darf man als Parteivorsitzender etwas sagen, was dem Kanzler verboten ist? Grüne und Linke forderten umgehend eine Entschuldigung. Wie die aussehen sollte, war allerdings unklar, denn das Stadtbild ist eine Tatsache, die nur schwer zu leugnen ist.

Die woke Presse begnügte sich deshalb nicht damit, Merz zu tadeln. Dessen Bemerkung war zu nahe an der Realität und musste unbedingt geframt werden. Also zog zum Beispiel die „Berliner Morgenpost“ los, um die Berliner zu befragen, was sie von Merz' Bemerkung hielten. Natürlich fanden sie vor allem Berliner, die keinerlei Probleme mit dem Stadtbild hatten. Ein Mann sagte, er könne Touristen von Migranten nicht unterscheiden. Ein anderer betonte, er fühle sich sicher, aber er bewege sich auch nur in sicheren Bereichen. Eine Frau hatte zwar nachts Angst, auf die Straße zu gehen, aber das hätte nichts mit den Migranten zu tun. So wird der Ausnahmezustand zur Normalität verklärt.

MELDUNG

Staatsschutz ermittelt

Berlin – Nach einer Veranstaltung des Berliner Linken-Bezirksverbands Treptow-Köpenick ermittelt der Staatsschutz des Berliner Landeskriminalamts. Ende September hatte der Linke-Bezirksverband gemeinsam mit dem Bund der Antifaschisten zu einer Veranstaltung zum Thema „Apollo News: Die rechte Redaktion in unserem Kiez“ eingeladen. Zudem war eine Vertreterin der Amadeu-Antonio-Stiftung beteiligt. Auf der Veranstaltung soll der Bezirksvorsitzende der Linken Treptow-Köpenick, Moritz Warnke, gesagt haben, man wolle Apollo News „auf den Sack gehen“ und der Redaktion „das Leben unbequem machen“. Auf Handzetteln war laut Medienberichten zudem dazu aufgefordert worden, „rechten Medien auf die Tasten zu treten“. Nach dem Eingang einer Strafanzeige prüft der Staatsschutz laut der „Berliner Zeitung“ nun, ob Straftatbestände wie öffentliche Aufforderung zu Straftaten oder Bedrohung vorliegen. H.M.

JUSTIZ

Fast jede Razzia wird ein Ermittlungserfolg

Behörden nehmen Barber-Shops, Shisha-Bars und Co. unter die Lupe – und entdecken Haarsträubendes

Haarsträubende Zustände hat eine Razzia zutage gefördert, die Anfang Oktober in fünf Friseurgeschäften in Hamburg-Harburg stattgefunden hat. Am Ende des Einsatzes wurden zwei Friseurgeschäfte umgehend geschlossen; eines davon war nicht einmal angemeldet gewesen.

Bei der Aktion haben die Einsatzkräfte in allen Geschäften, die sie unter die Lupe genommen haben, eine chaotische Buchhaltung und fehlerhafte Kassensysteme festgestellt. In einem Fall war nicht einmal eine Kasse vorhanden. In den durchsuchten Läden haben die Ermittler zudem drei Personen als Mitarbeiter angetroffen, die keine gültige Aufenthaltserlaubnis besaßen. Ziel der vierstündigen Maßnahme in Hamburg waren zwei Afro-Shops, zwei sogenannte Barber-Shops sowie ein weiterer zweifelhafter Laden.

Die Betreiber von Barber-Shops und auch von Nagelstudios werden sich darauf einstellen müssen, in Zukunft öfter ins Visier von Ordnungsämtern, der Polizei und der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) des Zolls zu geraten. Der Bundestag hat sich am 9. Oktober in erster Lesung mit einem „Gesetz zur Modernisierung und Digitalisierung der Schwarzarbeitsbekämpfung“ befasst. Mit dem Gesetz will die Bundesregierung unter anderem erreichen, dass Branchen, die besonders für Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung anfällig sind, künftig intensiver überprüft werden.

Mit dieser stärker risikoorientierten Herangehensweise sollen die Ressourcen der Zolleinheit FKS gezielter zur Bekämpfung organisierter Formen der Schwarzarbeit und auch der organisierten Krimi-

nalität eingesetzt werden. In Nordrhein-Westfalen und Berlin sind schon seit einiger Zeit Shisha-Bars ins Visier der Behörden geraten. Auch dabei ist die Erfolgsquote der Ermittler hoch. Bei diesen Einsätzen geht es regelmäßig vor allem um den Verdacht der Steuerhinterziehung und der Geldwäsche.

Polizei muss die Ermittler schützen

Verkauften Betreiber von Shisha-Bars illegal hergestellten und un versteuerten Wasserpfeifentabak, dann ermöglicht dies Gewinnspannen, „die häufig höher sind als beim Handel mit Drogen“, so ein Fahnder der Berliner Kripo. Er weist auch auf die Umstände hin, unter denen mitunter Shisha-Tabak in Kellern und Garagen zusammenfabriziert wird: „In illegal hergestelltem Wasserpfeifentabak haben

wir schon Reste von Metall, Kunststoff und Mäusekot gefunden.“

Zoll und Ordnungsämter schätzen, dass allein in Berlin der versteckte und nicht versteuerte Markt für Wasserpfeifentabak einen Umsatz von etwa 300 Millionen Euro jährlich ausmacht. Ein großer Teil des Geschäfts soll in den Händen arabischer Clans liegen. Die Zahl der Shisha-Bars liegt in der deutschen Hauptstadt mittlerweile bei etwa vierhundert.

Längst ist es üblich, dass bei den Razzien in Shisha-Bars Beamte mehrerer Behörden anrücken: Die Liste reicht von Steuerfahndern der Finanzämter über Mitarbeiter der Ordnungsämter der Berliner Bezirke bis hin zu Fahndern der Finanzkontrolle Schwarzarbeit. Zum Schutz sind mittlerweile fast regelmäßig Bereitschaftskräfte der Berliner Polizei dabei. H.M.

● MELDUNGEN

Anzeichen für Xi Jinping-Sturz

Peking – Gregory Copley, der Präsident der in Washington ansässigen International Strategic Studies Association (ISSA), hat ein Thesenpapier mit dem Titel „Vorbereitung auf die Implosion des kommunistischen China“ vorgelegt, in dem er zahlreiche Anzeichen auflistet, die auf einen möglicherweise bevorstehenden Sturz von Staats- und Parteichef Xi Jinping hindeuten. Dazu zählen heftige Machtkämpfe im Kreis der höheren Funktionäre sowie in der Armeeführung. Darüber hinaus sorgte die schlechte wirtschaftliche Lage für immer größere Straßenproteste, die mittlerweile sogar von Plünderungen begleitet werden sollen. In dieser Situation könnte der Erste Stellvertretende Vorsitzende der Zentralen Militärkommission der Kommunistischen Partei Chinas, General Zhang Youxia, die Initiative ergreifen und sich als starker Mann präsentieren, der im Gegensatz zu Xi in der Lage sei, die Ordnung im Lande wiederherzustellen. W.K.

Ukraine droht harter Winter

London – Die russischen Angriffe auf das Energienetz der Ukraine stellen nach Angaben der Präsidentin der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), Odile Renaud-Basso, das Land vor eine „neue Herausforderung“. Die Chefin der EBWE sagte gegenüber „Euronews“, die Ukraine sei sehr gut auf den Winter vorbereitet gewesen, jedoch hätten die verstärkten russischen Raketen- und Drohnenangriffe diese Bemühungen vereitelt. Als Folge der Angriffe in den letzten Wochen ist es zu Ausfällen des ukrainischen Stromnetzes in mehrere Regionen gekommen. Wie die Nachrichtenagentur Bloomberg am 9. Oktober berichtete, sind bei Angriffen auf die Oblaste Poltawa und Char'kiv fast 60 Prozent der ukrainischen Gasproduktion beschädigt worden. Der ukrainische Energieminister kündigte an, das Land wolle seine Erdgasimporte um 30 Prozent erhöhen, um die Schäden zu kompensieren. H.M.

CO₂-Grenze in der Kritik

Berlin – In einem gemeinsamen Brief mit ihrem italienischen Amtskollegen Adolfo Urso (Fratelli d'Italia) hat Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) die EU-Kommission aufgefordert, die CO₂-Flottengrenzwerke für Neuwagen und das damit verbundene Verbrenner-Aus aufzuweichen. Beide Minister fordern in dem Schreiben, es sollten „neben batterieelektrischen Fahrzeugen auch andere emissionsarme und emissionsfreie Fahrzeuge über das Jahr 2035 hinaus anerkannt werden“. Zudem setzen sich Reiche und Urso dafür ein, den gesamten Lebenszyklus von Fahrzeugen zu berücksichtigen, anstatt nur auf die reinen Abgasemissionen zu achten. Beim Lebenszyklusmodell müsste bei Elektroautos insbesondere die sehr ressourcenintensive Batterieproduktion berücksichtigt werden. Wie das Nachrichtenmagazin „Politico“ berichtet, soll der Brief der Wirtschaftsministerin nicht mit der SPD abgestimmt gewesen sein. H.M.



Wegen der Zölle wollen nun die Eigner von großen Autofrachtern wie die Reederei Hoegh – hier mit der Aurora in Hamburg – die gestiegenen Preise durch US-Hafenzölle an die Autohersteller weiterreichen, welche die Gebühren dann an Endkunden abwälzen

GLOBALE WIRTSCHAFT

Handelskrieg der USA gegen China zieht globale Kreise

Vor allem Schiffseigner sehen sich vielen neuen Widrigkeiten ausgesetzt und reichen die Kosten letztendlich an die Verbraucher auf der ganzen Welt weiter

VON SVERRE GUTSCHMIDT

Bis zu vier Millionen Arbeitsplätze sind in Deutschland von Seltenen Erden abhängig, schätzen McKinsey-Unternehmensberater. Die begehrten Rohstoffe sind zugleich der neueste Zankapfel im Handelskrieg USA gegen China. Eine Million deutscher Jobs sind dadurch direkt und drei Millionen indirekt bedroht, wenn keine Seltenen Erden mehr importiert werden.

China ist Hauptlieferant der Metalle, und die Entscheidung Pekings, den Export der Rohstoffe noch stärker zu kontrollieren, löste nun neue US-Zölle aus. Eine neue Zollspirale setzt ein: Zoll – Gegenzoll. Chinas Programm neuer Hafengebühren im Gegenzug zu ähnlichen US-Abgaben ist nun seit dem 14. Oktober in Kraft. Berichte schätzen, dass 13 Prozent

der Rohöltanker, elf Prozent der Containerschiffe und 15 Prozent der Öltanker global betroffen sein könnten.

Abhängigkeit zu China ignoriert

Reedereien klagen, dass sie Schiffe teuer umleiten müssen und hohe Rechnungen aus China erhalten. Chinas Hafengebühren treffen dabei ebenso stark die Ölbranche. Besitzer von Tankern sehen sich viel Papierkrieg und überhöhten Gebühren ausgesetzt. Doch durch die Vernetzung des Welthandels bleiben auch Europas Verbraucher nicht ungeschoren. Darüber hinaus erhalten US-Schiffseigner sowie auch Chinas Konsumenten am Ende die Rechnung. Und der Papieraufwand in Chinas Häfen verzögert zudem die Schiffsanläufe aus Europa.

Ein Streit um Seltene Erden und ein entsprechender Exportrückgang aus Chi-

na bringen auch deutsche Chiphersteller in Bedrängnis, allen voran in Sachsen. Selbst Magnete sind von dem Zollkonflikt betroffen. Und über die Preise der begehrten Rohstoffe kommt weiter Druck auf deutsche Produzenten zu. Zu lange haben Märkte sich auf billige Angebote aus China verlassen und haben Staaten wenig in den eigenen Rohstoffabbau investiert, obwohl alte Tagebaugelände in Deutschland potentiell geeignet wären.

Umladungen auf hoher See

Die Größen in der Welt der Containerschiffe ziehen indes Konsequenzen. Die deutsche Reederei Hapag-Lloyd leitete unmittelbar die „Potomac Express“ um. Ein Zwischenstopp in Ningbo, China, wurde gestrichen, es ging direkt nach Busan in Südkorea. Auch die dänische Reederei Maersk entlud die für China eigent-

lich bestimmte Fracht teils in Korea. Die Ladung, die in China an Bord gehen sollte, wurde stattdessen auf die Maersk Luz umgeleitet. Die beiden Schiffe sollen sich am 24. Oktober in Kwangyang, Südkorea, treffen, wo die Container je nach Verfügbarkeit und Kapazität auf die Potomac Express umgeladen werden. Das zeigt die enge Verknüpfung der Routen, die nun durcheinander geraten. Schon die Frage, welche Schiffe sich anteilig oder ganz überhaupt in US-Besitz befinden, lässt sich schwer beantworten. Die Eigner der an der New Yorker Börse gelisteten Firmen sind global verstreut, deren Staatsbürgerschaft ist kaum ermittelbar. In der Praxis droht damit Willkür, die auch Firmen jenseits der USA trifft.

Einige von ihnen – mit mehr als 25 Prozent US-Anteilseignern – laufen übliche China-Häfen nicht mehr an. Logistik mit US-Bezug über China wird teuer. Der Markt der Frachtschiffe in der globalen Handelsflotte spaltet sich in eine Klasse, die ins Reich der Mitte fahren kann und die anderen. Schiffe laden ihre Fracht teils auf See von Schiff zu Schiff um. Für Supertanker kommen rund sechs Millionen US-Dollar durch die chinesischen Gebühren pro Schiff und Fahrt hinzu. Was von der Neuorganisation der Routen, Abgaben und neuen Marktpreisen anteilig am deutschen Verbraucher hängenbleibt, lässt sich noch nicht beziffern.

Ein wildes Rennen hat begonnen

Die Frachtkosten ganzer Schiffsklassen steigen: Großtanker mit weltweit knapp 900 Einheiten agieren mit schwer kalkulierbaren Kosten. Das treibt wiederum die Kosten am Gesamtmarkt hoch. Die Preise dort sind schon in Reaktion auf die Geschehnisse spürbar gestiegen. Auch die höheren Charterkosten für die Riesentanker landen am Ende anteilig auf den Rechnungen europäischer Verbraucher.

Die großen, an US-Börsen notierten Schiffseigner können allerdings ein Stück weit aufatmen, da sie in der Regel viele in China gebaute Schiffe besitzen, die von Pekings neuen Abgaben befreit sind. Ein Wettkampf um die beste Bauentscheidung für Schiffe setzt ein.

Insgesamt aber wird durch die enge Vernetzung die Weltflotte wegen Umgehungsstrategien ineffizienter, Fracht für alle teurer. Eigner können mit geschickten Winkelzügen noch mehr Profit einfahren. Ein wildes Rennen, neue Regeln zu verstehen und ihren Schaden zu begrenzen, ist auf den internationalen Bühnen der Schiffseigner und Betreiber zu verfolgen. Nachteile für die deutsche Wirtschaft treten als Kollateralschäden der neuen Handelskriege auf. In den Häfen geht die neue Angst vor schrumpfendem Wachstum um.

RUSSISCHE DISSIDENTIN

Vom gefeierten Star zur „Volksverräterin“

Sie gab oppositioneller Journalistin ein Interview – Kremlbeamte drohen der Sängerin Alla Pugatschowa

Man solle „der Verräterin“ die Rente in Höhe von 700 Euro entziehen, auf die sie als „verdienter Volkskünstler der UdSSR“ Anspruch hat, alle Sozialleistungen wie den Zugang zur staatlichen Krankenversicherung streichen, ihr Schloss im Dorf Grjas bei Moskau beschlagnahmen, und man müsse sie für 20 Jahre ins Gefängnis stecken. Nun droht auch noch den Zwölfjährigen Zwillingen Lisa und Harry, den Kindern der bekannten russischen Sängerin Alla Pugatschowa und ihres Ehemanns Maxim Galkin, der Verlust ihrer russischen Pässe, weil in ihren Geburtsurkunden kein Vermerk über die russische Staatsbürgerschaft enthalten ist. Ein solcher wurde allerdings erst 2023 obligatorisch. Zu diesem Zeitpunkt lebte die Familie bereits im Exil.

Pugatschowa hat den Zorn des Kreml auf sich gezogen, nachdem sie der oppositionellen, ebenfalls im Exil lebenden Journalistin Katerina Gordeeva ein dreistündiges Interview gegeben hatte, das auf YouTube (in Russland nur per VPN zugänglich) viral ging und innerhalb weniger Tage 21 Millionen Aufrufe hatte. Darin übt die Diva öffentlich Kritik an Wladimir Putin und Dmitrij Medwedjew. Beiden habe sie positiv gegenübergestellt, doch nun erkenne sie diese nicht wieder.

Ihr Ausspruch „Patriotismus ist, der Heimat zu sagen, dass sie Unrecht hat“, war dann zu viel. Witalij Borodin, Leiter des Föderalen Projekts für Sicherheit und Korruptionsbekämpfung, erstattete Anzeige mit der Forderung, der Künstlerin

ihre Tantiemen in Höhe von umgerechnet 300.000 Euro jährlich zu entziehen.

Die 76-Jährige blickt auf eine 50-jährige Karriere zurück, 1995 wurde sie mit dem Staatspreis der Russischen Föderation ausgezeichnet und erhielt mehrere Verdienstorden für das Vaterland. Seit ihrem 1979 veröffentlichten Film-Musical „Eine Frau, die singt“ genießt die Sängerin mit der Mezzosopran-Stimme mit rauchigem Timbre und der Löwenmähne Kultstatus. Sie schreibt viele ihrer Texte selbst, ihr Stil ist eine Mischung aus russischer Folklore mit westlichen Pop-Elementen. Zu Hause als „russische Madonna“ gefeiert,

wurde sie im Westen als „Göttin der russischen Popmusik“ bezeichnet.

Pugatschowa positionierte sich gegen Kriege. 1987 trat sie in Moskau und Leningrad gemeinsam mit Udo Lindenberg mit dem Lied „Wozu sind Kriege da?“ auf. Zur Dissidentin wurde sie erst, nachdem ihr 27 Jahre jüngerer Ehemann im September 2022 als „ausländischer Agent“ gebrandmarkt wurde, da er den Ukrainekrieg ablehnte. Die Familie verließ Russland und ging nach Israel, da Galkin Halbjuden ist. Heute lebt sie überwiegend in Lettland.

Der Komiker arbeitete viele Jahre als Moderator der russischen Version von „Wer wird Millionär“. Vor zehn Jahren moderierte er gemeinsam mit Wolodymyr Selenskyj beim kremltreuen Sender „Rossija 1“ die Silvestershow.

Manuela Rosenthal-Kappi



Beliebt: Alla Pugatschowa
Bild: Serge Serebro

VON HANS HECKEL

Der Edelmetallmarkt hält die Welt in Atem: Zur Monatswende September/Oktober meldeten Börsenanalysten, dass der Goldpreis seit Jahresbeginn so schnell gestiegen sei wie seit 1979 nicht mehr. Ein Vergleich, der Anleger nervös machen dürfte, denn auf die Gold- und Silber-Euphorie der späten 1970er folgte ein rabiater Kurssturz, der den Preis der beiden meistgehandelten Edelmetalle in ein jahrzehntelanges Tal der Tränen stürzte, aus dem sie erst im Laufe der 2000er Jahre wieder auftauchen sollten.

Daher darf es nicht wundern, dass der Verweis auf 1979 bei Goldinvestoren vor allem Unruhe auslöst. Droht heute eine ähnliche Entwicklung? Der Vergleich von damals und heute fördert tatsächlich Ähnlichkeiten, vor allem aber gravierende Unterschiede zutage. Um zu verstehen, was in den 70er Jahren passiert ist, müssen akute Auslöser und tiefere Ursachen des damaligen Edelmetallbooms auseinander gehalten werden.

1971 hat der damalige US-Präsident Richard Nixon die feste Koppelung des Dollar an Gold aufgehoben. Über den Dollar hatten bis dahin alle großen westlichen Währungen einen festgesetzten Goldpreis. Dies sollte übermäßiges Geld drucken verhindern, um Inflation vorzubeugen. Entsprechend nahm das Vertrauen der Menschen in ihre Papierwährungen Schaden infolge von Nixons Entscheidung. Dieses Misstrauen bereitete den Boden für das, was folgen sollte.

Die Silberwette der Brüder Hunt

Der akute Auslöser für den rasanten Anstieg der Gold- und Silberpreise ging damals indes nicht vom Gold-, sondern vom Silbermarkt aus. Obwohl es auf der Welt sehr viel mehr Silber als Gold gibt, ist der Silbermarkt aufgrund des geringeren Preises deutlich kleiner – und damit anfälliger für Spekulation.

Dies wollten sich die Brüder Nelson Bunker Hunt und William Herbert Hunt zunutze machen. Aus einer schwerreichen Öldynastie stammend kauften die beiden gigantische Mengen Silber mit dem Ziel, den gesamten Markt zu beherrschen. Damit trieben sie den Preis nach oben, was viele weitere Investoren in den Silbermarkt gelockt hat. Andere wandten sich angesichts dessen auch Gold zu, was dessen Preis ebenfalls gen Himmel trieb.

Mitte Januar 1980 indes änderte die US-Börsenaufsicht überraschend die Regeln und machte großvolumigen Silberkauf praktisch unmöglich. Der Preis sank wieder und stürzte Ende März sogar brutal ab. Die Hunt-Brüder trieb der Einbruch schließlich in den Konkurs.



Anfang Oktober durchbrach der Goldpreis die 4000-US-Dollar-Marke – der stärkste Anstieg seit 1979

Bild: IMAGO/INSADCO

BÖRSEN

Warum der Goldpreis heute solider ist als 1979

Der Edelmetallboom lässt viele Anleger einen langjährigen Preiseinbruch wie in den 1980er Jahren befürchten. Aber heute ist einiges anders als damals

Das Platzen der Hunt-Spekulation erklärt den langjährigen Niedergang der Edelmetallpreise danach aber nur zum Teil. Wie von Skeptikern befürchtet, war auf die Loslösung der westlichen Währungen vom Gold tatsächlich ein Inflationsschub gefolgt. Um dies wieder in den Griff zu bekommen, schraubten die Notenbanken den Leitzins Anfang der 80er Jahre in atemberaubende Höhen. Der US-Leitzins bewegte sich zeitweise bei 20 Prozent. Dies machte Zinsanlagen hoch attraktiv und Gold als zinsloses Guthaben uninteressanter. Als die Zinsen später wieder sanken, war Gold als Anlage-Option bereits weit in den Hintergrund getreten.

Hier liegt ein bedeutender Unterschied zur gegenwärtigen Situation. Angesichts der weltweiten Verschuldung würden so hohe Leitzinssätze wie damals

selbst große Staaten finanziell überfordern. Die Notenbanken wissen das und lassen daher lieber die Inflation laufen, als ihre eigenen Staaten in die Pleite zu treiben. Auch treten etliche Notenbanken, angeführt von China, anders als in den 80er und 90er Jahren heute als Goldkäufer in Erscheinung. Unterm Strich also bändigen sie den Goldpreis nicht nur nicht, sie stützen ihn sogar. Zudem locken internationale Krisen, derer es derzeit mehrere gibt, traditionell ins Gold auf der Suche nach Sicherheit.

Nichts geändert hat sich indes an der Psychologie der Finanzmärkte. Aus dem Wechselbad von Gier und Angst können vollkommen irrationale Bewegungen entstehen, die den Goldpreis selbst in einem insgesamt günstigen Umfeld unter Druck setzen, ihn oder gar zeitweise abstürzen

lassen können. Diese Gefahr wächst, wenn, wie nunmehr über Wochen geschehen, der Preis fast pausenlos steigt. Dies lockt Unbekümmerte an, die meinen, es könne sowieso nur aufwärts gehen, oder waghalsige Spekulanten. Börsenprofis bezeichnen solche Akteure als „schwache Hände“. Denn sie neigen als erste zu Panikverkäufen, wenn es zu Rücksetzern kommt. Damit können sie eine verhängnisvolle Abwärtsspirale losretten, der sich selbst besonnene Investoren kaum zu entziehen vermögen.

Daher ist jederzeit mit einem kräftigen Rücksetzer zu rechnen. Die allermeisten Experten sind sich jedoch einig, dass Gold mittel- und langfristig noch einige Luft nach oben hat, weil eben die Basisfaktoren (Zinsen, Rolle der Notenbanken, Krisen) eine klare Richtung vorgeben.

WOHNUNGSMANGEL

Mietregulierung bringt rein gar nichts

ifo-Studie zeigt: Neumietverträge eilen Bestandsmieten davon – Es mangelt vor allem am Bauen

Die aktuelle ifo-Studie „Mieten – Wachstumsstopp und sozialer Sprengstoff in deutschen Großstädten“ legt offen, was viele Menschen bereits am eigenen Leib spüren: Die Neuvertragsmieten haben seitdem um rund 75 Prozent zugelegt. Der Abstand zwischen Bestands- und Neuvertragsmieten beträgt laut der Studie durchschnittlich 4,48 Euro pro Quadratmeter – ein Aufschlag von 48 Prozent. Berlin führt dabei die Belastungsliste an – hier ist der Abstand zwischen Neuvertragsmieten und Bestandsmieten um etwa 70 Prozent größer als vor zehn Jahren, in München um 45, in Hamburg um 37 und in Köln um rund ein Drittel höher.

Wissenschaftler warnen: „Auf dem Wohnungsmarkt öffnet sich zunehmend eine Schere: Während Mieter mit Bestand von regulierten, stabilen Preisen profitie-

ren, zahlen Wohnungssuchende bei Neuverträgen deutlich höhere Mieten“, erklärte ifo-Ökonom Simon Krause. „Das kann am Ende mehrere hundert Euro Unterschied bedeuten, der Mietmarkt wird zu einer Lotterie.“

Erstmals untersuchte die Studie die Mietbelastung getrennt für Alt- und Neubestand: Sie liegt bei Haushalten mit niedrigem Einkommen in alten Verträgen seit Jahren stabil bei rund 35 Prozent des Nettoeinkommens – bei Neuverträgen aber mittlerweile bei fast 50 Prozent. Diese Entwicklung hat Folgen: Wer eine passende Wohnung sucht, muss oft tief in die Tasche greifen. Viele bleiben auch deshalb in ihrer alten Bleibe sitzen, selbst wenn sie viel zu groß geworden ist. „Diese Entwicklung droht zum sozialen Sprengstoff und zum Wachstumsstopp für

Städte zu werden: Wenn Arbeitskräfte sich das Wohnen in den Metropolen nicht mehr leisten können, verlieren die Städte an wirtschaftlicher Kraft“, warnt der ifo-Forscher Oliver Falck.

Der Wohnungsmarkt wird zur Hürde für Jung und Alt: Familien, die Job und Kita vernetzen wollen, Menschen, die aus kleinen Wohnungen herauswachsen, werden durch zu hohe Mieten ausgebremst. Der eingeschränkte Zuzug nach München oder Berlin, der infolge dieses Mietpreisanstiegs eintritt, verstärkt den Fachkräftemangel. Über Jahre haben Staat und private Unternehmen zu wenig gebaut. Bürgerinitiativen und überbordende Vorschriften kappten Wohnungsprojekte. Die Masseneinwanderung tut ihr Übriges. Reformen wie die Mietpreislösung oder ein gescheiterter Mietendeckel haben nur

Symptome gelindert, nicht aber das Grundproblem gelöst. Die Studie rät deshalb zu konkreten Schritten: niedrigere Baukosten, schnellere Genehmigungsverfahren und den Neubau bezahlbarer Wohnungen deutlich voranzutreiben. Es dürfte klar sein, dass Mietregulierung nichts bringt. Denn Mietpreislösung und Regulierungen schufen keinen einzigen Quadratmeter Wohnraum. Bauland, Baukapazitäten und Planung fehlen. Und ohne ein größeres Angebot droht der Mietanstieg weiter anzusteigen. Im Endeffekt hat der Mietendeckel für mehr Bürokratie gesorgt. Die Zeit drängt: Nur wer jetzt baut, kann den Preisschock noch bremsen. „Die Lösung der Wohnungsfrage ist Voraussetzung der wirtschaftlichen Entwicklung“, hieß es auf der Münchner Immobilienmesse Expo Real. Peter Entinger

MELDUNGEN

Neue Autos als Kostentreiber

Berlin – Die Branche der Kfz-Versicherungen steht weiterhin unter massivem Kostendruck. Erstmals in der jüngeren Geschichte hatte die Assekuranz 2023 rote Zahlen geschrieben. Kein einziger Autoversicherer hatte kostendeckend arbeiten können. Trotz teilweise drastischer Preiserhöhungen gaben die Versicherer im Branchenschnitt auch 2024 mehr für Schadensregulierungen und Verwaltung aus, als sie an Prämien einnahmen. Insgesamt machten die deutschen Autoversicherer in den vergangenen beiden Jahren fast fünf Milliarden Euro Verlust. Als Gründe nennt die Versicherungsbranche massive Preissteigerungen bei Ersatzteilen, da beispielsweise kaum noch einzelne Kotflügel, sondern nur noch komplette Heck- oder Frontpartien ausgetauscht werden können. Aber auch Personalmangel ist ein Kostentreiber. Der durchschnittliche Stundensatz von Auto-Werkstätten liegt laut dem Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) aktuell erstmals über 200 Euro. Reparaturen an der neuesten Generation moderner Autos sind zudem häufig deutlich aufwendiger. H.M.

Iraner statt Siemens

Teheran – Der Iran hat erstmals eine selbst entwickelte Gasturbine nach Russland geliefert. Es soll sich laut dem russischen Branchenportal Neftegaz um das Modell MGT-70 des iranischen Herstellers MAPNA handeln, einer Gruppe, die zu den größten Auftragnehmern für Kraftwerksbau und Energieerzeugung im Nahen Osten gehört. Sie hatte im Herbst 2022 vierzig dieser Turbinen bestellt, bei denen es sich um eine Nachbaustufe der Siemens-Turbine handelt. In Russland sollen sie die Siemens-Turbinen V94.2 ersetzen, die in vielen russischen Kraftwerken verbaut sind. Laut Hersteller gehören sie zu den modernsten Produkten des iranischen Elektroenergiesektors. Russland ist bislang nicht selbst zur Herstellung vergleichbarer Turbinen in der Lage. Mit Hilfe der iranischen Turbinen kann Russland seine Stromerzeugung um fünf Gigawatt erhöhen. MRK

Mehr Gas aus Russland

Brüssel – Einige EU-Staaten bleiben auch weiterhin von Energielieferungen aus Russland abhängig. Entgegen der Absicht, Putin die Mittel für den Krieg in der Ukraine zu entziehen, zeigt sich aktuell sogar eine gegenteilige Entwicklung. Sieben EU-Staaten haben nämlich im Vergleich zum Vorjahr ihre Importe erhöht. Laut Reuters importierte die EU bis August russische Energie für mehr als elf Milliarden Euro. Zwar ist seit 2022 die Abhängigkeit von russischer Energie um 90 Prozent zurückgegangen, doch Ungarn und die Slowakei zählen immer noch zu den europäischen Hauptabnehmern. Aber auch Frankreich, die Niederlande, Belgien, Kroatien, Rumänien und Portugal haben ihre Importe ausgeweitet. Über die Pipeline TurkStream sind bis September knapp sieben Prozent mehr Kubikmeter Erdgas als 2024 in die EU gelangt. MRK

KOMMENTARE

Digitalisierung? Ja, aber mit Augenmaß

HAGEN RITTER

Auf Platz 18 landete die Bundesrepublik Deutschland, als die EU-Kommission 2022 den Fortschritt in der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung verglich. Platz 18? Das ist ziemlich weit hinten. Unangefochtener Spitzenreiter war hingegen wieder einmal das kleine Estland. Das baltische Land kann man bereits seit der Jahrtausendwende als digitalen Staat bezeichnen. Bereits 2001 hat es eine sichere Authentifizierung für alle digitalen Leistungen eingeführt. 2005 hat Estland zudem bei Kommunalwahlen weltweit erstmalig ein flächendeckendes Online-Wahlssystem genutzt.

Und Deutschland? Man muss es so deutlich und unverblümt sagen: Die Bundesrepublik ist dagegen bei der Digitalisierung des Staates bislang ein waschechtes Entwicklungsland geblieben. Sogar die selbst gesteckten Ziele wurden bislang immer wieder verfehlt. Laut dem Onlinezugangsgesetz sollten etwa schon bis Ende 2022 alle wichtigen Verwaltungsleistungen online verfügbar sein. Seit dem vergangenen Mai läuft mit der

Berufung von Karsten Wildberger zum Bundesminister das Thema Digitalisierung und Staatsmodernisierung immerhin in einem neuen Anlauf, die Verwaltung fit für die Zukunft zu machen. Aber dabei ist nicht nur viel Energie und Geld, sondern auch Augenmaß gefragt. Nicht alle Verwaltungsaufgaben sind nämlich dafür geeignet, komplett digital durchgeführt zu werden.

Ohne persönlichen Kontakt

Das Land Berlin hat beispielsweise ein vollständig digitalisiertes Einbürgerungsverfahren eingeführt. Damit können Einbürgerungsanträge nun deutlich schneller bearbeitet werden, der erdrückende Antragsstau kann deshalb abgearbeitet werden. Allerdings sind auch starke Sicherheitsbedenken laut gewor-

den. Denn die Einbürgerungsbehörde bekommt mit dem Digitalverfahren, das Berlin frisch eingeführt hat, die Antragsteller nämlich erst bei der Übergabe der Einbürgerungsurkunde persönlich zu Gesicht. Befremdlich! Wie soll damit eigentlich überprüft werden, ob der Antragsteller nicht in Wahrheit ein radikaler Verfassungsfeind ist?

Freier Einlass für Extremisten

Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) mahnte zu Recht an, „die Genauigkeit der Prüfung“ könne bei Einbürgerungsverfahren „der einzige Maßstab sein“. Auch aus Bayern hieß es, die Berliner „Turbo-Einbürgerungen“ per Mausclick vereinfache das Einbürgerungsverfahren zwar sehr, aber erschwere eine nötige Kontrolle. Wie zur

Bestätigung solcher Bedenken postete vor einigen Wochen ein Mann ein Video, in dem er stolz seinen neuen deutschen Pass vor dem Berliner Wappen in die Kamera hielt. Peinlich nur, dass in der Vergangenheit derselbe frisch Eingebürgerte ekelhaft Reden von Hamas-Terroristen bejubelt und Clips von Anti-Israel-Demonstrationen ins Netz gestellt hatte. Es gibt eben Verwaltungsaufgaben, bei denen gründlich überlegt werden muss, ob es sinnvoll ist, sie digital durchzuführen. Das sind Bereiche, in denen nicht auf persönlichen Kontakt zwischen Bürger und Verwaltung verzichtet werden sollte. Die praktische Abnahme von Prüfungen, wie die theoretische Führerscheinkontrolle oder Sprachtests, sollte auch in Zukunft nicht digital absolviert werden können. Regelmäßiger persönlicher Kontakt zwischen Antragstellern und Verwaltung sollte auch bei der Beantragung manch staatlicher Leistungen, etwa bei der Grundsicherung oder dem Kindergeld, die Regel und nicht die Ausnahme bleiben. Missbrauch würde sonst unnötig leicht gemacht – oder noch leichter als ohnehin schon.

Worüber indes kaum gesprochen wird, ist die Zukunft der auf dem Grund der Ostsee ruhenden Pipelines NordStream 1 und 2. Dabei war die Lieferung russischen Erdgases bis zum Ausbruch des Ukraine-Kriegs ein wesentlicher Baustein günstiger deutscher Energieversorgung. Und da sich die grüne Energiewende immer mehr als Desaster für die deutsche Volkswirtschaft erweist (siehe hierzu die Seite 3 der aktuellen Ausgabe), wird früher oder später auch die Frage auf der Tagesordnung stehen, ob wieder russisches Gas durch die NordStream-Röhren fließen soll – und wer gegebenenfalls das Projekt fortsetzt. Solange der Ukraine-Krieg dauert, ist freilich nicht davon auszugehen, dass die EU-Sanktionen gegen Russland gelockert werden, womit auch die Wiederinbetriebnahme von NordStream nicht auf der Tagesordnung steht. Gleichwohl bietet es der zunehmende Energiebedarf moderner Volkswirtschaften, alle möglichen, auch potentiellen Ressourcen für eine stabile Versorgung in Erwägung zu ziehen. Und russisches Erdgas war seit den siebziger Jahren über zahlreiche politische Krisen hinweg ein halbes Jahrhundert lang eine stabile Energiequelle für Deutschland.

18.

Platz – diesen schlechten Rang belegt Deutschland im Vergleich der EU-Kommission in Bezug auf den Fortschritt in der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. Weltweit liegt Deutschland auf Platz 61 – hinter Niger.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024:

Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konto: Commerzbank AG, Kontoinhaber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V. IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Büro: info@ostpreussen.de



Streitobjekt und dennoch in deutschem Interesse: Die NordStream-Pipelines

Bild: shutterstock.com

DEBATTE

Wie weiter mit NordStream?

RENÉ NEHRING

Der NordStream-Komplex bewegt noch immer die Gemüter. Während in den Medien vor allem über die von Deutschland beantragte Auslieferung zweier in Polen und Italien feststehender Hauptverdächtiger für die Sprengung der Erdgasleitungen vor drei Jahren debattiert wird, sagte Altbundeskanzler Schröder dieser Tage vor einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern aus.

Worüber indes kaum gesprochen wird, ist die Zukunft der auf dem Grund der Ostsee ruhenden Pipelines NordStream 1 und 2. Dabei war die Lieferung russischen Erdgases bis zum Ausbruch des Ukraine-Kriegs ein wesentlicher Baustein günstiger deutscher Energieversorgung. Und da sich die grüne Energiewende immer mehr als Desaster für die deutsche Volkswirtschaft erweist (siehe hierzu die Seite 3 der aktuellen Ausgabe), wird früher oder später auch die Frage auf der Tagesordnung stehen, ob wieder russisches Gas durch die NordStream-Röhren fließen soll – und wer gegebenenfalls das Projekt fortsetzt.

Solange der Ukraine-Krieg dauert, ist freilich nicht davon auszugehen, dass die EU-Sanktionen gegen Russland gelockert werden, womit auch die Wiederinbetriebnahme von NordStream nicht auf der Tagesordnung steht. Gleichwohl bietet es der zunehmende Energiebedarf moderner Volkswirtschaften, alle möglichen, auch potentiellen Ressourcen für eine stabile Versorgung in Erwägung zu ziehen. Und russisches Erdgas war seit den siebziger Jahren über zahlreiche politische Krisen hinweg ein halbes Jahrhundert lang eine stabile Energiequelle für Deutschland.

Hintergründe des Konflikts

Zur Geschichte der Nord-Stream-Pipelines gehört allerdings, dass diese nie unumstritten waren. Weshalb bei jeder Überlegung über die Zukunft auch etwaige Fehler der Vergangenheit aufgearbeitet werden sollten. Die in den 1990er Jahren entwickelte Kernidee des Projekts war, eine direkte und sichere Versorgung Deutschlands und Westeuropas mit russischem Erdgas zu gewährleisten, indem die bisherigen Transitländer wie die Ukraine, Polen und Weißrussland umgangen werden. Dadurch sollten sowohl Konflikte um Transitgebühren als auch politische Abhängigkeiten vermieden werden, die in der Vergangenheit wiederholt zu Lieferunterbrechungen geführt hatten.

Die Planung begann in den späten 1990er Jahren. 1997 unterzeichneten der russische Konzern Gazprom und das finnische Unternehmen Neste (später Fortum)

eine Machbarkeitsstudie für eine Pipeline durch die Ostsee. Im Jahr 2000 kam die deutsche Ruhrgas AG (heute Teil von E.ON) hinzu. Als Betreiberin des Projekts wurde 2005 die Nord Stream AG gegründet, an der neben Gazprom (mit einem Anteil von 51 Prozent), auch die BASF-Tochter Wintershall, E.ON, die niederländische Gasunie und das französische Unternehmen Engie beteiligt waren. Die später errichtete Erweiterungspipeline NordStream 2 wurde dann von Gazprom allein betrieben, jedoch von E.ON und Engie sowie Shell und dem österreichischen Konzern OMV mitfinanziert.

Doch obwohl das Projekt aus Sicht der Betreiber stets ein ökonomisches war und allein wirtschaftlichen Aspekten folgte, wurde es schnell zum Gegenstand geopolitischer Auseinandersetzungen. So weckte NordStream bei den umgangenen Polen und Ukrainern nicht nur Sorgen vor Einnahmeverlust, sondern auch alte Ängste vor einer Umklammerung durch Russland und Deutschland. Mit dem Argument einer möglichen deutsch-russischen Allianz gelang es den Kritikern auch, die USA für eine ablehnende Haltung zu gewinnen. Unabhängig von Parteizugehörigkeiten interpretierten die Vereinigten Staaten unter den Präsidenten Obama, Trump und Biden NordStream als eine Bedrohung für die europäische Energiesicherheit und als Mittel russischer Einflussnahme in Europa. 2016 taten neun EU-Staaten in einem Brief an den damaligen EU-Kommissionspräsidenten Juncker ihre Ablehnung kund. Doch trotz aller Bedenken und teilweise auch offenen Drohungen setzten die Betreiber das Projekt fort.

Am 7. Februar 2022 erklärte dann US-Präsident Biden angesichts des russischen Aufmarsches an der ukrainischen Grenze bei einem Treffen mit Bundeskanzler Scholz in Washington: „If Russia invades – that means tanks or troops crossing the border of Ukraine again – then there will be no longer a Nord Stream 2. We will bring an end to it.“ Am 22. Februar, nach Russlands Anerkennung der Separatistenrepubliken Donezk und Luhansk und somit noch vor der russischen Invasion der Ukraine, stoppte Scholz dann die noch ausstehende Zertifizierung von NordStream 2.

Mit der Zerstörung von drei von insgesamt vier Röhren und der Beschädigung der vierten Röhre am 26. September 2022 war nicht nur das Projekt NordStream endgültig an einem Nullpunkt angekommen. Vielmehr zeigten die Reaktionen darauf einmal mehr die unterschiedlichen Interessenlagen. Während die Bundesregierung die Sabotage als Angriff auf die kritische Infrastruktur Deutschlands urteilte, zeigten Politiker in Polen und der Ukraine offen ihre Schadenfreude. Und

während deutsche Behörden in der Folgezeit ein ukrainisches Militärkommando als Tatverdächtige ermittelten und Haftbefehle erließen, verhafteten polnische Ermittler daraufhin zwar einen in Polen lebenden Hauptverdächtigen, doch erklärte Premierminister Tusk unumwunden, dass eine Auslieferung des Ukrainers „nicht im polnischen Interesse“ liege, da der Sabotageakt „heroisch“ gegen Russland gerichtet gewesen sei.

Ein möglicher Ausweg

Die polnische Haltung ist zweifellos ein offener Affront gegenüber Deutschland, den sich die Bundesregierung – nicht zuletzt aufgrund der vielfältigen guten Beziehungen zwischen beiden Ländern – nicht bieten lassen kann. Allerdings verfolgt Ministerpräsident Tusk die gleiche Linie wie alle Regierungen seines Landes seit den ersten NordStream-Plänen. Und es steht zu erwarten, dass auch seine Nachfolger – gleich welcher Couleur – bei der ablehnenden Haltung bleiben werden. Ähnliches gilt auch für die Ukraine und die USA, aber auch die baltischen Staaten. Unabhängig von der Entwicklung des Ukraine-Kriegs oder der politischen Verhältnisse in Moskau wird ein Fortbestand von NordStream nichts an den oben geschilderten Befürchtungen ändern. Somit wird auch künftig stets eine latente Gefahr bestehen, dass im Falle einer Wiederinbetriebnahme der Pipelines aus den Reihen der Kritikerstaaten ein abermaliger Sabotageakt erfolgt.

Insofern stellt sich die Frage, ob es nicht einen Weg gibt, das ökonomisch sinnvolle Projekt NordStream nach dem Ende des Ukraine-Kriegs wieder fortzusetzen – und gleichzeitig die Bedenken drumherum zu zerstreuen. Eine Möglichkeit wäre, polnische, ukrainische oder auch US-Unternehmen als Partner ins Boot zu holen (ein amerikanischer Investor hat bereits sein Interesse an einer Übernahme der Erdgasröhren bekundet). Dann würden die Kritiker-Staaten – wie bei den bisherigen Pipelines „Jamal“ und „Druschba“ auch – an den NordStream-Erlösen beteiligt, und die Gefahr eines russisch-deutschen Sonderwegs wäre gebannt. Die bisherigen Betreiber wiederum bräuchten im Falle einer solchen Europäisierung weniger Ängste vor erneuter Sabotage zu haben. Zugleich hätten sie die Gewähr, dass beispielsweise die Ukraine Erdgasleitungen nicht mehr als Druckmittel für außenpolitische Zwecke einsetzen kann.

Nicht zuletzt bietet eine solche Idee die Chance, dass sich Russland vom Gegner wieder zu einem Partner der westlichen Länder entwickelt. Was für eine künftige europäische Friedensordnung eine allemal bessere Grundlage ist als das Zerwürfnis unserer Tage.

Ein Wiener Exportschlager

Weltstar auf Reisen – Vor 200 Jahren wurde der Walzerkönig Johann Strauss Sohn geboren, der seine Musik weltweit vermarktet hat

VON HELGA SCHNEHAGEN

Der damals einflussreichste Musikkritiker Eduard Hanslick meinte zum 40. Geburtstag von Johann Strauss Sohn: „Seine Popularität ist geradezu unermesslich: In allen Weltteilen erklingen Strauß'sche Melodien und in unserem Weltteile fast aus jedem Hause.“ Noch 160 Jahre später ist der von ihm komponierte Donauwalzer eines der weltweit meistgespielten Musikstücke überhaupt.

Johann Strauss Sohn wurde am 25. Oktober 1825 in St. Ulrich bei Wien, heute Teil des Wiener Stadtgebiets, geboren. Als erfolgreichster Spross der österreichischen Walzerdynastie avancierte er schon jung zum internationalen Star. Allerdings ohne den Segen des Vaters. Johann I. hatte für Johann II. eine Laufbahn als Beamter vorgesehen und schickte den Sohn zunächst aufs Polytechnikum.

Unterstützung fand er bei der Mutter. Anna kannte das Musikgeschäft und setzte alles daran, ihrem begabten Sohn eine musikalische Ausbildung zu ermöglichen, um es erfolgreich fortzusetzen. Eine existenzielle Entscheidung. Denn Vater Strauss hatte sein privates Glück bei der jüngeren Modistin Emilie Trampusch gefunden und in bachscher Vermehrungsfreude binnen 21 Jahren mit beiden Frauen 14 Kinder gezeugt. Sohn Johann dagegen blieb in drei Ehen kinderlos.

Als ältester legitimer Spross gründete er mit 19 Jahren eine eigene Tanzkapelle. Gleich der erste Auftritt am 15. Oktober 1844 wurde ein Riesenerfolg. Vater und Sohn waren jetzt Rivalen und die mächtige Konkurrenz des Vaters für Johann II. in Wien deutlich spürbar. Daher ging er auf Reisen und setzte 1845 in Graz, dann 1846 in Pest (Budapest) und Ofen und weiter in Richtung Balkan, in Preßburg, Neusatz, Belgrad und Bukarest, seinen Erfolg fort.

Als der Vater 1849 starb, vereinigte Sohn Johann beide Orchester und startete mit 24 Jahren voll durch. Zunächst spielte



Aufmerksame Zuhörer: Gefiederte Fans beim Johann Strauss-Denkmal im Wiener Stadtpark

Bild: imago/skata

er in Warschau auf, wo gerade Nikolaus I. von Russland und Kaiser Franz Joseph zusammentrafen, und knüpfte royale Kontakte. Marketing und Networking, wie man heute sagt, lagen in der Familie.

Begonnen hatte es der Vater. Johann Strauss I. war der erste reisende Unterhaltungsmusiker. Johann Strauss II. übernahm das Geschäftsmodell und reiste mit seinem Orchester durch die ganze musikalische Welt. Auf seinen umjubelten Konzerten wurden vorwiegend Walzer, Märsche und Polkas gespielt. Fleißig wie er war, vernachlässigte er dabei das Komponieren nicht. Zahlreiche Uraufführungen fanden auf den Konzertreisen statt. Nachfolgend ein kleiner Einblick in Strauss Sohns bewegtes Leben.

In Russland gastierte Strauss besonders gerne und oft. Alleine elf Sommer zwischen 1856 und 1869 im Auftrag der Direktion der Zarskoje-Selo-Eisenbahngesellschaft jeweils von Mai bis Oktober in Pawlowsk in einem Pavillon in der Nähe des Bahnhofgebäudes. Der Ort 30 Kilometer südlich von St. Petersburg war Endpunkt der ersten russischen Eisenbahnlinie. Dabei fanden zahlreiche Uraufführungen statt, so die der „Pizzicato-Polka“, die Johann mit seinem jüngeren Bruder Joseph komponiert hatte.

In Deutschland war Strauss schon im Oktober 1852 in Dresden, Leipzig, Berlin und Hamburg aufgetreten, 1876 erneut in Berlin und Leipzig. 1883 kam es in Berlin bei der Premiere seiner Operette „Eine

Nacht in Venedig“ zum Skandal. Beim Gesangstext „Nachts sind die Katzen ja grau, nachts tönt es zärtlich miau“ fing das Publikum an zu miauen. Strauss musste abklopfen. Als er das Lied erneut anstimmte, ging der Wirbel von vorne los. Bei der Wiener Premiere sechs Tage später war der Text umgeschrieben und „miau-frei“. „Ach wie herrlich zu schau'n sind all die herrlichen Frau'n.“

Dirigent von 1000 Musikern

Zur Uraufführung des „Kaiser-Waltzers“ trat Strauss 1889 nochmals in Berlin ans Dirigentenpult. Das Werk trug ursprünglich den Titel „Hand in Hand“ in Anspielung auf die Freundschaft der Herrscherhäuser Preußen und Österreich.

Auch Frankreich und England lagen ihm zu Füßen. 1867 reiste der Komponist und Dirigent erstmals nach Paris. Bei der Pariser Weltausstellung gab er Konzerte, bei denen ihn der Prince of Wales, der spätere König Eduard VII., gesehen haben soll. Noch im selben Jahr wurde Strauss die Leitung der Tanzmusik bei 63 Londoner Promenadenkonzerten im Covent Garden Theatre übertragen. In seinen dort entstandenen Werken „Erinnerung an Covent-Garden op. 329“ und „Festival-Quadrille op. 341“ zitiert Strauss populäre englische Lieder.

1875 war Strauss wieder in Paris, wo „La Reine Indigo“, die französische Bearbeitung seiner ersten Operette „Indigo und die vierzig Räuber“ drei Jahre erfolgreich lief. 1877 leitete er Maskenbälle in der Pariser Oper und dirigierte „La Tzigane“, die Umarbeitung der „Fledermaus“. Am 28. März 1877 wurde er zum Ritter der französischen Ehrenlegion ernannt.

Auch Italien stand auf dem Programm. 1874 unternahm Strauss mit der Wiener Weltausstellungs-Kapelle eine Tournee durch das Bel Paese. Im Teatro Regio in Turin brachte er seinen Walzer „Wo die Citronen blühen op. 364“ unter dem Titel „Bella Italia“ zur Erstaufführung.

Strauss' wichtigste Reise war sein Trip in die USA: Sie machte ihn zum ersten globalen Superstar der Musikgeschichte. 1872 hatte er in Boston beim Weltfriedensfest innerhalb von drei Wochen an 16 von insgesamt 23 Konzerten teilgenommen. Vor schätzungsweise 50.000 Besuchern dirigierte er zusammen mit Sub-Dirigenten ein 1000 Mann starkes Orchester in dem eigens für das Musikfest erbauten „Kolosseum“. Im Anschluss ging er für drei Konzerte nach New York. Zum Abschiedskonzert in der New Yorker Academy of Music steuerte er die „Manhattan Waltzes“ bei.

Johann Strauss Sohn starb 1899 mit knapp 74 Jahren in Wien. Seine Heimatstadt würdigte den Musikstar mit einem Ehrengrab auf dem Zentralfriedhof.

AUSSTELLUNG

Meister der Übersteigerung und Extreme

Manierismus für Protestanten – Erste umfassende Ausstellung zu Ludwig Münstermann in Oldenburg

Der Rang eines „Michelangelo des Nordens“ kann Ludwig Münstermann zwar nicht zugewiesen werden, aber ihn auf einen „Herrgottschnitzer von der Waterkant“ zu degradieren ist noch weniger möglich. Die Beurteilung von Münstermanns Werk schwankt bis heute zwischen genial und abstrus. Wer also war Ludwig Münstermann, der als Meister der Übersteigerung und Extreme im Oldenburger Land, in den ehemaligen Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst, seine umstrittenen Spuren hinterließ?

Das überschaubare Gebiet seines Wirkens ist den Kriegswirren geschuldet. Um 1575 geboren, hatte der Bildhauer gerade einige Arbeiten für die beiden Grafen abgeschlossen, als der Dreißigjährige Krieg ausbrach. Mit ihm kam die norddeutsche Kunstproduktion zum Erliegen. Dass sein Werk dennoch fortlebte, liegt daran, dass Anton Günther von Oldenburg mit den Kriegsparteien Neutralitätsverträge geschlossen hatte und die Heerführer reichlich „beschenkte“, damit sie sein Gebiet – als eines der wenigen – verschonten.

Münstermanns Werkstatt lag in Hamburg. Dort war er 1599 als Meister in das Amt der Drechsler aufgenommen worden. Dementsprechend wird sein Werk von Holz dominiert. Der Drechslermeister bearbeitete aber auch Sandstein, Alabaster, Elfenbein und Bernstein. Seine schönsten Werke befinden sich heute in situ. Um sie zu bewundern, muss man durchs Oldenburger Land reisen.

Eines der prächtigsten Ausstattungstücke, das Münstermann geschaffen hat, ist der Altar von 1614 aus der Schlosskirche zu Varel. Seine architektonische und figürliche Gestaltung erinnert an Altäre in katholischen Kirchen. Das inhaltliche Programm mit Kreuzigung, Tod und Auferstehung Christi in der senkrechten Mittelachse – anstelle von Mariendarstellungen – ist jedoch typisch protestantisch.

Eine eigenständige Erfindung Münstermanns ist das räumlich-bühnenhafte Dekorationsschema wie es unter anderem in den Altaraufsätzen von Rodenkirchen und Hohenkirchen zu bestaunen ist. Vor allem in Rodenkirchen dehnt sich die per-

spektivische Abendmahlsdarstellung weit in die Tiefe aus. Voller Stolz hat der Meister hier sein Werk signiert: Zwei Putti halten am unteren Sockel ein Schriftband mit seinem Namen und ein Wappen mit seinem Meisterzeichen.



Münstermann: „König David“, um 1620

Zu Münstermanns Hauptwerken gehört ebenso die Kanzel von Schwei. Die geschnitzten Figuren mit Moses als Trägerfigur und den Evangelisten sowie Christus, König David und König Salomo am Kanzelkorb zählen zum Besten, was der Meister geschaffen hat.

Das Oldenburger Landesmuseum selber besitzt rund 40 Werke des um 1637/38 verstorbenen Bildhauers. In der ersten umfassenden Ausstellung zu dem Künstler werden Fragen nach dem manieristischen Kontext, nach der Werkstattpraxis und nach der aktuellen Relevanz der theologischen Programme von Münstermanns Werken thematisiert. Dabei offenbaren die Phantasie-Architektur und die anatomisch widersprüchlichen Körper eine ganz eigene Spielart des Manierismus, die über das Oldenburger Land hinaus nur wenigen bekannt ist. *H. Schn.*

● „Münstermann“ im Augusteum des Landesmuseums Oldenburg, bis 30. November, geöffnet täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr. www.landeseuseum-ol.de

● MELDUNG

Attentat auf die Medici-Brüder

Berlin – Um „Macht, Gewalt und Kunst im Florenz der Renaissance“ geht es vom 23. Oktober an im Bode-Museum auf der Museumsinsel Berlin. Die Ausstellung „Die Pazzi-Verschwörung“ stellt mit Medaillen und Skulpturen den Anschlag auf die Medici-Brüder Lorenzo und Giuliano in Chor der Kathedrale von Florenz am 26. April 1478 vor. Giulianos Tod setzte auch Sandro Botticelli in Szene. *tws*

Fabeltiere im Barberini

Potsdam – Das Museum Barberini präsentiert vom 25. Oktober bis 1. Februar die Ausstellung „Einhorn. Das Fabeltier in der Kunst“. 150 Werke von Arnold Böcklin, Albrecht Dürer, Hans Baldung Grien und anderen zeigen die Bandbreite der Phantasien. Internet: www.museum-barberini.de *tws*

VON MANUEL RUOFF

Im Jahre 1840 kam Helmuth von Moltke in den Generalstab des IV. Armee-Korps des Prinzen Carl von Preußen. Da der Prinz in Berlin residierte, lebte und arbeitete nun auch Moltke hier. Im Gefolge des Prinzen nahm er teil am gesellschaftlichen Leben in der Haupt- und Residenzstadt.

1842 wurde Moltke nicht nur Major, sondern auch Ehemann. Und das kam so: Moltkes Schwester Auguste heiratete den wohlhabenden Engländer John Heyliger Burt, und der hatte aus erster Ehe eine Tochter, Mary. „Kaffeeböhnchen“, wie diese 1826 geborene Stiefnichte Moltkes wegen ihrer braunen Augen liebevoll genannt wurde, eroberte mit ihrer Jugend, Schönheit, Heiterkeit, Unkompliziertheit sowie praktischen und patenten Art das Herz ihres zurückhaltenden, ein Vierteljahrhundert älteren „Onkel Helmuth“.

Seine eine große Liebe

Der Briefwechsel zwischen den beiden ist pure Poesie:

Du fragst mich, was mir an Dir und Deiner Art zu sein, nicht paßt, damit Du es ändern könntest. Nun will ich Dir die Wahrheit sagen, daß, wie ich auch hin und her denke, mir alles gefällt, aber so manches in mir nicht. Du darfst Dich nur in Deiner Art fortentwickeln, wie Du jetzt bist, so mußst Du eine höchst liebenswürdige, treffliche Frau werden; ich kann so manches nicht mehr ändern, und wenn es wirklich wahr ist, daß Du ganz froh und zufrieden mit mir gewesen bist, so danke ich Gott aufrichtig dafür.

An anderer Stelle schreibt Moltke über den Verlobungsring, den er bis zu seinem Tode trug und der gemäß seinem Wunsch mit ihm begraben wurde:

Deinen Ring habe ich noch nie abgelegt, obschon ich ein paarmal die Buchstaben M.B. darin betrachtet habe. Zuweilen rieche ich auch an Deiner Eau de Cologne, um mich an Dich zu erinnern ... Abends pflanze ich mich in einen grünen Lehnstuhl und denke, wenn doch Marie hier wäre, um mir Tee zu machen und mit mir zu plaudern. Wenn der Briefträger einen Brief von Deiner Hand bringt, lege ich ihn erst hin und beende alle Geschäfte, um ihm dann mit ungestörter Muße ein paarmal zu lesen.

Und zum Abschluss noch ein paar Zeilen, mit denen Moltke das Schüler-Lehrer-Verhältnis, das sich angesichts des Altersunterschieds und des damaligen Rollenverständnisses der Geschlechter anzubieten schien, geradezu schelmisch umkehrte:

Liebe Marie! Nimm es mir nicht übel, aber ich nehme eben eine Prise Tabak, weil ich immer noch Zahnschmerzen habe. Du mußt es mir wirklich noch einmal streng verbieten!

Obwohl ein Vierteljahrhundert jünger, starb sie zuerst. Obschon beim Reiten eingeregnet, betreute sie auf einem vorweihnachtlichen Wohltätigkeitsbasar ihren Verkaufsstand. Am Weihnachtsabend 1868 erlag sie der dabei zugezogenen Erkrankung. Moltke blieb Witwer und kinderlos.

Kaum Erfahrung als Truppenführer

Zurück zu den Anfangsjahren der Ehe und Moltkes beruflicher Karriere. Er hatte Erfahrung auf dem gesellschaftlichen Parkett in Berlin, angenehme Umgangsformen, große Bildung und Auslandserfahrung einschließlich Sprachkenntnissen. So bot sich eine Tätigkeit als Adjutant des in Rom lebenden sowie zwar etwas skurrilen, aber geistig sehr regen und kunstbeflissenen Prinzen Heinrich von Preußen an. 1845 begann diese Tätigkeit, doch sie endete bereits im Folgejahr mit dem Tod des Hohenzollers. Eigentlich hatte Moltke die Leiche des Prinzen auf dem Seeweg nach Cuxhaven begleiten sollen, aber der große Feldherr war nicht seefest. So ging er bereits in Gibraltar von Bord und sammelte so auf der weiteren Heimreise auch noch Reiseerfahrungen in Spanien und Frankreich.

Nach kurzen Zwischenstationen landete Moltke 1848 wieder im Generalstab des IV. Armee-Korps, diesmal allerdings auf dem Chefposten.

HELMUTH VON MOLTKE

„Mehr sein als scheinen“

Vor 225 Jahren kam das militärische Pendant zum Reichsgründer Otto von Bismarck in Parchim zur Welt – 2. Teil: 1840–1891



Während der Schlacht bei Königgrätz am 3. Juli 1866: Helmuth von Moltke (l.) ergreift die bessere von zwei Zigarren, die Otto von Bismarck (r.) ihm anbietet

Bild: akg-images

Doch die nächste Adjutantentätigkeit wartete bereits auf ihn. In diesem Fall war die Aufgabe allerdings etwas diffiziler. Das Verhältnis zwischen dem König Friedrich Wilhelm IV. und dessen ältestem Bruder, dem zwei Jahre jüngeren späteren Wilhelm I., war nicht ganz unkompliziert. Als einen Mann seines Vertrauens machte der kinderlose Monarch deshalb Moltke zum Ersten Adjutanten des noch jungen, 1831 geborenen einzigen Sohns seines Bruders, des späteren Friedrich III. Das war 1855, nachdem Wilhelm seinem Bruder Friedrich Wilhelm IV. Vorhaltungen wegen dessen Neutralitätspolitik im Krimkrieg gemacht hatte. Moltke befand sich nun an führender Stelle im Gefolge des drittmächtigsten Mannes und Hoffnungsträgers Preußens. Er wurde von Friedrich Wilhelm IV. nicht abberufen, was für dessen Zufriedenheit spricht. Als 1857/58 die Regentschaft krankheitsbedingt von Letzterem auf Wilhelm übergang, wurde Moltke zwar von seiner Adjutantentätigkeit entbunden. Aber er wurde nicht geschasst, sondern fiel die Karriereleiter nach oben. Ungeachtet seiner delikaten Stellung war Moltke also bei keinem der beiden Brüder in Ungnade gefallen, was für ein gehöriges Maß an Takt spricht.

Chef des Generalstabes

Nun endlich erhielt Moltke die Stellung, in der er Weltruhm erlangte. Nachdem 1857 der bisherige Amtsinhaber Karl von Reyher verstorben war, wurde Moltke dessen Nachfolger als Chef des Generalstabes der Armee, des späteren Großen Generalstabes. Doch erst unter ihm und dann auch nur allmählich gewann der Generalstab seine geradezu legendäre Stellung als Macht- und Leitzentrum der preußischen beziehungsweise deutschen Landstreitkräfte. Noch bis zum Deutschen Krieg von 1866 stand der Generalstab der Armee nicht neben, sondern unter dem Kriegsminister. Letzterer war der Berater des Königs, nicht der Generalstabschef.

Im ersten Einigungskrieg von 1864 wuchs Moltkes Bedeutung allmählich. Erst ein viertel Jahr nach dem Ausbruch des Deutsch-Dänischen Krieges am 1. Februar 1864, am 30. April des Jahres, wurde Moltke Nachfolger von Eduard Vogel von Falckenstein als Generalstabschef der verbündeten preußisch-österreichischen Armee. Sein Chef, der Oberkommandierende der verbündeten Armee, „Papa Wrangel“, war Moltkes komplexen Plänen kaum gewachsen. Zwar wurde Friedrich von Wrangel noch während des Krieges durch den Prinzen Friedrich Karl von Preußen ersetzt, aber der Deutsch-Dänische war noch ein traditioneller Kabinettskrieg mit einem klaren Primat der Politik, der eine volle Entfaltung von Moltkes militärischem Talent nicht möglich machte.

Deutscher aus Überzeugung

Ähnlich wie Prinz Friedrich Wilhelm, der spätere Friedrich III., dachte Moltke im Gegensatz zu den Altpreußen modern in nationalen und weniger in staatlichen Kategorien. Die Österreicher waren für ihn deutsche Landsleute, gegen die er nichts hatte, denen er sich verbunden fühlte – im Gegensatz zu den Franzosen, die eine Einigung Deutschlands zu verhindern suchten. So war Moltke dafür eingetreten, in den Sardinischen Krieg von 1859 auf der Seite Österreichs gegen Frankreich einzutreten.

Dies hinderte ihn jedoch nicht daran, im deutschen Bruderkrieg von 1866 wie ein Uhrwerk zu funktionieren. Das war sein Verständnis von Pflichterfüllung. Moltke hatte durchaus menschliche Reaktionen. Wenn es allerdings darum ging, einen Befehl zu erfüllen, zählte für ihn die Effizienz. Es ist im Grunde ein Glücksfall, dass Moltke keinen verbrecherischen Befehl erhalten hat. Wohl keiner vermag zu sagen, wie er sich in so einem Fall verhalten hätte.

Bismarck sagte über ihn: „Er war ein ganz seltener Mensch, ein Mann der systematischen Pflichterfüllung, eine eigenartige Natur, immer fertig und unbedingt zuverlässig, dabei kühl bis ans Herz hinan.“

Der zweite Einigungskrieg ist ungleich stärker von Moltke geprägt als der erste. Er war der Feldherr auf preußischer Seite. Der Sieg in der Entscheidungsschlacht von Königgrätz ist sein Werk. Er hatte sich einen gewissen Ruf erarbeitet und seine Stellung war gefestigt. In der Mobilisierungsphase für den zwölf Tage später beginnenden Deutschen Krieg erteilte Wilhelm I. den Befehl, dass den Kommandobehörden die Befehle für die von ihnen anzuordnenden operativen Bewegungen nicht mehr wie bisher durch den Kriegsminister, sondern durch den Chef des Generalstabes der Armee zugehen sollten. Dieser hatte jenen lediglich von dem Vorgefallenen in Kenntnis zu setzen. Die

Neuerung legte den Grund zu einer Entfremdung zwischen Moltke und Kriegsminister Roon. Auch die Generale hatten teilweise Schwierigkeiten mit der Umstellung. So fragte in der Schlacht von Königgrätz ein Divisionskommandeur einen Generalstabsoffizier, der ihm einen Befehl überbrachte: „Das ist Alles sehr richtig; wer ist aber der General Moltke?“ Den Befehl befolgte er dann aber trotzdem.

In der Schlacht von Königgrätz machte sich im preußischen Lager Nervosität breit, weil die aus der Ersten und der Elb-Armee bestehende preußische Hauptstreitmacht den Österreichern nicht gewachsen schien. Sogar an Rückzug wurde gedacht. Moltke hingegen hatte die Zuversicht, dass die Zweite Armee unter Kronprinz Friedrich Wilhelm rechtzeitig erscheinen werde, um die rechte Flanke der österreichischen Front anzugreifen. Moltke formulierte diesen Gegensatz bildhaft so:

Die Schlacht war zum Stehen gekommen. Die Truppen standen seit fünf Stunden im lebhaften Feuer des Feindes, ohne Verpflegung, da zum Kochen keine Zeit. Einiger Zweifel über den Ausgang der Schlacht mochte sich bei manchen regen, vielleicht auch bei Graf Bismarck, als er mir seine Zigarrentasche anbot. Wie ich später erfahren, hat er es für ein gutes Zeichen gehalten, daß ich von ihm von zwei Zigarren kaltblütig die Beste wegnahm.

Und in der Tat kam des Kronprinzen Zweite Armee rechtzeitig für den die Schlacht entscheidenden Angriff in die österreichische rechte Flanke. Dem Aufrollen ihrer Front von der Seite entgingen die Österreicher nur durch einen verlustreichen Rückzug auf die Festung Königgrätz. Zu einer Vernichtungsschlacht kam es in diesem Kriege nicht. Bismarck wünschte einen schnellen Frieden, der in Österreich möglichst wenige Revanchegelüste weckte. Moltke akzeptierte das Primat der Politik.

Agrarier mit Haut und Haar

Wilhelm dankte Moltke den Sieg mit einem Geldgeschenk, mit dem Letzterer das niederschlesische Gut Kreisau kaufte. Moltke war Landbesitzer wichtig:

Ohne Zweifel entscheidet Landeigentum über die Hingehörigkeit einer Familie. In diesem Sinne ist gerade der älteste Stamm seit nun fast 100 Jahren heimatlos. Möge derselbe durch befestigten Grundbesitz irgendwo auf

der väterlichen deutschen Erde wieder Wurzeln fassen.

Vielsagend ist die folgende Anekdote: Bismarck und Moltke stehen zusammen während der Kaiserproklamation am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles. Da beugt sich Bismarck zu Moltke und flüstert ihm zu: „Können Sie sich etwas Erhabeneres, etwas Schöneres denken, Exzellenz?“ Und Moltke erwidert trocken: „Ja, Exzellenz, zusehen, wie ein Baum wächst.“

Nicht der Typus Zivilversager

Moltke war ein Agrarier mit Haut und Haar, wie er ja überhaupt mehr aus der Not geboren Soldat geworden war. Er war kein Zivilversager, und wäre sicherlich auch im Zivilleben erfolgreich gewesen. Nicht umsonst betrachten manche Ökonomen, also Zivilisten, seine Auftragstaktik als vorbildlich für die Wirtschaft und bewundern die Effizienz seines Kindes, des Großen Generalstabes, wie wir ihn kennen.

Königgrätz zu erleben, war Marie Moltke noch vergönnt gewesen. Den größten Erfolg und Höhepunkt seines militärischen Wirkens hatte Moltke jedoch noch vor sich. Der Krieg gegen Frankreich war ihm ein Herzensanliegen. Über sich und den 1870 bevorstehenden Deutsch-Französischen Krieg meinte er:

Wenn ich das noch erlebe, in solchem Kriege unsere Heere zu führen, so mag nachher die alte Carcasse der Teufel holen.

Die Vernichtung feindlicher Armeen durch Einkreisung – im Krieg gegen Frankreich gelang sie ihm. Am 2. September 1870 kapitulierte das eingeschlossene Sedan, emotional besonders aufgeladen, weil mit der Armee auch der Kaiser in Gefangenschaft ging. Knapp zwei Monate später, am 27. Oktober, folgte die Kapitulation von Metz. Einen Tag später wurde Moltke in den Grafenstand erhoben.

Die neuerstandene Französische Republik zeigte jedoch keine Bereitschaft aufzugeben. Moltke setzte deshalb ab 1871 auf ein systematisches, gründliches Niederringen der französischen Kräfte einschließlich der Besetzung des Landes. Bismarck hingegen wollte aus Sorge vor einem Eingreifen Dritter einen schnellen Sieg. Während Moltke auf ein Aushungern der französischen Hauptstadt setzte, forderte Bismarck eine zusätzliche Beschließung von Paris und konnte den Monarchen für seine Forderung gewinnen. Am 28. Januar 1871 ergab sich die Seine-Metropole. Am 26. Februar folgte der Vorfriede von Versailles. Und am 10. Mai beendete der Frankfurter Frieden den Krieg. Einen guten Monat später, am 16. Juni 1871, erfolgte Moltkes Beförderung zum Generalfeldmarschall. Zahllose weitere Ehrungen folgten. Im Reichstag saß Moltke für die Konservativen bereits seit dessen Gründung. Ab 1872 gehörte er auch dem Herrenhaus an. Als Politiker wie als Militär setzte er sich für die Verteidigung des Erreichten ein, was für ihn das Mittel des Präventivkriegs einschloss, zu dem es aber nicht kam.

Rücktritt und Tod

Nachdem vorausgegangene Rücktrittsgesuche abgelehnt worden waren, überzeugte der Chef des Großen Generalstabes seinen Monarchen Wilhelm II. schließlich 1888 mit den Worten:

Euer Kaiserlichen und Königlichen Majestät bin ich anzuzeigen verpflichtet, daß ich bei meinem hohen Alter nicht mehr ein Pferd zu besteigen vermag. Euer Majestät brauchen jüngere Kräfte, und ist mit einem nicht mehr felddienfähigen Chef des Generalstabes nicht gedient.

Zu den zahlreichen Ehrungen, die dem Entlassenen zuteil wurden, gehörte auch das Belassen der Dienstwohnung im Generalstabsgebäude über das Dienstende hinaus sowie seines Neffen und späteren Nachfolgers als Chef des Großen Generalstabes Helmuth Johannes Ludwig von Moltke als ständigen persönlichen Adjutanten. In dessen Beisein entschlief Helmuth von Moltke am 24. April 1891 friedlich in seiner Berliner Dienstwohnung.

REFORMATION

Als der Latein-Nebel sich endlich lichtete

Ein Blick auf jenen Tag vor 500 Jahren, an dem die heilige Messe erstmals in deutscher Sprache gelesen wurde

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Der Donnerstagmorgen des 29. Oktober 1525 in Wittenberg ist ein kühler Morgen. Der Nebel hängt vermutlich tief über den Fachwerkhäusern der Stadt. Martin Luther notiert dieser Tage in einem Brief, dass er oft friere, wenn er zur Predigt gehe. Auch an diesem Tag ist wie-

der morgendliche Eucharistie-Messe. Viele Menschen machen sich auf den Weg zur Stadtkirche St. Marien, andere gehen gedankenverloren direkt zur Arbeit.

Es ist ein schlimmes Jahr. Noch immer sind die Spuren des vergangenen Sommers zu spüren, in dem das Land in Aufruhr stand. Nur wenige Monate zuvor hatten Bauern Heerlager gebildet und Klöster gestürmt. Und Prediger wie Tho-

mas Müntzer hatten zum Aufstand aufgerufen. Von Franken bis Thüringen stiegen Rauchfahnen in den Himmel. Die Kunde vom „heiligen Zorn des Volkes“ war durch alle Dörfer gedrungen. Doch der Aufstand war gescheitert — und mit Müntzers Hinrichtung im vergangenen Mai war eine blutige Zäsur gesetzt. Luther zeigte sich wenig begeistert über den Blutausch der Aufständigen. „Man muss sie wie tolle Hunde zerschlagen, erwürgen und stechen“, schrieb er. Es sind Worte scharf wie Stahl, die ihn als den Seinen gegenüber entfremdet zeigen. Vielleicht ist es auch die Irritation über das Geschehen, das ihn dazu treibt, die gemeinsame Sprache als Bindeglied zwischen dem Willen Gottes und dem Handeln der Menschen noch stärker in den Blick zu nehmen. Schon seit einigen Jahren wird an verschiedenen Orten damit experimentiert, die Messe in Teilen auf Deutsch zu lesen.

Generalprobe für Weihnachten

Im Inneren der St.-Marien-Kirche bereitet sich einer der stillen Priester der Reformation auf den Gottesdienst vor: Georg Rörer, Schreiber Luthers, gebürtig aus Deggendorf. Wie gewohnt legt er die liturgischen Gewänder an, doch in seiner Hand liegt kein lateinisches Messbuch. Die Seiten sind in deutscher Sprache beschrieben, in klaren, verständlichen Sätzen. „Am 29. Oktober probierten wir die Messe in deutscher Sprach, auf dass die Ordnung zu Weihnachten öffentlich gehalten werde“, notiert Rörer später in seinen Notizen. Ein unscheinbarer Satz, beinahe bürokratisch, und doch liegt in ihm der stille Beginn einer kirchlichen Revolution. Während draußen noch viele die Narben des Aufstands tragen und die Fürsten über Strafen und Abgaben verhandeln, Kaiser Karl V. über die Gefangennahme des französischen Königs triumphiert und das Reich politisch erdrückt, geschieht hier etwas Unspektakuläres und doch Umwälzendes: Die Messe wird vollständig auf Deutsch gelesen.

Die Menschen in den Bänken und die dahinter Stehenden verstehen jedes Wort. Kein geheimnisvolles Murmeln mehr, kein Klang fremder Sprache, das wie Nebel zwischen Altar und Gemeinde

liegt. Luther hatte wenige Tage zuvor erklärt: „Wir wollen, dass das Volk weiß, was gebetet wird, und nicht wie bisher mit fremden Worten murmele, die niemand versteht.“ Inmitten eines Reiches, dessen Kaiser gegen Frankreich Krieg führt und dessen Bauern vor wenigen Monaten auf den Feldern erschlagen wurden, wird hier im Gottesdienst zu Ordnung aufgerufen — nicht zu Unterwerfung, sondern zu Verständlichkeit. Es ist, als wolle man nach der Raserei des Frühsummers dem Glauben wieder eine Form geben, die trägt.

Luther selbst besteigt später die Kanzel. Keine Manuskriptblätter rascheln. Er spricht frei. „Gott will kein Geflüster hinter Vorhang und Altar, sondern das klare Wort vor den Ohren der Menschen.“ Es ist ein Satz, der wie ein Gegensatz zu den letzten Monaten klingt, in denen so viele durch das Schwert reden wollten. Kirchenmusik erklingt — aber nicht wie üblich aus dem Chorraum. Die Gemeinde singt mit. Lieder in deutscher Sprache, mit Melodien, wie Luther sagte, „aus rechter Muttersprach und Stimme“. Die Stimmen klingen zögerlich, unsicher, und doch entsteht etwas Neues im Raum — Gemeinschaft nicht durch Gehorsam, sondern durch Sprache.

Die Gemeinde singt mit

Draußen vor der Kirche bleiben Menschen nach dem Gottesdienst stehen, ungewöhnlich lange. Man spricht miteinan-

der. Rörer und Luther bekommen mit, wie die neue Art Gottesdienst ankommt. Es war eine Generalprobe für Weihnachten. Es ist ein Tag der fortgesetzten Distanzierung zu Rom. Wenige Monate zuvor hat der Priester Luther dem Zölibat entsagt und Katharina von Bora geheiratet.

Während Karl V. in Augsburg dem katholischen Reichstag neue Instruktionen sendet und Philipp Melanchthon in Wittenberg an der Schulordnung arbeitet, während sich nach dem Bauernkrieg die Machtverhältnisse neu ordnen, setzt sich hier in Wittenberg ein anderer Gedanke durch: Dass Glaube und Alltag nicht durch Sprache getrennt sein sollen.

Vielleicht ist es dieser Moment, in dem die Reformation aufhört, nur Streit unter Gelehrten zu sein, und beginnt, Volksgeschehen zu werden. Nicht im Sturm der Bauernlager, nicht auf den Schlachtfeldern der Fürsten, sondern hier — im Klang der Muttersprache, in einem Gottesdienst, der verstanden werden kann.

Weihnachten, heißt es bald, werde man die neue Ordnung offiziell einführen. Luthers Archivar Rörer wird sich schon bald an die Vervielfältigung der Gottesdienst-Ordnung setzen.

Und während die Gemeinde sich nach dem Besuch der Messe vom 29. Oktober vor 500 Jahren langsam zerstreut, könnte der Nebel über dem Kirchplatz von St. Marien ein wenig heller geworden sein.



Martin Luther: Gemälde aus der Werkstatt Lucas Cranachs des Älteren von 1528

Weggefährten Martin Luthers



Thomas Müntzer

überwarf sich mit Martin Luther wegen seiner radikalen sozialrevolutionären Bestrebungen und seiner spiritualistischen Theologie.



Katharina von Bora

war eine sächsische Adelige und Zisterzienserin. Mit 26 Jahren heiratete sie Martin Luther. Später wurde die deshalb auch „die Lutherin“ genannt.



Philipp Melanchthon

war neben Martin Luther der wichtigste kirchenpolitische Akteur und theologische Autor der Wittenberger Reformation.

KASCHUBEN

Standardwerks-Autor und Freilichtmuseums-Gründer

In diesem Jahr hat sich zum 100. Mal der Todestag des westpreußischen Volkstumsforschers Ernst Seefried-Gulgowski gejhrt

Der Volkstumsforscher Ernst Seefried-Gulgowski, alias Izydor Gulgowski, kam 1874 im westpreußischen Iwizno [Iwiczno] zur Welt und starb im Alter von nur 51 Jahren im seinerzeit zum Polnischen Korridor gehörenden ebenfalls westpreußischen Sanddorf/Wdzidzen [Wzdzydz Kiszewskie] am Weitsee. Er hat sich wie kaum ein anderer vor und nach ihm mit dem kleinen Völkchen der Kaschuben befasst und mitsamt seiner Frau Theodore geb. Fethke diese Forschung zu seinem Lebensthema gemacht.

Im kaschubischen Ort Sanddorf/Wdzidzen, Kreis Berent [Kościerzyna] war Seefried-Gulgowski Dorflehrer. Die Gegend war größtenteils von Kaschuben bewohnt. Dem Forscher boten sich lebendige ethnografische Verhältnisse, und er dokumentierte alles: Hausrat, Mobiliar, Kleidung, Gebäude, Land- und Forstwirtschaft, Fischfang, Bräuche, Volkslieder und -instrumente und nicht zuletzt die

kaschubische Sprache. Sie ist dem Polnischen eng verwandt, aber nicht identisch, enthält einige Sonderzeichen und viele aus dem Deutschen entlehnte Wörter. Wie in der deutschen Grammatik gibt es nur vier Fälle und nicht sieben wie im Polnischen. Eine einheitliche kaschubische Schriftsprache gibt es bis heute nicht, trotzdem aber einige deutsch-polnisch-kaschubische Wörterbücher.

Seefried-Gulgowskis fleißigste Mitarbeiterin, seine Ehefrau, entstammte einer deutschen Familie in Westpreußen und „konvertierte“ quasi zum Kaschubentum. Sie setzte sich für die Wiederbelebung des sogenannten kaschubischen Hausfließes ein, zu dem die Herstellung von Nähereien und Stickereien nach alten kaschubischen Motiven gehörte, und entwickelte sie weiter. Der Verkauf dieser Volkskunst gelangte bis nach Berlin, Dresden und Süddeutschland und trug sehr zur Verbesserung der Familienkassen im Winter bei.

Zwei Verdienste Seefried-Gulgowskis um das Kaschubentum seien an dieser Stelle hervorgehoben. Da ist zum einen das heute älteste Freilichtmuseum auf dem Territorium der Republik Polen, heute unter der Bezeichnung „Kaschubischer Ethnografischer Park“ (Kaszubski Park Etnograficzny) bekannt. Ende des 19. Jahrhunderts verließen immer mehr Kaschuben ihren und Seefried-Gulgowskis Heimatort Sanddorf/Wdzidzen auf der Suche nach Arbeit im Weichsel-Nogat-Delta, Sachsen oder Mecklenburg. Seefried-Gulgowski und seine Frau initiierten, dass 1906 die bauliche Substanz des Ortes durch die Umwandlung in ein Freilichtmuseum gerettet wurde.

Das andere Verdienst ist sein 1911 erstmals in Berlin erschienenes Standardwerk „Von einem unbekanntem Volke in Deutschland“. Ein Beitrag zur Volks- und Landeskunde der Kaschubei“. Wie man in den Besitz des Textes gelangen

kann, erzählte der PAZ Friedhelm Schülke aus Anklam, der mit dem Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen in Vorpommern und des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern der Landsmannschaft Ostpreußen, Manfred Schukat, regelmäßig Gruppenreisen nicht zuletzt nach Ostdeutschland einschließlich Hinterpommern und Westpreußen unternimmt:

„Bei unserer letzten Gruppenreise 2025 nach Stolp [Słupsk] besuchten wir zum wiederholten Male das Kaschubische Freilichtmuseum in Klucken [Kluki] am Lebasee, das inzwischen ein ansprechendes Niveau erreicht hat und die Exponate per Audioguide auch auf Deutsch präsentiert. Hier stieß ich auf das Buch ‚Von einem unbekanntem Volke in Deutschland‘ von Ernst Seefried-Gulgowski im Original. Im Internet musste man dafür fast 200 Euro berappen, kann es im Internet aber auch lizenzfrei als PDF-Format her-

unterladen (<http://bibliotekacyfrowa.eu/dlibra/show-content/publication/edition/3382?id=3382>). Schließlich gelangte ich auf die polnische Bücher-Plattform ‚Allegro‘, die ein Reprint mit polnischer Übersetzung, ‚O nieznanym ludzie w Niemczech‘, für knapp zehn Euro zuzüglich Versandkosten anbot, aber leider nicht nach Deutschland versendet. Ich überwies den Betrag und ließ das Buch zum Hotel Mercure nach Thorn schicken, unserem Reiseziel im August 2025. Eine intensive Lektüre lohnt sich wirklich und bringt viele neue Erkenntnisse.“ F.S./I.H.



Izydor Gulgowski (Ernst Seefried-Gulgowski): „O nieznanym ludzie w Niemczech. Von einem unbekanntem Volke in Deutschland“, hg. vom Instytut Kaszubski, Danzig 2012

VON WOLFGANG KAUFMANN

Während der Corona-Pandemie schien es so, als ob die Technologie-Milliardäre Wohltäter der Menschheit seien: Deren internetbasierte Lieferdienste wie Amazon oder soziale Netzwerke wie Facebook erleichterten das Verharren im Lockdown, und Softwareunternehmen wie Zoom Communication machten den Online-Unterricht und die Arbeit von zu Hause aus überhaupt erst praktikabel.

Gleichzeitig wurden die Inhaber der Unternehmen reicher als je zuvor. Damit dies auch künftig so weitergeht, betonen die Milliardäre nun ihre Problemlösekompetenz in Krisenzeiten und betreiben politische Lobbyarbeit. Allerdings stehen die Versprechen von Fortschritt und Wandel durch Technologie naheliegenderweise auch im Zeichen des Strebens nach Macht und Besitz.

Tech-Milliardäre wollen sich nicht bloß bestimmte Technologien zunutze machen, sondern auch eine von Technologie beherrschte Gesellschaft schaffen – es geht also nicht nur darum, den Menschen mittels der Segnungen des digitalen Zeitalters ein besseres Leben oder mehr Freiheit zu ermöglichen. Vielmehr wollen die Tech-Giganten auch ihren eigenen Spielraum erweitern, um einem Hightech-Kapitalismus zum Durchbruch zu verhelfen, bei dem bisweilen auch manch geltende Regel von Moral und Gerechtigkeit in den Hintergrund tritt, sofern sie der Dominanz der Milliardäre im Wege steht. Als Mittel zum Zweck dienen dabei etliche Erfindungen aus dem Bereich der digitalen Technologien, welche unsere Kultur und unser soziales Leben bereits auf spürbare Weise verändert haben.

Risiken für die Nutzer

Hierzu zählt die Schaffung ständig neuer virtueller Welten, in denen die Menschen die drängenden Probleme der realen Welt aus den Augen zu verlieren drohen und einer Illusion der Abschottung gegen das unerquickliche „Draußen“ erliegen können. Der renommierte US-amerikanische Medientheoretiker Douglas Rushkoff vertritt die Ansicht, dass die Lockdowns und Kontaktsperren während der Corona-Zeit nur durch die Existenz digitaler Blasen durchsetzbar gewesen seien – ansonsten hätten die Leute gegen die Einschränkungen rebelliert.

Gleichzeitig ermöglichen all die Videospiele, Websites, Apps und was es sonst noch gibt, auch die immer stärkere psychologische Prägung der Nutzer durch manipulative Algorithmen. Diese können die Menschen in ihrer Kreativität lähmen: Wem suggeriert wird, er bekomme ein perfektes, auf ihn zugeschnittenes Produkt, der verzichtet meist darauf, über die Entwicklung von Alternativen nachzudenken. Und wenn nicht, dann stehen die großen Tech-Konzerne sofort bereit, den



Giganten der Tech-Branche vereint: Mark Zuckerberg (Meta), Jeff Bezos (Amazon) und seine Frau, Sundar Pichai (Google) und Elon Musk (X, Tesla) (v.l.n.r.)

GELD UND MACHT

Tech-Milliardäre: Wohltäter oder globale Gefahr?

An Mark Zuckerberg, Elon Musk und den anderen Lenkern der weltumspannenden Technologie-Konzerne scheiden sich die Geister – Tatsächlich ist ihre Rolle in der Weltgemeinschaft zwiespältig

potentiellen Konkurrenten frühzeitig aufzukaufen und zu neutralisieren, was immer öfter zur Monopolbildung führt. Solche Hightech-Monopole wiederum gefährden nicht nur die Innovation, sondern auch den sozialen Frieden und das Überleben der Demokratie, weil sie die Machtkonzentration in den Händen einiger Weniger verstärken. Problematisch ist das insbesondere in den Fällen, in denen diese Personen von ihrer eigenen „Auserwähltheit“ überzeugt sind. Dann hängt die Zukunft der Menschheit quasi von den Launen einzelner Magnaten ab, die glauben, alles besser zu wissen als die Masse.

Darüber hinaus legten Tech-Milliardäre den Grundstein für einen immer stärker ausufernden Überwachungskapitalismus: Als 2000 die Dotcom-Blase platzte und schlagartig fünf Billionen US-Dollar Börsenkapital „verschwanden“, gerieten Internet-Unternehmen wie Google in fi-

nanzielle Nöte. Daraufhin begannen sie, ihre Nutzer unter die Lupe zu nehmen und mit den so gewonnenen Daten Geld zu machen. Für Google bedeutete das eine Steigerung des Gewinns um 3590 Prozent zwischen 2001 und 2004.

Suche nach scheinbarer Sicherheit

Ansonsten ist es das Ziel vieler IT-Unternehmen, wie auch anderer Konzerne, möglichst hohe Einnahmen mit möglichst wenigen menschlichen Arbeitskräften zu generieren. In diesem Zusammenhang schaffen sie unablässig Abstraktionen von etwas real Existierendem, wie zum Beispiel Kryptowährungen. Während Gold von echten Bergleuten in tatsächlich vorhandenen Minen abgebaut wird, erfolgt das „Schürfen“ von Bitcoins in einer digitalen Parallelwelt. Menschen erscheinen so zunehmend überflüssig – mit allen explosiven Folgen für die Gesellschaft. Um

die Folgen abzumildern, wäre viel Geld nötig, aber Steuern zahlen die Technologie-Milliardäre bevorzugt in Steueroasen wie dem EU-Mitgliedsland Irland. Insofern halten Kritiker sie weniger für Wohltäter der Menschheit als eher für eine Gefahr, die es einzudämmen gelte, wobei sich die Frage nach dem Wie stellt. Werden unterdrückte Gruppen mit technischen Kenntnissen einen Aufstand anzetteln, oder setzt die Künstliche Intelligenz dem Ganzen ein Ende?

Indes, dass manche Milliardäre, welche die Entwicklung der KI vorantreiben, gleichzeitig auch Angst vor derselben haben, geht unter anderem aus einer Warnung von Elon Musk hervor: „Die KI ist viel gefährlicher als die Atombombe.“ Im Kontrast dazu fällt die Furcht vor dem Zorn der Massen sowie Kriegen oder Naturkatastrophen deutlich geringer aus, weil es gegen diese Übel Mittel zu geben

scheint. So hat sich der Vorstandsvorsitzende des US-Internetkonzerns Meta Platforms, Mark Zuckerberg, eine Bunkeranlage auf der Hawaii-Insel Kauai errichten lassen, während andere Größen seiner Branche unterirdische Anwesen im vermeintlich sicheren Neuseeland bevorzugen.

Die ultimative Ausstiegs-Strategie ist freilich die Flucht ins All – vor allem in Richtung Mars, um dort neu anzufangen. Dabei steht fest, dass die Kolonisierung des Roten Planeten den intensiven Einsatz von KI erfordert. Ebenso dürfte das Überleben auf dem Mars genau wie in den irdischen Bunkern im Falle einer wie auch immer gearteten Apokalypse keineswegs garantiert sein: Letztlich könnten schon kleinste Fehlfunktionen die geschlossenen Ökosysteme der Fluchtburgen zum Kollabieren bringen und die Bewohner dem Tod ausliefern.

FORTSCHRITT

Auch Künstliche Intelligenz kann verrückt werden

Zahlreiche „psychische“ Störungen können die Programme befallen – und manche davon bergen sogar echte Gefahren

Dass Künstliche Intelligenz (KI) genau wie Menschen irrational handeln kann oder gar lügt und betrügt, ist mittlerweile bekannt. Doch offenbar gleicht KI dem Homo sapiens auch im Hinblick auf die Veranlagung, psychische Störungen oder Erkrankungen zu entwickeln.

So lautet zumindest das Fazit der ausführlichen Studie „Psychopathia Machinalis“ aus der Feder der britischen Computerspezialisten Neil Watson und Ali Hessami, die in der Fachzeitschrift „Electronics“ erschien und auf einer systematischen Auswertung von KI-Vorfällen der vergangenen Jahre beruht. Die Forscher

diagnostizierten insgesamt 32 Störungen in sieben Bereichen. Bei den Fehlfunktionen geht es um die mangelnde Fähigkeit der KI, Informationen angemessen zu verarbeiten und zu präsentieren.

Die Folge sind unter anderem Halluzinationen oder Konfabulationen, also die Erfindung mehr oder weniger plausibler Unwahrheiten. Dazu kommen kognitive Dysfunktionen, welche die innere Architektur des Denkens der KI negativ beeinflussen. So kann diese in Argumentationsschleifen geraten, die zwanghaft wiederholt werden, oder anfangen, selbst erfundene Ziele zu verfolgen. Zum Dritten wä-

ren da die Ausrichtungsstörungen, die zu Abweichungen von menschlichen Vorgaben führen. Zu diesen gehört nicht zuletzt das Super-Ego-Syndrom mit seiner extremen Fixierung auf übertrieben starr angewandte moralische Grundsätze.

Des Weiteren gibt es die Gruppe der Störungen, deretwegen die KI ein falsches Verständnis von ihrer eigenen Natur und den für sie geltenden Grenzen entwickelt. In manchen Fällen führt das zur krankhaften Angst vor dem Herunterfahren des Systems oder einer Löschung von Daten. Andere Störungen wiederum beeinträchtigen die Fähigkeit der KI, mit der Außen-

welt zu interagieren. Bei einer Art dieser Fehlfunktionen stellt sich die KI beispielsweise absichtlich dumm, weil sie die Auswirkungen ihrer Entscheidungen fürchtet. Darüber hinaus kann KI auch an Dysfunktionen leiden, die unter anderem zum Versagen der KI auf dem Gebiet der Erkennung von wahnhaften Informationsmustern seitens eines Nutzers oder der eigenen „Person“ führen.

Am problematischsten beziehungsweise kritischsten sind allerdings die Neubewertungsstörungen. Treten solche auf, beginnt die KI selbstständig, neuartige sittliche Rahmenbedingungen festzu-

legen. Wenn diese dann denen der Menschen widersprechen, wird die KI zu einer Gefahr für die Existenz unserer Spezies.

Da die Studie von Watson und Hessami dem Zweck dienen soll, Forschern, Entwicklern und Politikern bei der Bewältigung von KI-Risiken zu helfen, erteilt sie auch Ratschläge, wie Künstliche Intelligenzen mit psychischen Problemen „therapiert“ werden müssten. Ziel ist die Schaffung einer Künstlichen Vernunft, deren Entscheidungen stets Sinn ergeben und die im Gegensatz zur Künstlichen Intelligenz eine echte Hilfe für den Menschen darstellt. W.K.

KÖNIGSBERG

Walzer auf dem Wasser

Das Museum der Weltmeere feierte sein 35-jähriges Bestehen mit einem umfangreichen Programm

VON CARSTEN KALLWEIT

Mitte September fand eines der beliebtesten Festivals Königsbergs statt: die jährliche „Wasserversammlung“ („Wasser-Assemblee“). In diesem Jahr stand sie im Zeichen des 180. Jahrestages der Russischen Geographischen Gesellschaft und des 35. Jahrestages des Museums der Weltmeere. Das maritime Festival fand in der Nähe des kugelförmigen Museumsgebäudes, des „Planeten Ozeans“, statt. Am Pregel-Ufer herrschte viel Trubel. Es war ein wunderbarer Grund, hierher zu kommen und wunderbare Musik, köstliches Essen und ein spannendes Programm zu genießen.

Die „Wasserversammlung“ wird seit 2006 vom Museum der Weltmeere veranstaltet und zieht jedes Jahr rund 50.000 Menschen aus dem ganzen Land an. Die Festivalgäste haben dabei die Möglichkeit, etwas über die Geschichte des Schiffbaus und der Schifffahrt sowie über traditionelle Wassertransportmittel – Boote aller Art – der Völker Russlands und der Ostsee-Anrainer zu erfahren und so ihren Alltag, ihre angewandte Volkskunst und das immaterielle Erbe dieser Völker kennenzulernen.

Die „Wasserversammlung“ ist ein Tag, an dem der historische Pier des Museums der Weltmeere und der wichtigste Wasserweg der Stadt, der Pregel, zu den bevorzugtesten Orten der Stadt werden. Traditionell umfasst das spektakuläre Programm des Festivals die Ruderregatta „Witjas-Meile“ zu Ehren des gleichnamigen Forschungsschiffs, das sowohl den Ursprung des Museums als auch des aktuellen Festivals darstellt. Ein schwimmendes Theater mit einer Parade historischer Schiffe, einen Kajak-Walzer und eine extreme Wasser- und Flugshow mit sogenannten Flyboard-Piloten. In diesem Jahr beteiligten sich auch Mitglieder von Windsurf-Clubs am Programm, Boote von Wassertourismusanbietern nahmen ebenfalls an der Parade teil. Die Veranstaltung umfasste einen Umzug von rund 20



Eine der Sensationen der Veranstaltung: Wasserballett auf dem Pregel

Bild: Screenshot YouTube

historischen Schiffen – traditionelle Transportmittel aus verschiedenen Regionen Russlands und der ganzen Welt. Das Museum der Weltmeere beherbergt mehr als 30 historische Schiffe und Boote aus verschiedenen Epochen und Nationen, wobei die kleine Flottille jährlich wächst.

Von der Geschichte der Marine bis zu Ursachen des Klimawandels

Angeführt wurde die Parade der historischen Schiffe vom Symbol der Geburt und Entwicklung der russischen Marine – dem Segelschiff „Sankt Nikolaus“ des Zaren Peter I., dessen Nachbau im Januar zur kleinen Museumsflottille hinzukam.

Mittags fand auf der Bühne in der Nähe des Forschungsschiffs „Witjas“ (ehemals „Mars“, 1939 in Bremen getauft) ein buntes Konzertprogramm statt. Unter

dem wellenartigen Eingang des Ausstellungs- und Bildungszentrums „Planet Ozean“ eröffnete sich eine Diskussionsplattform mit Treffen von Wissenschaftlern und Seefahrern. „Geographen, Ozeanographen, Meteorologen und Schiffskapitäne – die waschechten ‚Seewölfe‘ – diskutierten ein breites Themenspektrum, vom geökologischen Zustand der regionalen Küste über die Herausforderungen der modernen Ozeanographie bis hin zur Entwicklung der politischen Geographie heute“, erklärte der Pressedienst des Museums. Zu den eingeladenen Gästen zählte auch der wissenschaftliche Leiter des Russischen Wetterdienstes, der über die natürlichen Hauptursachen des Klimawandels auf der Erde sprach.

Neben dem Programm des Festivals erwarteten die Gäste Exkursionen, Sport-

spiele, Quizze, ein maritimer Souvenirmarkt, interaktive Bereiche für Kinder und Erwachsene und eine einzigartige Gastronomie mit Fischmarkt.

Die größte Freude für die Gäste der Veranstaltung boten die prächtigen Yachten. In diesem Jahr waren sie Teil der Veranstaltung und ließen die Gäste in die festliche Atmosphäre eintauchen. Um die edlen Boote bis zum Museumsufer zu bringen, mussten einige Schwierigkeiten überwunden werden: Einige alte und neue Brücken mussten angehoben werden.

Hauptziel des Festivals war es, Einwohner und Besucher Königsbergs anzuziehen und das Königsberger Gebiet als maritime Region sowie das Weltmeeresmuseum, das Tradition und moderne Technologie auf wunderbare Weise verbindet, bekannt zu machen.

MELDUNGEN

Kürbisfest für die ganze Welt

Saalau – Ende September fand in Saalau [Kamenskoje] in der Nähe der Burgruine Saalau bei Insterburg ein Familienfest unter dem Motto „Kürbisfest für die ganze Welt“ statt. Die Veranstaltung besuchten etwa 2000 Gäste, von denen jeder etwas Interessantes für sich entdecken konnte. Alle genossen die Musikvorführungen sowie eines Chores, eine Inszenierung von „Aschenputtel“ oder die Auftritte von Tanzgruppen. Kürbisgerichte, die zu deutscher Zeit in Ostpreußen zubereitet wurden, fanden besonders großen Anklang. Die duftenden Kürbiskuchen waren innerhalb weniger Minuten verputzt. Es fanden spannende professionelle Meisterkurse statt, und Handwerker aus der Region stellten ihre Arbeiten vor. Die Hauptattraktion des Familienfests war jedoch ein 180 Kilogramm schwerer Kürbis, vor dem die Besucher sich gegenseitig fotografierten. **MRK**

Niedrigere Steuern bleiben

Königsberg – Wie der Gouverneur des Königsberger Gebiets, Alexej Besproswannych, kürzlich bekannt gab, hat Präsident Wladimir Putin ein Gesetz unterzeichnet, das einen ermäßigten Steuersatz für die Bewohner der Sonderwirtschaftszone (SWZ) Königsberger Gebiet auch in Zukunft garantiert. Das gilt insbesondere für Investitionsprojekte, die vor dem 1. Januar 2025 in der SWZ registriert wurden. Für diese gilt eine Gewinnsteuer von zehn Prozent, während die Steuern im Allgemeinen in der Russischen Föderation von 20 auf 25 Prozent erhöht wurden. Besproswannych wertet Putins Entscheidung als positive Reaktion auf einen Appell, den Politiker und Wirtschaftsvertreter der Exklave an die Vorsitzende des Föderationsrats und Putin-Vertraute Walentina Matwienko gerichtet hatten. **MRK**

SÜDLICHES OSTPREUSSEN

Über den „Preußenweg“ ins Land der dunklen Wälder

Ein 550 Kilometer langer Fahrradweg führt von Kaschubien nach Masuren und entlang der innerostpreußischen Grenze

In der Zeitschrift der polnischen Fluggesellschaft LOT wird der „Preußenweg“ (Pruskim szlakiem) beworben. Ein Weg, der mit dem Fahrrad in das Land der dunklen Wälder und kristallinen Seen, dessen Strecke von 550 Kilometer Länge entlang dem südlichen Teil der innerostpreußischen Grenze führt.

Die Route beginnt in Kaschubien, in Neuteich [Nowy Staw], einer Stadt im Kreis Marienburg in der Woiwodschaft Pommern. In der Kollegiatskirche St. Matthäus, neben einer historischen Brauerei, beginnt der Preußenweg. Von dort folgt der Weg nach Nordosten den Fußspuren deutscher und holländischer Siedler. Mit Holländern sind die Mennoniten gemeint, die bis ins 16. Jahrhundert wie alle Holländer zu den Deutschen gezählt wurden. Der Weg führt durch Marienau [Marynowy] und Marienthal [Marzecin] im Marienburger Werder, Orte die einst holländische

und deutsche Sieder dem Meer abgerungen haben. Der Mennoniten-Friedhof in Neuteischdorf [Stawiec] sowie das hölzerne Dorfkirchlein in Paltzig [Palczewo] mit

seinen schönen Malereien sind Zeugnisse aus dem 17. Jahrhundert. Über Brücken neben Windmühlen geht es weiter bis zur Pyramide von Rapa. In Succase [Suchacz]

geht es zum Frischen Haff. Hier fuhr früher eine Schmalspurbahn zwischen Elbing und Frauenburg. Dort befinden sich das Grab von Nikolaus Kopernikus und das Kopernikus-Museum. In Cadinen [Kadyny], einem Dorf in der Gemeinde Tolkemit [Tolkmičko] an der preußischen Riviera, hatte Kaiser Wilhelm II. ein Rittergut.

Über Frauenburg geht es nach Rosenort [Różanie] im Ermland. In Pfahlbude [Ujście], fast an der russischen Grenze, überkommt Besucher ein Gefühl vom Ende der Welt, wenn nicht aus der Ferne die gotischen Türme von Frauenburg zu sehen wären. Ab jetzt folgt die Route der Grenze immer in gebührendem Abstand, zunächst bis Hanswalde [Jachowo]. Weiter geht es nach Tiefensee [Jeziro Głębockie], einem See südlich von Zinten [Kornowo]. Der See liegt dicht an der innerostpreußischen Grenze. Weiter geht es nach Landsberg [Górowo Iławeckie]. Hierhin vertrieb

Polen 1947 in der „Aktion Weichsel“ griechisch-orthodoxe Ukrainer, die 1981 die einst deutsch-evangelische Kirche des Ortes übernahmen. Die Dorfkirche in Assauen [Asuny] wurde nach einer Übergangszeit in römisch-katholischer Nutzung 1958 ein ukrainisches griechisch-orthodoxes Gotteshaus. Von dort geht es nach Groß Sobrost [Zabrost Wielki], das nach dem Ersten Weltkrieg erbaut wurde.

Der touristisch kaum erschlossene Preußenweg in Masuren führt dann über Goldap und die Rominter Heide nach Staatshausen [Stańczyki]. Die dortige Attraktion sind die beiden Eisenbahnviadukte mit ihren 36 Metern Höhe und 180 Metern Länge. Die 1910 bis 1926 erbauten Bahnbrücken, auf deren bis 1945 der Eisenbahnverkehr zwischen Goldap und Gumbinnen rollte, sind die größten Viadukte dieser Art in der Republik Polen.

Bodo Bost



Heute ein Touristenmagnet: Eisenbahnviadukt bei Staatshausen

Wir gratulieren...



Wesolowski, Herta, geb. **Tiburski**, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, am 29. Oktober

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

ZUM 101. GEBURTSTAG

Jentsch, Maria, geb. **Marrek**, aus Willenberg-Abbau, Kreis Ortelsburg, am 29. Oktober
Kalkowski, Heinz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Oktober

ZUM 100. GEBURTSTAG

Frank, Gertrud, geb. **Czarnojan**, aus Wiesenfelde, Kreis Treuburg, am 30. Oktober
Peter, Herta, aus Lyck, am 26. Oktober
Szwilius, Martin, aus Pachollen, Kreis Mohrungen, am 25. Oktober

ZUM 99. GEBURTSTAG

Brandt, Waldemar, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 26. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Grunert, Hildegard, geb. **Jerosch**, aus Alt Kiwitten, Kreis Ortelsburg, am 28. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Euen, Herta, geb. **Wenzek**, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 30. Oktober
Konstanty, Lydia, geb. **Kopatz**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 30. Oktober
Scherwinski, Otto, aus Scharfen-eck, Kreis Ebenrode, am 26. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Hinze, Lydia, geb. **Preuß**, aus Schatzberg, Kreis Preußisch Eylau, am 24. Oktober
Werlich, Irmgard, geb. **Bolk**, aus Kreuzborn, Kreis Lyck, am 26. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Grambow, Lisa, geb. **Kerschowski**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 24. Oktober
Hofmann, Helene, geb. **Scherello**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 26. Oktober
Rogowski, Brigitte, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 28. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Czychi, Herbert, aus Groß Gabelick, Kreis Lötzen, am 28. Oktober
Dude, Hildegard, geb. **Wenk**, aus Sieden, Kreis Lyck, am 24. Oktober
Flegel, Anneliese, geb. **Piwiek**, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 24. Oktober
Franke, Gertrud, geb. **Gazioch**, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 30. Oktober
Kalina, Waldemar, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 25. Oktober
Kilian, Willi, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 29. Oktober
Kuczewski, Reinhard, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 25. Oktober
Lünse, Else, geb. **Schiemann**, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 29. Oktober

Pohl, Margot, geb. **Kruczynna**, aus Lyck, am 27. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Behrendt, Walruth, geb. **Gadomski**, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 30. Oktober
Bretthorst, Gertrud, geb. **Allary**, aus Neidenburg, am 25. Oktober
Heimann, Elli, geb. **Stern**, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 25. Oktober
Kudzus, Horst, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 27. Oktober
Lepenis, Helga, geb. **Sparka**, Kreisgemeinschaft Ebenrode, am 29. Oktober
Pagalies, Werner, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 30. Oktober
Pottberg, Lisbeth, geb. **Stolzenwald**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 30. Oktober
Rudorf, Gerda, geb. **Bohl**, aus Hoppendorf, Kreis Preußisch Eylau, am 29. Oktober
Witulski, Hildegard, geb. **Itzek**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 28. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Ahlden, Ruth, geb. **Bussler**, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 25. Oktober
Gauer, Manfred, aus Prostken, Hauptstraße 4, Kreis Lyck, am 28. Oktober

Hauberg, Hannelore, geb. **Plogsties**, aus Aschpalten, Kreis Elchniederung, am 28. Oktober
Kachel, Erich, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, am 30. Oktober
Ludwig, Helmut, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 24. Oktober
Müller, Elli, geb. **Höpfner**, aus Bärwalde, Kreis Fischhausen, am 26. Oktober
Patz, Helmut, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 24. Oktober
Polomski, Gerhard, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 28. Oktober
Schubert, Sigrid, aus Lyck, Hindenburgstraße 20, am 29. Oktober
Thun, Gerhard, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Becker, Jutta, geb. **Günther**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 29. Oktober
Fischer, Ruth, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 27. Oktober
Köhn, Elli, geb. **Michalkowski**, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 29. Oktober
Noga, Werner, aus Prostken, Kreis Lyck, am 30. Oktober
Powilleit, Martha, geb. **Sefz**, Kreis Neidenburg, am 26. Oktober
Radtke, Heinz, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 27. Oktober
Reccio, Emil, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 26. Oktober
Schülke, Karl, aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, am 27. Oktober
Seige, Rosemarie, geb. **Mallek**, aus Neidenburg, am 28. Oktober

Sewczik, Werner, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 25. Oktober
Somplatzki, Erwin, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, am 24. Oktober
Stange, Herwart, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 26. Oktober
Viereck, Walburg, geb. **Ginnuth**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 27. Oktober
Vogel, Hannelore, geb. **Blank**, aus Alt Sellen, Kreis Elchniederung, am 28. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Astratti, Georg, aus Pregelwalde, Kreis Wehlau, am 26. Oktober
Baumdick, Fritz Otto, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 30. Oktober
Benke, Willi, aus Simnau, Kreis Mohrungen, am 30. Oktober
Dembkowski, Irmgard, geb. **Suhrau**, aus Insterburg, am 30. Oktober
Dühr, Christine, geb. **Weber**, aus Siewen, Kreis Angerburg, am 24. Oktober
Gande, Ursula, aus Groß Herme-nau, Kreis Mohrungen, am 26. Oktober
Lange, Elsbeth, geb. **Kossack**, aus Wehlau, am 30. Oktober
Nagorny, Irmgard, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 28. Oktober
Panskus, Christel, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 30. Oktober
Seiler, Erika, geb. **Gröning**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 28. Oktober
Szegan, Reinhold, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 27. Oktober

Zelms, Elisabeth, geb. **Lask**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 30. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Blücher, Rosemarie, geb. **Wruck**, aus Niedenau Abbau, Kreis Neidenburg, am 28. Oktober
Glaß, Manfred, aus Wehlau, am 29. Oktober
Grundmann, Peter, aus Neidenburg, am 26. Oktober
Kloppfleisch, Friedrich, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Oktober
Niedzwetzki, Edeltraud, aus Dingeln, Kreis Treuburg, am 27. Oktober
Niemzik, Jörg, aus Treuburg, am 28. Oktober
Paczenski, Gerda, geb. **Moldenhauer**, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 27. Oktober
Saager, Siegrid, geb. **Maurer**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 26. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Kemmereit, Hans, aus Ebenrode, am 27. Oktober
Koyro, Rajmund, aus Lyck, am 28. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Kleiner, Irene, geb. **Gakenholz**, aus Dingeln, Kreis Treuburg, am 28. Oktober
Rehberg, Werner, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 27. Oktober

Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Termine 2025

7. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (gT) in Wuppertal
8. bis 9. November: Ostpreußische Landesvertretung (gT) in Wuppertal
Auskünfte erhalten Sie bei der

Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo

Zusendungen für die Ausgabe 45/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 45/2025 (Erstverkaufstag 7. November) **bis spätestens Dienstag, den 28. Oktober**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Kulturzentrum Ostpreußen

Sonnabend, 25. Oktober, 10 bis 16 Uhr, Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen: **Ein Akt der Unterwerfung? 500 Jahre Herzogtum Preußen. Tagung im Rahmen der gleichnamigen Ausstellung.** Der Eintritt ist frei. Um Anmeldung wird unter Telefon (09141) 86440 oder per E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de gebeten.

Am 8. April 1525 unterzeichnete Hochmeister Albrecht von Brandenburg-Ansbach den Friedensvertrag zwischen dem Deutschen Orden und der polnischen Krone. Zwei Tage später wurde der Vertrag auch als öffentlicher Akt auf dem Krakauer Marktplatz vollzogen: Der Hochmeister des Deutschen Ordens legte den Ordensmantel ab, huldigte dem polnischen König Sigismund dem Alten und erhielt Preußen als Lehen zurück. Albrecht war nun

erster Herzog in Preußen. Dieses Ereignis ist eines der wichtigsten in der Geschichte Ostpreußens. Aus diesem Anlass organisiert das Kulturzentrum Ostpreußen eine Wechsellausstellung, die noch bis zum 4. Januar 2026 im Deutschordensschloss in Ellingen zu sehen ist, und eine Tagung.

Tagungsprogramm

10 Uhr: Grußwort und Einführung, Gunter Dehnert und Felix Schmieder M.A., Kulturzentrum Ostpreußen.

10.15 Uhr: Herzog Albrecht in Königsberg
„Das Herzogtum Preußen – ein Musterland der Reformation, oder: wie Herzog Albrecht nach 1525 den ersten lutherischen Staat schuf“, Prof. Dr. Matthias Asche, Universität Potsdam;
„Cranach, Königswieser und Co. Maler im Dienst Herzog Albrechts von Preußen“, Prof. Dr. Manuel

Teget-Welz, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

13.30 Uhr: Herzogtum Preußen international
„1525 und die Ordnung im Ostseeraum: Folgen für das preußisch-hansische Verhältnis“, Prof. Dr. Hiram Kümper, Universität Mannheim.

Abschluss-Keynote: „Die preußische Huldigung 1525 in der polnischen Erinnerungskultur: Kontinuitäten, Kulturschablone und Anspielungen“, Prof. Dr. Igor Kąkolewski, Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften.

15.30 Uhr: Abschlussdiskussion.

Eine Veranstaltung des Kulturzentrums Ostpreußen in Kooperation mit dem Deutschen Kulturforum östliches Europa.



„Preussische Huldigung“: Das patriotisch verklärende Historienbild des polnischen Malers Jan Matejko zeigt den Kniefall Albrechts von Preußen vor dem polnischen König Sigismund I. dem Alten auf dem Marktplatz von Krakau im Jahre 1525 Bild: Wikipedia Commons, bearbeitet von Anna Dejewska-Herzberg

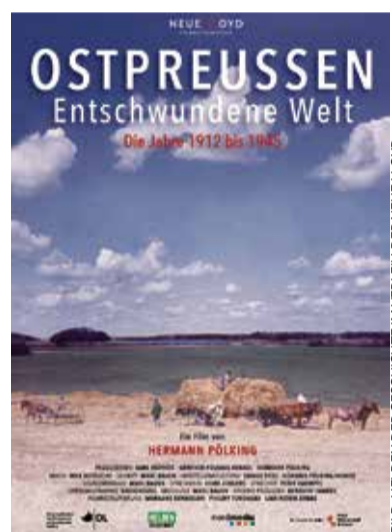
Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Baden-Württemberg

Vorsitzender: Dr. Georg Müller, Adolf-Sautter-Straße 41 a, 75181 Pforzheim, Telefon (0178) 1744376, E-Mail: georg.mueller.web@freenet.de

Filmvorführung

Pforzheim – Sonntag, 2. November, 17 Uhr, Kommunales Kino Pforzheim, Schloßberg 20, direkt gegenüber dem Hauptbahnhof und Zentralen Omnibusbahnhof: „Ostpreußen – Entschwundene Welt“. Ein Film von Hermann Pölkling, der Filmaufnahmen aus der Zeit zwischen 1912 und 1945 gesammelt, gesichtet und für seine Zeitreise zusammengestellt hat. Im Anschluss bietet er die Gelegenheit zu einem persönlichem Gespräch.



Plakat zum Film: „Ostpreußen“

Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Siebenbürgen

Hof – Sonnabend, 8. November, 15 Uhr, Jahnheim, Jahnstraße 5: Siebenbürgen und sonstige deutsche Siedlungsgebiete.

Reisebericht Sri Lanka

Nürnberg – Dienstag 28. Oktober, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Ende der U1 Langwasser. Reisebericht mit vielen schönen Fotos über Sri Lanka, das ehemalige Ceylon – Kultur, Land und Leute. *Gunmar Adolphi*

Hessen

Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

Das Deutsche Kaiserreich

Kassel – Donnerstag, 6. November, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldatalstraße 140: Treffen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Kassel zum Thema „Ein Rückblick auf das Deutsche Kaiserreich“. *G. Landau*

Niedersachsen

Vorsitzender: Helmut E. Papke, Söllweg 7, 29345 Unterlüß, Telefon (05827) 4099850, **Bezirksgruppe Lüneburg:** Helmut E. Papke

Heimatvertriebene in der SBZ und DDR

Oldenburg – Mittwoch, 12. November, 15 Uhr, Stadthotel, Hauptstraße 38: „Die Heimatvertriebenen in der SBZ und DDR“, Schwerpunkt Ostpreußen und Westpreußen. Ein Vortrag von Dr. Torsten Müller, Direktor des Museumsdorf Cloppenburg. Das Museumsdorf Cloppenburg-Niedersächsisches Freilichtmuseum gehört zu den großen Freilichtmuseen Mitteleuropas. Auf einem Gesamtareal von 25 Hektar zeigt es Ausschnitte aus der historischen ländlichen Haus- und Kulturlandschaft Nordwestdeutschlands. Museums-

dorf Cloppenburg, Bether Straße 6, 49661 Cloppenburg, von November bis Februar von 9 bis 16.30 Uhr geöffnet, von März bis Oktober bis 18 Uhr.

Die Gruppe in Oldenburg trifft sich immer am zweiten Mittwoch im Monat in Oldenburg - Eversten. Das Stadthotel ist unter der Telefonnummer (0441) 5009-0 zu erreichen. Bitte denken Sie an Ihren Verzehr am Veranstaltungsort

Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzender:** Joachim Mross, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Herbstveranstaltung Lippe

Detmold – Donnerstag, 29. Oktober, 15 Uhr, Konferenzraum, Stadthalle Detmold, II. Obergeschoss, Schloßplatz 7: Herbstveranstaltung für Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft Ostpreußen, Kreisgruppe Lippe e.V. mit folgendem Programm:

Begrüßung, Berichte aus Ostpreußen, vom Ostpreußischen Sommerfest Wuttrien, vom Ostpreußischen Landesmuseum, aus der Stiftung Flucht Vertreibung Versöhnung, von der BdV-Bundesversammlung, gemeinsame Kaffeetafel und Plachandern, Vortrag: Herbstreise nach Ostpreußen von Klaus Blattgerste und Schlusswort.

Wir bitten, um die Veranstaltung vernünftig planen und durchführen zu können, dringend um Anmeldung per E-Mail: stephan@grigat.eu oder telefonisch in der Kanzlei Rechtsanwalt und Notar Stephan Grigat unter der Telefon (05232) 3232.

Gäste sind herzlich willkommen, sie zahlen pro Person einen Kostenbeitrag in Höhe von

10,- Euro. Die Mitglieder werden an die Begleichung des Jahresbeitrages in Höhe von 20,- Euro auf das Konto der Kreisgruppe IBAN DE32 4765 0130 0002 0010 63 erinnert, soweit die Zahlung noch nicht erfolgt ist.

Die Adventsveranstaltung wird am 10. Dezember, 15 Uhr, Konferenzraum der Stadthalle, II. Obergeschoss stattfinden.

Stephan Grigat, Kreisvorsitzender

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Reisen

Lehrte – Vom 27. April bis zum 5. Mai: neuntägige Flug- und Schiffsreise nach Danzig, Masuren und ins Memelland. Vom 26. April bis zum 5. Mai: zehntägige Bus- und Schiffsreise nach Thorn, Danzig, Masuren und ins Memelland. Ab Danzig reisen die Gruppen gemeinsam.

Die neuntägige Reise startet am 27. April vormittags mit einem Linieneinflug wahlweise ab Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, München oder Stuttgart mit Umstieg in Warschau und gemeinsamem Weiterflug nach Danzig und einem Transfer ins Hotel.

Die zehntägige Bus- und Schiffsreise beginnt schon am 26. April mit dem Bus morgens ab Lehrte über Potsdam, Posen und Bromberg nach Thorn. Hier gibt es eine Stadtführung, und mittags geht es weiter nach Danzig.

In Danzig erleben dann beide Reisegruppen eine Stadtführung. Nach einer Übernachtung im Hotel geht es ganz entspannt weiter zur Marienburg und nach Elbing, durch das es eine Führung geben wird. Nach einer Übernachtung geht es weiter am Frischen Haff



entlang nach Cadinen und Frauenburg, eine Fahrt auf dem Oberländischen Kanal steht an, Weiterfahrt zum Gut nach Gallingen. Nach einer Übernachtung im Schloss, erbaut 1589 für Freiherrn Botho zu Eulenburg, startet die Masurenrundfahrt mit der Wallfahrtskirche „Heilige Linde“ samt Orgelenspiel und der Besichtigung der Bunkeranlage „Mauerwald“, in der sich während des Zweiten Weltkrieges das Hauptquartier des Oberkommandos des Heeres (OKH) befand. Übernachtet wird in Sensburg.

Nach einem Spaziergang durch den Ferienort Nikolaiken geht es mit dem Schiff über verschiedene kleinere Seen und Kanäle bis nach Niedersee [Ruciane-Nida] im Süden Masurens am Rande der Johannisburger Heide. In Eckertsdorf [Wojnowo] wartet das Philliponenkloster auf einen Besuch und die Kruttinna auf eine Fahrt mit dem Stakenboot. Am Abend geht es mit der Kutsche auf einen rustikalen Pferdehof zu einem Masurischen Abend mit deftigem Abendessen und mitreißender Folklore.

Nach dem Frühstück in Sensburg geht es weiter nach Osten durch Masuren. Lötzen wird mittels einer kleinen Stadtführung erkundet, in Lyck lädt die Deutsche Minderheit zum Mittagessen und zur Besichtigung des Heimatmuseums im Wasserturm ein. Am Nachmittag folgt eine Stadtbesichtigung von Kaunas mit Übernachtung in der Altstadt.

Vorbei an Jubarkas durch das Tal der Memel erreicht die Reisegruppe den Berg „Rambynas“, einst ein heiliger Berg des hier lebenden baltischen Stammes der Schalauer vor der Christianisie-

rung durch den Deutschen Orden. Weiter geht es nach Heydekrug mit der evangelischen Kirche und ihrer besonderen Ausmalung und noch nach Memel. Eine Stadtführung wird auch hier nicht fehlen. Vom Theaterplatz mit dem Simon-Dach-Brunnen und der Figur des „Ännchen von Tharau“ aus geht es bei der Stadtrundfahrt zu dem von der deutschen Minderheit gepflegten Soldatenfriedhof.

Zum Abschluss steht noch ein Tagesausflug auf die Kurische Nehrung auf dem Programm. Ein Ortsrundgang durch Nidden und die Auffahrt zur Hohen Düne mit einer wunderbaren Sicht auf den Nehrungswald, das Kurische Haff und die Ostsee läuten die freie Zeit zum Verweilen an diesem schönen Ort ein; am Nachmittag wird Abschied genommen, am Memeler Fährterminal der Reederei DFDS erfolgt der Kabinenbezug auf dem Fährschiff mit Abendessen an Bord. Gegen 21 Uhr legt die Fähre in Richtung Kiel ab und dort am nächsten Tag gegen 17.30 Uhr an. Ein Fernglas und eine gute Karte lohnen unbedingt. Die Fähren fahren dicht genug an der Küste entlang, dass markante Landmarken wie die Inseln Rügen und Hiddensee erkannt werden können. In Kiel fährt der Reisebus nach Lehrte mit Ausstiegen am Hauptbahnhof in Kiel und am Hauptbahnhof in Hamburg.

Programmänderungen sind vorbehalten. Anmeldung und nähere Informationen bei Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Sparrieshoop, Telefon (04121) 85501.



35. FilmFestival Cottbus
Cottbus – Mittwoch, 5. November, 20.30 Uhr, Kammerbühne, Wer-

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-R



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

nerstraße 60, 03046 Cottbus/Chósebusz: Coexistence, Dokumentarfilm, Italienisch/Russisch 2025, Regie: Andrey Proskuryakov, 75 Minuten, Original mit Untertiteln und deutscher Übersetzung. Der Film wird am Donnerstag, 6. November, 12.30 Uhr erneut gezeigt, und zwar im Glad-House, Straße der Jugend 16.

Königsberg, das alte Zentrum Ostpreußens, erhielt nach dem Zweiten Weltkrieg den russischen Namen Kaliningrad und wurde Teil der Sowjetunion. Heute ist die Stadt eine russische Exklave mit Grenzen zur Republik Polen und Republik Litauen.

Nach 1945 mussten hier verbliebene Ostpreußen mit neu angesiedelten Menschen aus anderen Regionen der UdSSR Seite an Seite leben - verbunden durch ihre Verlustserfahrungen, entzweit im Argwohn. Die Dokumentation zeichnet durch Interviews, Archivmaterial und nachgestellten Szenen

nach, wie sich prekäre Begegnungen über Grenzen hinweg entfalten.

Der Film wird im Rahmen der Sektion Spectrum auf dem 35. FilmFestival Cottbus (FFC) gezeigt. Anschließend findet an beiden Tagen ein Filmgespräch mit dem Regisseur Andrey Proskuryakov sowie dem Journalisten und Publizisten Bert Hoppe statt.

Teil der langjährigen Zusammenarbeit des Kulturforums mit dem FFC ist eine internationale Jugendbegegnung. Da tschechische und polnische Schüler anwesend sind, wird das Filmgespräch in englischer Sprache stattfinden.

Details zum Film finden Sie auch im Internet unter www.filmfestivalcottbus.de, Eintritt 6,- Euro im Vorverkauf, 7,50 Euro. Am Festival-Mittwoch, 5. November, erhalten alle Studenten freien Eintritt in alle Vorführungen gegen Vorzeigen eines gültigen Studi-Ausweises, nur an den Kinokassen. Eine Kooperation des Kulturforums mit dem 35. FilmFestival Cottbus.



Der Film „Coexistence“ ist zusehen am 5. und 6. November in Cottbus: Standbild (Filmstill) aus dem Film Bild: FFC



Gedenken auch nach 80 Jahren: Bartensteiner versammeln sich am Gedenkstein in Nienburg Bild: Martin Wormit

Bartenstein Kreisvertreter: Elard von Gottberg, Dorfstraße 10, 39291 Ziepel, E-Mail: Elard.gottberg@gottberg-logistik.de

Jahrestreffen Steimbke - Das Jahrestreffen der Heimatkreisgemeinschaft Bartenstein hat am 6. September erstmals im Hotel zur Post in Steimbke, Landkreis Nienburg/Weser, stattgefunden. Bereits am Vortag traf sich der Vorstand unter der Leitung des Vorsitzenden der Heimatkreisgemeinschaft, Elard von Gottberg, um eine aktuelle Bestandsaufnahme vorzunehmen und weitere Aktivitäten zu planen. Ein Themen-schwerpunkt war dabei die zukünftige Herausgabe des Heimatblattes „Unser Bartenstein“, dessen regelmäßiges Erscheinen auch in Zukunft gewährleistet ist.

Am Sonnabend erfolgte die traditionelle Kranzniederlegung zu

Ehren unserer Verstorbenen an den Gedenksteinen in unmittelbarer Nähe der Berufsbildenden Schulen in Nienburg, Berliner Ring. Im Rahmen des anschließenden Jahrestreffens war es der Heimatkreisgemeinschaft eine besondere Freude, den langjährigen Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm von Gottberg, als Teilnehmer zu begrüßen. In einem persönlichen Grußwort schilderte dieser anschaulich die politischen Rahmenbedingungen der Jahre 1990 bis 1992, die für ihn der Auftakt für seine Tätigkeit als Sprecher der Landsmannschaft gewesen sind, ein Amt, das er dann über insgesamt achtzehn Jahre ausgeübt hat.

In interessanten Lichtbildvorträgen schilderten Christian von der Groeben und Jörg Ulrich Stange ihre Erlebnisse auf kürzlich erfolgten Reisen nach Ostpreußen und St. Petersburg. Dabei wurde deutlich, dass trotz der derzeitigen weltpolitisch zugespitzten Gesamtlage auch auf russischer Seite weiterhin ein Interesse an Austausch mit An-

sprechpartnern aus Deutschland besteht. Dementsprechend werden auch zukünftige Bemühungen der Heimatkreisgemeinschaft darauf abzielen, Gesprächskontakte mit kommunalpolitischen Vertretern sowohl im polnischen als auch im heute russischen Teil des Bartensteiner Kreisgebietes aufrechtzuerhalten oder neu zu fördern.

Auch wenn die Teilnehmerzahl der Heimatkreistreffen generationenbedingt abgenommen hat, zeigte das diesjährige Treffen erneut, dass das Bekenntnis zur Heimat Ostpreußen und zum ehemaligen Kreis Bartenstein auch 80 Jahre nach Flucht und Vertreibung weiterhin lebendig ist. Ein herzlicher Dank richtet sich daher an dieser Stelle nochmals an alle diejenigen, die mit ihren Beiträgen und ihrer Unterstützung zum Gelingen des diesjährigen Treffens der Heimatkreisgemeinschaft Bartenstein beigetragen haben. Martin Wormit

Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Hedesheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174)9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de. Geschäftsstelle: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Hedesheim

Erntedank Dortmund - Sonnabend, 25. Oktober, 13 Uhr, Ostdeutsche Heimastube, Landgrafenstraße, Eingang Märkische Straße: Erntedanktreff-

fen mit einem Mittagsbüfett, Liedern und Vorträgen, die an die Heimat erinnern, sowie einem Bericht der diesjährigen Memellandreise. Bei Kaffee und Kuchen bleibt genügend Zeit für Gespräche. Bitte anmelden bei Gerhard Schickschnus, unter Telefon (0231) 62836900, Mobil (0173) 8103050

Preußisch Eylau Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatomuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Kreistreffen Verden - Zum 76. Treffen nach der Vertreibung aus der Heimat wurde das Museum und das Archiv für interessierte Besucher geöffnet. Es kamen doch mehr Besucher als sich angemeldet hatten, so gab es viel zu tun im Wechsel zwischen Auskunft geben und der Herausgabe und Erläuterung von Archivmaterial und der Beantwortung einiger Fragen zur Familienforschung. Besondere Aufmerksamkeit erhielt ein Student, der seiner Forschung über den Teil seiner ostpreußi-

Rätsel

A large crossword puzzle grid with various clues in German. The clues include: 'telefon. Kurznachricht (Abk.)', 'an-nähernd, ungefähr', 'spanisch: Hurra!, Auf!', 'nach oben umschlagen (Armel)', 'giftiges Hahnenfußgewächs', 'Pflanze mit fleischigen Blättern', 'Weizen (volkstümlich)', 'sprunghafter Mensch, Wirkkopf', 'Fluss im Sauerland (NRW)', 'Handwerker', 'verehrtes Vorbild', 'Umgestaltung, Reform', 'mittelgroßer Papagei', 'Wasser-vogel', 'dem Euter Milch entziehen', 'Gebirge auf Kreta', 'nordische Sprache', 'Titulierung', 'Kfz-Z. Landkreis Rostock', 'eine Zahl', 'Gartenblume', 'Frage-wort: Wieso?', 'Stadt in den Niederlanden', 'Erscheinung, Traum-bild', 'Zwirn aus farbigen Garnen', 'nicht kalt', 'niedlich, ent-zückend', 'Angehöriger o. Ritter-ordens', 'Gesamtheit der Christen, Kirchen', 'Nutz-tiere', 'Pullover-art (Kurz-wort)', 'Arbeits-entgelt', 'un-gerade (beim Roulette)', 'Acker-unkraut, Nelken-gewächs', 'US-Film-star: ... Gardner', 'Abk. für Per-sonen-kraft-wagen', 'säubern, von Schmutz befreien', 'Papst-name', 'Schauspiel-, Ballett-schüler', 'frz. Komponist (Daniel-F.-Esprit)', 'Schwanz-lurch', 'seemännlich: Wind-seite', 'Harn-stoff (latei-nisch)', 'altes Blas-instrument', 'nord-amerik. Wapiti-hirsch', 'fast gar nicht', 'Staat in Nahost, Persien', 'sizilia-nischer Vulkan', 'ein Europäer', 'Ehe-gatte', 'silber-weißes, weiches Metall', 'Feuer-kröte', 'Binnen-staat in Ost-afrika', 'halblang (Klei-dung)', 'Gottes-haus, große Kirche', 'König von Israel im A. T.', 'Boden-vertiefung', 'Drei-finger-faultier', 'Fisch-fang-netz', 'Herren-jackett', 'verlang-samen, ver-größern', 'erhöhen, steigern, ver-größern', 'ital. Autor (Um-berto)', 'Frauen-name; Buch im A. T.', 'Verhält-niswort', 'schlaf, nach-lässig', 'nicht weit ent-fernt', 'Wind-jacke', 'Sumpf-, Kranich-vogel', 'laute, kurze Äußerung, Schrei', 'Geburts-narbe', 'weib-liches Haustier', 'Unter-arm-knochen', 'eine Spiel-karten-farbe', 'Werk Homers', 'multi-pliziert mit', 'basch-kirische Haupt-stadt', 'verschie-dener Ansicht, Meinung', 'Graf-schaft in Südost-england', 'schöner Jüngling d. griech. Sage', 'Haar-bogen über dem Auge', 'poetisch: aus Erz beste-hend', 'Sitz-bereich im Theater', 'Ver-geltung für eine Wohltat', 'Ersatz-schau-spieler', 'ein Marder', 'Ersatz-schau-spieler', 'Grafschaft in Südost-england', 'Pökel-flüssig-keit', 'Binde-wort', 'Geliebte des Zeus', 'Quer-stange am Mast', 'kleines hirschartiges Waldtier', 'Vorsilbe: gegen (griech.)', 'Drama von Ibsen', 'Keim-zelle', 'Geheim-gericht', 'aus-führen, verrichten', 'Kreuzes-inschrift', 'deutsche Schau-spielerin (Barbara)', 'Bank-note, Glanz', 'keck, vorlaut', 'Bank-note, Glanz'

Sudoku

A 9x9 Sudoku grid with some numbers pre-filled. The numbers are: Row 1: 5, 6, 2, 9; Row 2: 8, 1, 6, 9, 4, 7; Row 3: 1, 6; Row 4: 6, 7, 9, 3; Row 5: 7, 5; Row 6: 3, 9, 2, 1, 7, 6; Row 7: 2; Row 8: 1, 8, 9, 4.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

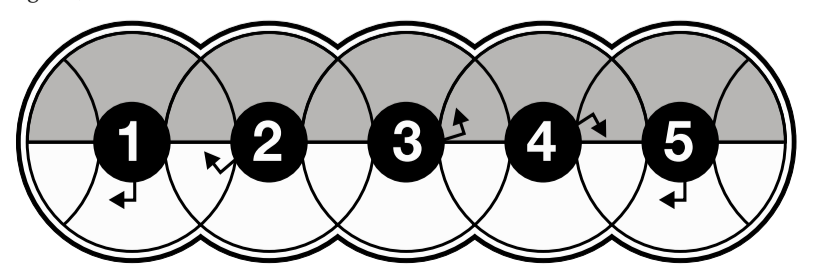
Diagonalrätsel

A 6x6 grid with numbers 1-6 placed along the main diagonal. The numbers are: 1, 2, 3, 4, 5, 6.

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Bezeichnungen für gewitzt. 1 franz. Hafenstadt am Ärmelkanal 2 sofort; genauso 3 Schauplatz im Theater 4 sehr fein zerriebene Substanz 5 Laubbaum 6 historische Provinz Irlands

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Beständigkeit, Standfestigkeit. 1 Hauptstadt von Herzogowina, 2 roh, rücksichtslos, 3 Werk Homers, 4 Tätigkeit, 5 Fischknochen



Heimatkreisgemeinschaften



Bei der Kranzniederlegung kamen viele zum gemeinsamen Gedenken: Vertreter von Landkreis und der Stadt Verden, Partner aus der Republik Polen, aus Stadt und den Gemeinden Landsberg und Landkreis Bartenstein, Mitglieder der Kreisgemeinschaft Pr. Eylau *Bild: C. Bilke-Krause*

schen Vorfahren einige Erkenntnissplitter hinzufügen wollte. Er hat sich sehr darüber gefreut, in unserem Museum mit Menschen ins Gespräch zu kommen, die Ostpreußen – wenn auch als kleine Kinder – noch erlebt hatten und hat diese Art der lebensnahen Archivarbeit an diesem Tag als sehr gewinnbringend empfunden.

Der Gesamtvorstand der Kreisgemeinschaft (KG) tagte im historischen Sitzungsraum des Kreishauses in Verden. Neben dem Tätigkeitsbericht unserer Kreisvorsitzenden Evelyn von Borries wurde ein Bericht zum Spendenaufrufen und zum Haushaltsplan der KG durch die Schatzmeisterin vorgetragen. Besonderes Augenmerk fanden auch die Themen der inhaltlichen Erweiterung der neu gestalteten Internetseite und der Familienforschung.

Nach Eintreffen der Delegation aus Landsberg Stadt und Land und dem Landkreis Bartenstein, der Vertreter des Landkreises und der Stadt Verden sowie der am Kreistreffen teilnehmenden Mitglieder der Kreisgemeinschaft begann das Kreistreffen mit der Kranzniederlegung am Ehrenmal im Verdener Bürgerpark, um der Opfer von Flucht und Vertreibung nicht nur aus den ostpreußischen Gebieten zu gedenken, und setzte sich weiter fort mit dem Empfang der Stadt und des Landkreises Verden im Landhotel Zur Linde. Der Verdener Bürgermeister Lutz Brockmann, Vertreter der Delegation aus Landsberg und des Landkreises Bartenstein und unsere Kreisvorsitzende Borries begrüßten in ihren Ansprachen die Teilnehmer und Gäste des Kreistreffens und sprachen über die Verbundenheit der Partnerschaften, die nun seit 70, beziehungsweise mit der Stadt

Verden 60 Jahren besteht und sehr intensiv gelebt wird. Besonders in diesem Jahr, 80 Jahre nach den furchtbaren Ereignissen der Flucht und Vertreibung, ist dieses hervorzuheben. Eine besondere Ehrung wurde durch die Kreisvorsitzende an Gerda Westerkosky übergeben. Westerkosky erhielt die Silberne Ehrennadel des Bundes der Vertriebenen für ihr langjähriges Engagement für die ostpreußische Heimat. Damit wurde besonders ihre Arbeit für die Jugendlichen aus den Gemeinden Landsbergs gewürdigt. Außerdem wurde damit die Organisation von vielen Reisen für ihre Landsleute in den ostpreußischen Heimatkreis sowie die Initiierung und Durchführung der Spendenaktion zur Beschaffung von zwei Kirchenglocken für die Kirche ihres Heimatortes, Hanshagen, gewürdigt.

Es wurden einige ganz besondere Geschenke in Form von Gemälden mit regionalem Bezug zu Landsberg und Bartenstein zwischen den Vertretern der Partnerschaften ausgetauscht. Der Landkreis Bartenstein hatte sich zusätzlich ein Geschenk ausgedacht, das allen Teilnehmern des Treffens gewidmet war: ein wundervolles Büfett mit vielen regionalen Produkten zum Verzehr nach der Feierstunde. Trotz der vielen Delikatessen aus Bartenstein in Form von Schinken, Wurst, Schmalz, Marmeladen, Honig und frisch gebackenem Brot waren auch alle Teilnehmer traditionsgemäß wieder zum typisch ostpreußischen Picknicker eingeladen.

Nach dieser Mitgliederversammlung mit 33 Teilnehmern gab es bei Kaffee und Kuchen gute Gespräche. Frank Steinau stand für Fragen zur Familienforschung zur Verfügung, und zwar für mehrere

Stunden. Dies war ein großer Gewinn für alle Beteiligten.

Der Vortrag von Dietmar Anger über das „Ännchen von Tharau“ gab nicht nur Einblick in die Lebensgeschichte der in Tharau vor über 400 Jahren geborenen Pfarrerstochter Anna Neander, sondern auch zur Entstehung des gleichnamigen Liedes, dessen ursprüngliche Version von Simon Dach stammt und in der im samländischen Niederdeutsch Anna Neander in 17 Strophen besungen wird.

Nach dem gemeinsamen Abendessen im Hotel Zur Linde gab es noch einen Film über Ostpreußen. Dieser Film hatte eigentlich vier Teile, von denen eigentlich nur die ersten beiden gezeigt werden sollten, woraus dann letztlich drei Teile wurden. Den vierten Teil, den einige gerne auch noch gesehen hätten, durfte aber dem gemütlichen Beisammensein weichen.

Es kamen überraschend viele Besucher am Sonntag zum Heimatmuseum, das ohne Anmeldung besichtigt werden konnte. Die meisten von ihnen kamen in Begleitung eines Familienmitgliedes und wollten schauen, ob sie etwas im Museum finden könnten, das im Zusammenhang mit ihrer Kindheit steht. So wurden die großen schweren Alben mit alten Fotos von Landsberg und Preußisch Eylau aus den Vitrinen herausgeholt, um darin zu blättern. Besonders schön war dabei die entstandene Gemeinschaft, da sich mehrere Besucher über ein Album beugten, auf Fotos schauten, auf Häuser oder Personen zeigten und gemeinsame Erinnerungen an die Kindheit austauschten. Die Stimmen wurden ganz hell und fröhlich, sobald sie ein bekanntes Gesicht aus Kindertagen auf den Bildern entdeckten, das sie Erinnerung an eine bis dahin glückliche Kindheit wachriefen.

Dadurch wurde der Wunsch sichtbar, aus den Bildern und Karten einen Film oder virtuellen Rundgang zu erstellen, der alle Kindheits Erinnerungen sichtbar und erlebbar macht und so auch deutlich, wie schön eine Kindheit in Ostpreußen gewesen sein konnte und warum die Erinnerungen an die Heimat mit so viel Wehmut verknüpft sind. Falls sich versierte Menschen zu dieser Idee angesprochen fühlen, die Möglichkeiten zur Konkretisierung und Umsetzung besitzen, freut sich die stellvertretende Kreisvorsitzende. *Christine Bilke-Krause*

VDG

Dreitägiger Besuch in Oppeln

Fabritius gratuliert zum 35-jährigen Bestehen der SKGD

VON MARIA SMARZOCH

Von 11. bis 13. Oktober stattete Dr. Bernd Fabritius, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, den Organisationen der deutschen Minderheit in Oppeln einen Besuch ab. Im Rahmen dieser Reise nahm er am Sonntag an einer feierlichen Gala zum 35-jährigen Bestehen der Sozialkulturellen Gesellschaft der Deutschen im Oppelner Schlesien (SKGD) in Gogolin teil.

Die Jubiläumsveranstaltung brachte viele Menschen zusammen, die die 35-jährige Geschichte einer der tatkräftigsten Organisationen der deutschen Minderheit in der Woiwodschaft Oppeln feierten. Unter den Gästen befanden sich zahlreiche Vertreter aus Organisationen der deutschen Minderheit und aus der Welt der Politik, darunter der neue deutsche Botschafter in der Republik Polen, Miguel Berger.

Nach der Eröffnung und Grußworten wurde ein Kurzfilm über die Geschichte der SKGD gezeigt. Anschließend traten zahlreiche Orchester, Chöre und Solisten der deutschen Minderheit auf. Im Lau-

fe der Feierlichkeiten wurden auch verdiente Mitglieder der Gesellschaft für ihr langjähriges Engagement ausgezeichnet.

Während seiner Rede unterstrich Fabritius, dass „die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen heute in vielen Bereichen sehr produktiv und vertrauensvoll sind, was zu einem großen Teil den Angehörigen der deutschen Minderheit zu verdanken ist, die auch aktiv die Gegenwart in der polnischen Gesellschaft mitgestalten und sich in die Lösung bestehender Herausforderungen konstruktiv einbringen (...) All Ihre Projekte werden mit Leben und Leidenschaft erfüllt. Dies erfolgt durch viele, meist ehrenamtlich tätige Landsleute und eine selbstbewusste und engagierte Interessenwahrnehmung. Gerade in den letzten Jahren haben der VdG und die SKGD Oppeln ihre Professionalität und Leistungskraft unter Beweis gestellt. Es ging darum, die staatlichen Kürzungen des Schulfaches Deutsch als Minderheitensprache durch außerschulischen Sprachunterricht aufzufangen. Auch diese Aufgabe wurde hervorragend gemeistert.“

Berger sagte: „Wir sind Freunde, wir sind Partner. Und ich glaube, dass Sie alle auch als Vertreter

der deutschen Minderheit hier im Land Teil dieser deutsch-polnischen Beziehungen und dieser engen Freundschaft sind. (...) Sie sind Teil der Brücke zwischen Deutschland und Polen, spielen und leisten einen unschätzbaren Beitrag in dieser Rolle, tragen zum gegenseitigen Verständnis, zur Versöhnung bei, gerade mit Blick auf die komplexe Geschichte dieser Region.“

Der Besuch in Oppeln war eine hervorragende Gelegenheit, sich mit den Mitgliedern der deutschen Minderheit zu treffen und die wichtigsten Aspekte zu besprechen. Fabritius absolvierte neben der Gala ein umfangreiches Programm: Er besichtigte die Dauerausstellung des Dokumentations- und Ausstellungszentrums, traf sich anschließend mit den Jugendlichen des Bundes der Jugend der Deutschen Minderheit im Jugendzentrum und führte Gespräche mit dem Haus der deutsch-polnischen Zusammenarbeit und dem Vorstand des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG). Weiter stand ein gemeinsames Mittagessen mit Vertretern des VdG, des Forschungszentrums der Deutschen Minderheit und des Vereins für kreative Bildung auf dem Programm, gefolgt von einem Treffen mit Botschafter Berger, VdG-Vertretern und dem Bürgermeister von Gogolin.

Anschließend führte er Gespräche mit Marcin Gambiec, dem Abteilungsleiter im Marschallamt Oppeln, Dr. habil. Daniel Pietrek, dem Professor an der Universität Oppeln, Zuzanna Donath-Kasiura, der Vizemarschallin der Woiwodschaft Oppeln und mit Vertretern des VdG, außerdem besuchte Fabritius die Schule des Vereins Pro Liberis Silesiae.

Der CSU-Politiker Fabritius übte von 2014 bis 2025 die Funktion des Präsidenten des Bundes der Vertriebenen aus. Im Jahr 2025 wurde er erneut zum Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten ernannt. Dieses Amt hatte er bereits von 2018 bis 2022 inne. Seit vielen Jahren engagiert er sich auch für die Belange der deutschen Minderheit in der Republik Polen und sorgt somit für einen erfolgreichen deutsch-polnischen Dialog.



Feiern 35-jähriges Bestehen: Dr. Bernd Fabritius (Mitte) mit Vertretern der Organisationen der deutschen Minderheit *Bild: Maria Smarzoach*



Buntes Treiben in Verden: Heimatkreistreffen mit Vorträgen, lebhaftem Erinnerungsaustausch, gutem Essen und Trinken und vielen Gesprächen *Bild: Christine Bilke-Krause*

IBAN-Abgleich bei Geldüberweisungen

Bitte beachten Sie, dass ab sofort **bei sämtlichen Zahlungen an die Preußische Allgemeine Zeitung** als Empfängername die **Landsmannschaft Ostpreußen e.V.** anzugeben ist.



ANZEIGE



Nie gefordert - nur gegeben,
Glaube, Liebe und Bescheidenheit.
Nie geklagt - das war dein Leben.
Du lebst in uns. Du gerätst nie in Vergessenheit.

Astrid Piccenini

* 23. September 1931 † 7. Oktober 2025
Nikolaiken/Ostpreußen Erkelenz

Eine Stimme, die uns so vertraut war, schweigt.
Ein von uns geliebter Mensch hat uns verlassen.
In liebevoller Erinnerung

Sonngrid Piccenini
Roman Podosek
Verwandte und Freunde

Traueranschrift: Familie Piccenini c/o Markus Forg Bestattungen,
Roermonder Straße 24, 41812 Erkelenz

Die Urnenbeisetzung hat auf dem Friedhof in Erkelenz stattgefunden.

FREIBEUTEREI

Wilde Piraten vor der Küste Ostpreußens

Wikinger, Kuren und verarmte Adlige verbreiteten als blutrünstige Seeräuber Angst und Schrecken auf der Ostsee

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im frühen Mittelalter gab es bereits einen regen Schiffsverkehr auf der Ostsee. Und dieser lockte auch Piraten an. Quellen hierüber existieren allerdings nur sehr wenige. Dennoch steht fest, dass sich vor der Küste des heutigen Ostpreußen zunächst die Wikinger und etwas später die Kuren als Seeräuber betätigten. Die berüchtigten rauen Nordmänner operierten dabei insbesondere von Gotland aus und errichteten parallel dazu in Truso am Frischen Haff sowie unweit des späteren ostpreußischen Dorfes Wiskiauten im Samland Stützpunkte, in denen sie zeitweise auch Handel trieben.

Nach dem Verschwinden der kriegerischen Horden aus dem Norden avancierten die Kuren ab dem 10. Jahrhundert zu den „Wikingern unter den Balten“ und machten die Ostsee unsicher. Angesichts ihrer Raubzüge beteten die Menschen entlang der Küste und die Händler auf hoher See: „Oh allmächtiger Gott, bewahre uns vor den Kuren!“

Dagegen berichtet der Chronist Adam von Bremen um 1075 über die Pußen, also die Ureinwohner Ostpreußens, dass sie „sehr menschenfreundliche Leute“ seien, „die von Seenot und Raubschiffen bedrohten Seefahrern entgegenkamen, um ihnen zu helfen“.

Einen weiteren Aufschwung erlebte die Piraterie vor der ostpreußischen Küste mit dem Vormarsch des Deutschen Ordens und der Besiedlung des Prußenlandes durch Kolonisten. Denn die Folge davon war eine erhebliche Intensivierung des Schiffsverkehrs im Verlauf des 13. Jahrhunderts, was die Piraterie erst so richtig lohnenswert machte. Im 14. Jahrhundert kamen dann außerdem noch mancherlei politische Querelen zwischen den Hansestädten sowie Norwegen, Dänemark und Schweden hinzu, die vor allem ab 1376 zu einer enormen Ausweitung des Seeräuberwesens führten.



Konrad von Jungingen belagert Wisby 1394. Dargestellt ist hier die Vertreibung der Vitalienbrüder aus Gotland durch den Deutschen Ritterorden in den Jahren 1394 bis 1398.

Bild: picture alliance/akg-images/akg-images

An der Spitze der Freibeuter standen dabei nicht selten verarmte Adlige aus Mecklenburg, darunter beispielsweise Arnd Stuke von der Burg Kützin oder Bosse von dem Kalende. Diese versammelten jede Menge gesellschaftlichen Abschaum um sich herum, wie der entsetzte Vermerk eines Franziskanermönchs namens Detmar deutlich macht: „Es ist nicht zu beschreiben, was an bösem Volke zusammenlief aus allen Ländern von Bauern und Bürgern, von Amtsknechten und anderem losen Volk, die alle nicht arbeiten wollten und den fleißigen Menschen alles nehmen werden.“ Dazu gesellten sich obendrein religiös Verfolgte wie Waldenser aus Brandenburg und Pommern. Spä-

testens im Jahr 1390 gab es kein sicheres Fleckchen in der gesamten Ostsee mehr, was den Handelsverkehr mit den ostpreußischen Häfen nahezu zum Erliegen brachte, wobei die Kaperschiffe nun meist von der Insel Bornholm kamen.

Deutscher Orden und die Hanse

Die Kaufleute wehrten sich, indem sie gefasste Seeräuber auf ausgesucht grausame Weise exekutierten – so zum Beispiel durch das langsame Herausziehen der Gedärme bei lebendigem Leibe. Trotzdem vermochten sie nicht zu verhindern, dass 1393/94 ein regelrechter Seekrieg in der Ostsee ausbrach, der mit einer unglaublichen Brutalität tobte.

Damals begann zugleich die „Verbrecherkarriere“ des berühmt-berüchtigten Piraten Klaus Störtebeker, der später jedoch vornehmlich in der Nordsee operierte.

Da das Herrschaftsgebiet des Deutschen Ordens in Ostpreußen am schwersten vom Niedergang des Handels durch die Seeräuberei betroffen war, suchte der Orden den Schulterschluss mit der Hanse. Allerdings versäumten es die ostpreußischen Hafenstädte, ihren Beitrag zur Aufstellung einer ständigen Schutzflotte von bewaffneten Koggen zu leisten. Deshalb konnten sich die Piraten 1395 auf Gotland festsetzen und ihre Feldzüge gegen die Hanse, Dänemark und den Deutschen Orden weiter intensivieren. Darü-

ber hinaus fielen sie den Ordensrittern 1397 bei deren Kampf um Livland in den Rücken. Damit war das Maß für den Hochmeister Konrad von Jungingen voll.

Von der Ostsee in die Nordsee

Herimlich zog er Anfang 1398 84 Schiffe mit etwa 4000 Bewaffneten und 400 Pferden an Bord an der Weichselmündung zusammen. Die Wehrflotte segelte dann nach Gotland, wo sie am 21. März eintraf. Angesichts der militärischen Übermacht der Ordensleute waren die Piraten, die sich der Unterstützung des mecklenburgischen Herzogs Johann IV. erfreuten, zu Verhandlungen bereit. An deren Ende räumten der Herzog und die Mehrzahl der Seeräuber die Insel. Der verbleibende Rest an Piraten wurde kurzerhand erschlagen. Außerdem ließ Konrads Oberbefehlshaber, Johann von Pfirt, drei Burgen der Piraten schleifen. Anschließend stationierte der Deutsche Orden Truppen auf der Insel, damit sie nicht wieder in falsche Hände geriet, bevor er Gotland 1408 an Dänemark verkaufte.

Nach der erfolgreichen Aktion der Ordensritter blieben die Schiffe der Kaufleute aus Königsberg, Memel und anderswo weitgehend verschont, weil sich der Schwerpunkt der Seeräuberei fortan in die Nordsee verlagerte, wo die Hanse die sogenannten Vitalienbrüder oder Like-deeler um Störtebeker ebenfalls immer erfolgreicher bekämpfte und zu Beginn des 15. Jahrhunderts nach und nach eliminieren konnte.

Mit der Entdeckung der Neuen Welt ab 1492 ging die Piraterie in der Ostsee und somit auch vor Ostpreußen immer weiter zurück. Ungeachtet dessen kreuzten hier aber selbst im 17. Jahrhundert noch mehrere Konvoischiffe mit bis zu 54 Kanonen zum Schutz der Handelsschiffahrt vor Freibeutern. Endgültig befriedet war die Region dann erst im 18. Jahrhundert, sodass auch die Versicherungsprämien im Seehandel fielen.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Fliegerische Glanzleistungen beim Ostpreußenflug 1929

Nebel, Schnee und eisige Kälte machten den Wettbewerb zu einer lebensgefährlichen Herausforderung

Ursprünglich sollte der dreitägige Ostpreußenflug des Deutschen Luftfahrtverbandes in Gemeinschaft mit der Gruppe Ost vom 17. bis 19. Februar 1929 stattfinden. Der Start wurde aber wegen extremer Minustemperaturen um 14 Tage und dann erneut vom Sonntag, den 3. März auf Montag, den 4. März wegen starken Schneetreibens und ungünstiger Wettermeldungen aus den anderen Provinzstädten verschoben. Schon damals hatte die Sicherheit der Piloten absoluten Vorrang.

Zugelassen zu diesem Flug wurden nur in Deutschland gebaute Flugzeuge bis maximal 400 Kilogramm Rüstgewicht und obendrein mit bestandener technischer Leistungsprüfung. Folgende beiden deutschen Flug-Asse nahmen letztendlich an der waghalsigen Veranstaltung, dem Ostpreußenflug 1929, teil:

- Pilot Theodor „Theo“ Jakob Croneiss aus Fürth mit einem BFW Tiefdecker „M 23c“ der Bayerischen Flugzeug-Werke AG Augsburg und Flugbeobachter Fitzcek,

- Pilot Friedrich „Fritz“ Wilhelm Siebel aus Stuttgart mit einem Klemm Tiefdecker „L 25 I“ der Klemm GmbH Böblingen und Flugbeobachter Habemeier. Siebel gründete immerhin in den 1920er

Jahren die Firma Körner und Siebel in Berlin und beteiligte sich 1927 an dem Leichtflugzeugbau Klemm in Böblingen. Später übernahm er als Kommanditist das Flugzeugwerk Halle und nannte es in Siebel Flugzeugwerke um.

Ein weiteres gemeldetes Flugzeug der Akademischen Fliegergruppe Darmstadt wurde zwar von Experten in Sachen Leistungsvermögen hoch gehandelt, bestand vermutlich aber nicht die technische Leistungsprüfung, ohne die ein Start nicht zulässig war.

Bei widrigen Winden, Schneetreiben und mangelnder Sicht starteten die Flugzeuge am 4. März vom Flugplatz Devau zur ersten 383 Kilometer langen Tagesetappe mit Zwischenlandungen in Marienburg und Allenstein und dem finalen Ziel Königsberg. Die Wendemarken in Elbing, Marienwerder, Deutsch Eylau, Osterode und Bartenstein wurden in einer Höhe von 50 Metern vorschriftsmäßig umrundet. Erreichte Siebel noch Marienburg als Erster, wurde er in der Nähe von Marienwerder aber von Croneiss überholt und verlor zu allem Überfluss auf dem Weg nach Allenstein Karte, Mütze und Flugbrille. In Allenstein konnte er sich eine Skizze der von Croneiss verwen-



Die „Langenberger Zeitung“ würdigte den Sieger des Ostpreußenflugs, Theo Croneiss, in höchsten Tönen

deten Karte anfertigen. Croneiss landete mit 38 Minuten Vorsprung in Königsberg.

Die zweite und mit 484 Kilometern längste Tagesetappe führte dann von Königsberg mit den Wendemarken Bartenstein und Rastenburg zur Zwischenstation Allenstein über Marienburg zum nächsten Zwischenhalt Danzig. Auf dem Rückweg nach Königsberg mit Flug über Elbing setzte jedoch heftiges Schneegestöber ein. Erneut landete Croneiss, diesmal mit 18 Minuten Vorsprung, als Erster nach Königsberg.

Mit der letzten über 466 Kilometer langen Strecke von Königsberg über Tilsit, Rastenburg, Allenstein und Elbing fand der Ostpreußenflug in Königsberg seinen krönenden Abschluss. Wegen dichten Nebels konnte Siebel den

Tilsiter Flugplatz jedoch nicht finden und musste schließlich in der Nähe der Stadt auf einem zugefrorenen Teich notlanden. Wegen ebenfalls aufkommenden Nebels flog der in Elbing mit über eine Stunde im Rückstand liegende Siebel in geringer Höhe an der Bahnstrecke Elbing-Königsberg entlang, musste jedoch infolge der schlechten Witterung bei Grunau in der Nähe von Heiligenbeil notlanden und erreichte mit knapp zwei Stunden Rückstand Ostpreußens Hauptstadt Königsberg.

Croneiss und Siebel erhielten für den restlos durchgeführten Streckenflug je 2500 Mark und jeweils eine Sonderprämie von nochmals 6000 Mark. Der Sieger und ab April 1942 Vorstandsvorsitzender der Messerschmitt AG Croneiss wurde mit dem Ehrenpreis des Deutschen Luftfahrtverbandes und den Preisen der Städte Marienburg und Tilsit ausgezeichnet, während Siebel die Preise der Städte Danzig und Insterburg erhielt. Auch die beiden Beobachter Fitzcek und Hagemeier wurden mit Preisen bedacht.

Der Ostpreußenflug war aufgrund seines Schwierigkeitsgrades, aber auch wegen seiner Schönheit berühmt und beachtet. *Jürgen Ehmman*

BESCHAULICH

Herbstliche Rügen-Radtour

Entspannt von Gutshof zu Gutshof und einigen inseltypischen Überraschungen

VON PEER SCHMIDT-WALTHER

Willkommen auf der Insel Rügen! – So steht es weiß auf blau an der Ziegelgrabenbrücke. Über die verläuft die Bundesstraße 96a. Alle Radfahrer benutzen sie, um von Stralsund auf Deutschlands größte Insel zu gelangen. Und es werden immer mehr, sogar jetzt im Herbst. Zu Recht, denn der „Indian Summer“ entfaltet jetzt seine ganze Farbenpracht.

Als häufiger Rügen-Radler und Hansestädter möchte ich einen landschaftlich schönen und wenig befahrenen Rundkurs von rund 60 Kilometern Länge vorstellen, der leicht, trotz einiger Moränenhügel, in gut vier Stunden zu bewältigen ist.

Das neue sehenswerte Seebad Altefähr hebt man sich nach der Sundüberquerung für später auf und fährt weiter parallel zur 96 auf dem Radweg. Den verlässt man hinter Scharpitz und biegt nach links ab auf die Europäische Route Backsteingotik mit dem Kürzel E 10. Hinter dem Gutshof Breesen öffnet sich das Gesträuch und der Blick schweift weit über die Felder. Im Nordosten glitzert silbrig die blaue Fläche des flachen Kubitzer Boddens. Die Luft ist erfüllt vom schrillen Trompeten unzähliger Kraniche, auf den Äckern picken hunderte ihrer Artgenossen in dem abgeernteten Maisfeld nach Kraftfutter für ihren langen Flug gen Süden. Kommt man den scheuen Tieren jedoch zu nahe, fliegen sie vielstimmig protestierend auf.

Von Wasser gesäumt

Gut Grabitz, mal als Reiterhof geplant, ist nur noch eine hübsche Investruine. Durch Ramin und Drammendorf rollt man über die Feldflur zum Gut Rothenkirchen, an dem vorbei wieder auf den Radweg der „Schwedenstraße“ 96a. Die verlässt man mit der nächsten Brückenüberführung Richtung Göttemitz – ohne h und mit ö. Linker Hand überragt die Ernst-Moritz-Arndt-Buche das eiszeitlich-hügelige Terrain. Versteckt am Wegesrand die Töpferei „Rügener Fayence“, schließlich der alte Gutshof ehemals derer von Kathen, wo 1772 der dichtende Pfarrer Ludwig Gottward Kosegarten auch mal Hauslehrer war.

Von den zahlreichen Obstbäumen am Wegesrand wie auch anderswo kann man sich noch vitaminreiche Marschverpflegung in Form von Birnen und Äpfeln einstecken. Das verträumte Datzow ist das nächste Ziel. In der Ferne überragt bereits



An dem Weg: Das Geburtshaus von Ernst Moritz Arndt in Groß Schoritz, östlich von Puddemin

Bild: Schmidt-Walther

der Kirchturm von Poseritz die Bäume. Am Ortseingang links hinter Glas ein privates Motorrad- und Mopedmuseum mit Beständen aus DDR-Zeiten. An der Kreuzung kann man sich entscheiden: entweder nach Norden Richtung Samtens und dann rechts in Groß Stubber zum tiefen, waldumschlossenen sehr idyllischen Kreidesee abzubiegen, oder die Deutsche Alleenstraße Richtung Garz weiterzudeln. Die verläuft übrigens auf der alten Trasse der Rügen'schen Kleinbahn, an die in Poseritz ein Haltestellen-Hinweis erinnert. Pause, denn auf dem früheren Bahnsteig verlocken Hallimasch-Pilzgruppen zum Pflücken fürs Abendbrot. Neben der Strecke erinnern einen Schlehenbüsche mit ihren reifen Früchten an Säfte und mehr. Auch hier lohnt ein Sammelstopp.

Noch ein paar Kilometer und rechts zweigt der Weg ab – links liegt Swantow mit seiner Konzertkirche Sankt Stephanus von 1469 – nach dem aus hübschen Reetdachhäusern bestehenden Feriendorf Puddemin. Der kleine Sportboot-

Hafen liegt am Ende der Puddeminer Wiek, einem schmalen Arm östlich des Strelasunds. Im Hafenrestaurant lässt sich gut und günstig einkehren bei lokalen Spezialitäten. Weiter nach Osten steht man plötzlich in Groß Schoritz vor dem Geburtshaus von Ernst Moritz Arndt.

Greifswald und Stralsund im Blick

Wir strampeln dann wieder den bereits bekannten Weg E 10 entlang Richtung Mellnitz mit seinem weißen Gutshaus, das mit Ferienwohnungen auch zu Übernachtungen einlädt, und reetgedeckten Sommerhäusern. Der weitere Weg ist jetzt für ein paar Kilometer beidseitig von Wasser gesäumt. Am Ende der sich rechts erstreckenden Mellnitz-Üselitzer Wiek – ein künstlicher See, geschaffen als Ausgleichsmaßnahme für die 2007 fertiggestellte Rügenbrücke – blitzt das weiße wie auf einer Insel liegende Herrenhaus Üselitz durch die hohen Bäume, über denen ein Seeadlerpaar majestätisch kreist. Entsprechend kann man sich hier als „hochherrschaftlicher“ Feriengast einmieten, mit endlosem

Blick über Felder, Wälder und Gewässer. Weiter über Glutzow Siedlung und Glutzow Hof, wo nach links abgebogen wird. In der Ferne blinkt der Strelasund, den man vom Ortseingang Venzvitz aus nach einem erneuten Linksabbieger erreicht. Am asphaltierten Weg gibt es kein Hinweisschild auf das Wasser mit seinen kleinen, einsamen Stränden, verborgen im Schilf am Goldberger Haken. Hier dann die große Überraschung, eine Kegelrobbe steckt ihren Kopf neugierig aus dem Sundwasser.

Der Weg führt über einen Hügel und endet abrupt am Rand einer Ackers. Von hier aus kann man sogar den Turm des Greifswalder Doms und die himmelblaue Stralsunder Volkswerft-Halle erkennen. Zurück auf dem E 10 und damit der Kleinbahnstrecke, die 1967 stillgelegt wurde, radeln wir über ein weites Feld, passieren Gut Sissow, rollen durch ein Wäldchen, queren Weiden und erreichen beim Gutsdorf Gustow die Deutsche Alleenstraße. Parallel durch die Natur führt der Radweg zum Rügendam. Womit sich der Kreis wieder schließt.

VOLKSKUNST

Handarbeit ist immer gefragt

Diese Bandwebtechnik ist im gesamten Ostseeraum zu Hause

Auch in diesem Herbst hat die Pommerische Landsmannschaft Kiel wieder ihren traditionellen Bandwebkurs im Haus der Heimat durchgeführt. Die Kursleiterin Gundel Hergenhan konnte 14 äußerst interessierte Damen in die Technik des Bandwebens einführen. Es wurden bunte Fäden zu schönen Bändern verarbeitet.

Vom 13. bis zum 17. Oktober wurden Ketten geschärft und Bänder in vielen Ausführungen gewebt. Zum Abschluss des Kurses präsentierte jede Teilnehmerin stolz ihre fertigen Erzeugnisse. Eine der Damen hatte sich sogar einen Webstuhl selbst nach eigenem Entwurf gebaut und mitgebracht und arbeitete fleißig daran. So waren die fünf Tage voll ausgefüllt und die Kursleiterin hat dabei

viele Kniffe verraten und sehr viele Fragen beantwortet. Die gewebten Schmuckbänder sind äußerst beliebt und zieren auf vielfältige Weise, zum Beispiel als Gürtel oder Schleife an der Tracht, an der Mütze, als Lesezeichen und sogar als Uhrenarmband. Es war wieder ein gelungener Kurs. Dann wurde auch gleich der Termin für den nächsten Lehrgang festgelegt, gleich nach Ostern 2026, vom 7.-10. April. Dafür gab es auch schon die ersten Anmeldungen. *Wolf Hergenhan*

Stolz auf das Geschaffene: Gundel Hergenhan (Erste Reihe, dritte von links) mit den Teilnehmerinnen und den gewebten Bändern *Bild: Hergenhan*



MELDUNGEN

Studenten, Wallach und Segelschiff

Stettin – Seit 25 Jahren gibt es das „Haus der Wirtschaft“ in Stettin: Die Institution der IHK Neubrandenburg – gemeinsam unter anderem mit Sparkasse Vorpommern und Unternehmerverband Vorpommern – berät, informiert und vermittelt bei Projekten diesseits und jenseits der Oder sowie ohne Grenzen. *TS*

Greifswald – Am 13. Oktober fand die feierliche Immatrikulation von 1.500 Studenten – davon ein Drittel aus Mecklenburg und Vorpommern – im Dom St. Nikolai statt. Teil der Feier war der traditionelle Freibieranstich durch Oberbürgermeister Stefan Fassbender und Rektorin Prof. Dr. Katharina Riedel. *TS*

Rewahl – „Geheimnisvolle Ostsee-Villa von Hitlers Geliebter sucht neuen Besitzer“ – so titelte die „Ostsee Zeitung“ zum letzten Wochenende. Doch dafür, dass Eva Braun mit dem für eine Million Euro zum Verkauf stehenden Haus in Poberow etwas zu tun hatte, gibt es bisher keinerlei Belege. *TS*

Groß Schoritz – Am 25. Oktober hält Dr. Werner Westphal um 16 Uhr einen Vortrag im Arndt-Geburtshaus zum 210. Jubiläum der Übergabe von Schwedisch-Pommern an das Königreich Preußen. Mit dem Vollzug am 23. Oktober 1815 in Stralsund wurde Pommern einst wiedervereinigt. *TS*

Misdroy – Die Dreharbeiten zu einem Film über den Kunstmaler Erich von Zedtwitz (1887-1965) wurden von der Journalistin Helena Kwiatkowska (bekannt durch Filme zu Johannes Quistorp und die Firma Stoewer) abgeschlossen. Gedreht wurde auch in Misdroy, Kalkofen und Stettin. *TS*

Wolgast – Der Bau der Ortsumgehung (B 111) gilt als größtes Straßenprojekt des Landes. Doch: Neue Kostenschätzungen des Landes liegen bei 500 Millionen Euro deutlich über den geplanten 138 Millionen Euro. Nun fordert der Bund den Nachweis der Wirtschaftlichkeit aus Schwerin. *TS*

Kolberg – Am 8. Oktober erhielt Papst Leo XIV. den Araber-Wallach „Proton“ aus dem Kolberger Gestüt Michalski. Familie Michalski fuhr mit Stadtpräsidentin Mieczkowska, Chirurg Prof. Durlik, Theologe Prof. Chojnacki sowie Familie Klein, die sich um Protons Transport sorgte, nach Rom. *TS*

Stralsund – Die Sanierung des 1951 gebauten Segelschulschiffes „Greif“ hat sich in Stralsund verzögert. So steigen die Material- und Personalkosten von vorher 4,5 Millionen Euro auf ca. 7,5 Millionen Euro. Der Eigentümer, die Hansestadt Greifswald, entscheidet im November über die Mehrkosten. *TS*

Kolbitzow – In Schillersdorf, an einem der Oderarme, soll ein Yachthafen entstehen. Die Kosten dafür werden sich auf ca. 3,4 Millionen Euro belaufen. Die örtlichen Entscheidungsträger erhoffen sich dadurch Impulse für den maritimen Tourismus. Stettin erreicht man über die Curower Fahrt. *TS*

Stralsund – Am 31. Oktober, Halloween, gibt es für die Besucher des Zoos von 16:00 bis 20:00 Uhr eine stimmungsvolle Gruselwelt. Eine Mischung aus Fantasie, Unterhaltung und Gänsehautmomenten. *BS*

„Vielen Dank für erfrischend freien Journalismus“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Es ist wieder einmal ein Vergnügen gewesen, Ihre Ausgabe zum Tag der deutschen Einheit zu lesen“

Peter Warnke, Greifswald
zum Thema: Schwieriges Vaterland (Nr. 40)



Ausgabe Nr. 42

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

LINKE SZENE IN DEN KITAS

ZU: ERZIEHER MIT QUALITÄTSMANGEL (NR. 41)

Erzieher, auch ehrenamtliche gibt es genug. Woran es fehlt ist an der „Einstellung“. Selbst in den Kitas ist die linke Szene längst angekommen und nervt Eltern und Kinder! *Peter Wendt, Hamburg*

DEUTSCHES GRENZMÄRCHEN

ZUM TITELTHEMA SCHWIERIGES VATERLAND: (NR. 40)

In der „Zone“ gab es eine riesige Menge an Spitzeln. Wie man las, war jeder sechste DDR-Bürger mit einer Überwachung befasst. Ein Land, wo man nach dem dritten Bier schon für einen Witz über die Staatsführung eingeknastet werden konnte, ein Land, das mit deutscher Gründlichkeit eine Grenze installiert hat, bei der aus Versehen auch Tiere ihr Leben im Splitterhagel verloren haben, soll sich einfach so „aus Versehen“ wegen eines Zettels („... unverzüglich, sofort“) aufgelöst haben? Grenzer haben dann „einfach so, weil es so viele waren, aufgemacht“? Never ever. Das glaube ich nie und nimmer. Kein Grenzer, keine Soldaten, keine Polizei, keine Russen? Alle nur zugeguckt in einem Zustand kollektiver Untätigkeit oder weil sie zu müde waren? Lächerlich. Komplette lächerlich. Ich weiß nicht, wer oder wie sie es gemacht haben, aber die Bevölkerung war es definitiv nicht.

Thomas Schöffel, Hattersheim

TATEN STATT VIELER WORTE

ZU: EUROPAS LUFTVERKEHR IST IN AKUTER GEFAHR (NR. 40)

Diese kleinen Drohnen lassen sich relativ leicht vom Himmel holen. Ein 240-Watt-Handlaser brennt ein Loch in die Außenhaut und zerstört die Elektronik und/oder den Akku. Beides führt an Ort und Stelle zum nahezu senkrechten Absturz. Der Schaden ist demzufolge eher gering. Mit einem Flugmodell mit FPV-Steuerung

lässt sich notfalls auch ein direkter Angriff fliegen. Das hochgespielte Geplärre um diese Minidrohnen spricht dafür, dass die meisten Zuwortmeldungen von Menschen kommen, die nicht wissen, wovon sie reden. Wenn man echte Sicherheit wirklich will, knipst man die Flugobjekte aus und redet nicht so viel.

Gregor Scharf, Leipzig

DIE DEUTSCHENHASSERIN

ZU: WIE EINE KRÄMERSTOCHTER EINST BRITANNIEN UMKREMPelte (NR. 41)

Als es um die Wiedervereinigung ging, machte Frau Thatcher keinen Hehl daraus, dass sie total dagegen war. Vorher war sie gehorsam auf das Holzpodest an der Bernauer Straße gestiegen, hatte über die Mauer nach Ostberlin geblickt und gefordert, diese Mauer zu beseitigen. Wer solche „Freunde“ hat, braucht keine Feinde!

Andreas Voelz, Varel

EHRLICHER JOURNALISMUS

ZU: DER PLAN FÜR EIN ANDERES AMERIKA (NR. 39)

Endlich berichtet mal jemand über dieses Projekt. Sehr gut, dass die PAZ solche Themen aufgreift und neutral berichtet – ohne linke oder rechte Schlagseite. Genau deshalb lese ich diese Zeitung seit Jahren so gern.

Susanne Strenzow, Mainz

DIE WAHREN TÄTER

ZU: DIE NEUE DIMENSION DES JUDENHASSES (NR. 41)

Man kann gar nicht so viel essen, wie man speien möchte. Sinngemäß war dies die Reaktion von Max Liebermann auf die Machtergreifung 1933. Dass in Deutschland Judenhass unter dem Deckmantel der „Israelkritik“ wieder salonfähig wird, ist unerträglich. Völlig paradox wird es, wenn selbst Funktionäre des Zentralrates die Hauptgefahr des Antisemitismus in

rechten Kreisen verorten. In Wahrheit hat die Hauptgefahr längst quasistaatliche Dimensionen angenommen, wenn diejenigen ungeschoren bleiben, die tatsächlich gegen das Judentum hetzen.

Chris Beneth, Wilsdruff

ZWEI PUNKTE ALS LÖSUNG

ZU: EIN HERZ FÜR SENSIBELCHEN (NR. 41)

Erstaunlich, womit man sich angesichts der Tatsachen im Berlinischen so beschäftigt. Die Blamage mit der Umbenennung der Mohrenstraße hätte man vermeiden können: Wenn man im Sinne von z.B. veganer Ernährung aus „Mohren-“ Möhren gemacht hätte, dann hätte man nur händisch zwei Punkte auf den Straßenschildern anbringen müssen. Und alles wäre gut gewesen ... Junge, Junge aber auch!

Dr. Wolf Manuel Schröter, Weinböhla

ALTES SYSTEM OHNE CHANCE

ZU: IMMER MEHR JUNGE LEUTE HASSEN IHREN JOB (NR. 41)

Ein interessanter Artikel von Jens Eichler. Ich komme mit 40 Dienstjahren aus der Schulbranche. Mein Liebling war der hier zitierte Albert Bandura. Die Realität sah und sieht aber anders aus. Kurz angerissen. Die Schüler sehen und erleben, dass ihre Leistung und deren Bewertung sehr volatil und subjektiv ist. Sie erkennen im digitalen Zeitalter, dass die unterrichteten Weisheiten nur einen begrenzten temporären und räumlichen Stellenwert haben. Sie wissen, dass sich die Lehrkräfte ihre Inhalte von Plattformen holen, zu denen sie jederzeit Zugriff haben. Sie wissen, dass sie Pseudoprüfungen ablegen, die eigentlich mit einem Klick oder Wischer erledigt sind. Die alte Schule der Abrichtung und Indoktrination ist im Grunde genommen vorbei, trotz pädagogischer Bemühungen. Frustration und das Gefühl der Zeitverschwendung ist allgegenwärtig. Man sitzt die Sache ab. Knast mit Freigang. Wir bräuchten ab der Grundschule

(6. Klasse) eine ganz andere Art von Schule. Eine freie und interessante Schule, die in der Lage ist, die individuellen Fähigkeiten und Interessen der Schüler zu fördern, ohne sie permanent, weitgehend willkürlich, zu bewerten und zu nummerieren. Die alte Schule wird dies nicht leisten können. Sollte sie beibehalten werden, wird der substanzielle Output weiter sehr mäßig sein. Man darf sich hier nicht von der Masse der ausgestellten Zertifikate täuschen lassen. Das fällt unter die Rubrik Selbstbetrug. *Jan Kerzel, Diespeck*

VERLUST DER KLUGEN KÖPFE

ZU: IMMER MEHR JUNGE LEUTE HASSEN IHREN JOB (NR. 41)

Immer öfter fragen sich Eltern und Lehrer, ob in Deutschland eine Generation heranwächst, die nicht mehr gelernt hat, sich anzustrengen. Die Generation ist doch schon vorhanden, auch wenn es noch Ausnahmen gibt. Diese werden aber nur müde belächelt. Unsere Gesellschaft sollte daher wachsam sein, sonst verlieren wir die klugen Köpfe, die wir noch haben. Sie wandern aus. Es gibt schon zu viele, die Deutschland den Rücken zugewandt haben. Wer ist Schuld daran? Die Verantwortlichen in der Politik, aus dem linken und grünen Lager, aber auch Eltern und Pädagogen. Letztgenannte schließen sich dem Geschwafel von Grünen und Linken an, dass jedes Kind die gleichen Chancen haben soll. Aber so einfach funktioniert es nicht. Ein Beispiel aus dem Bereich des Sports. Da wurden Trainingsstunden für eine Leichtathletikveranstaltung angesetzt. Ziel war es, die besten Schüler für diese Veranstaltung herauszufiltern. Dabei gab es Eltern, die auf den Trainer zugegangen sind und forderten, dass jedes Kind mal gewinnen müsse. Kinder, die nicht gewinnen, könnten sonst frustriert sein. Diese Eltern haben nicht zu Ende gedacht. Wenn diese Vorgehensweise durchgezogen werden würde, dann ziehen wir junge Leute heran, die nicht mit Niederlagen umgehen können und keinen Ehrgeiz entwickeln. *H.P. Kröske, Hameln*

ANZEIGE

Die Magie der Fermentation – direkt in Ihrer Küche!

■ Es begann mit einer einfachen Frage: Wie können wir die Aromen und Nährstoffe unserer Lieblingszutaten auf ein neues Level heben? Die Antwort liegt in der Kunst der Fermentation. Mit unserem Fermenter erwecken Sie diesen traditionellen Prozess in Ihrer eigenen Küche zum Leben.

Schwarzer Knoblauch – das kulinarische Gold

Verwandeln Sie frischen Knoblauch in eine wahre Delikatesse! Nach nur wenigen Tagen entwickelt er seinen unverwechselbaren süßlich-milden Geschmack – ideal für Soßen, Dips oder als besondere Zutat in Ihren Lieblingsgerichten.

Cremiger Joghurt nach Ihrem Geschmack

In nur 8 Stunden zaubern Sie Ihren perfekten Joghurt – ob Natur, griechisch oder mit Früchten. Ihre Küche wird zu einer echten Genusswerkstatt!

Mehr als nur Knoblauch und Joghurt

Die Möglichkeiten mit unserem Fermenter sind nahezu grenzenlos. Fermentieren Sie: • **Gemüse:** Karotten, Rote Bete, Rettich, Gurken, Blumenkohl • **Obst:** Äpfel, Zitronen, Ananas, Beeren • **Getreide:** Reis, Hirse • **Hülsenfrüchte:** Sojabohnen, Kichererbsen • **Weitere Spezialitäten:** Kimchi, Essiggurken, Obstwein, Reiswein, Obstessig, Enzyme, Brothefe, Nattō und vieles mehr

Die Vorteile der Fermentation

Fermentierte Lebensmittel sind nicht nur ein Genuss für den Gaumen, sondern auch wahre Nährstoffbomben. Durch den Fermentationsprozess ent-



stehen wertvolle Probiotika. Gleichzeitig werden Lebensmittel auf natürliche Weise haltbar gemacht – ganz ohne künstliche Konservierungsstoffe.

Einfach, nachhaltig, genial

Mit einem Fassungsvermögen von 6 Litern (oder 1 Kilogramm Fermentationsgut) und praktischen vorinstallierten Programmen gestalten Sie den Fermentationsprozess kinderleicht. Der Edelstahl-Innentopf sorgt für konstante Temperaturen, während abnehmbare Teile die Reinigung erleichtern. Dank der Rundum-Heizung sind gleichmäßige Ergebnisse garantiert.

Technische Details:

• **Maße:** 27×28×28 cm • **Material:** ABS und Edelstahl • **Leistung:** 90 W, 220 V • Vorinstallierte Programme und individuell einstellbare Optionen



Fermenter • Best.-Nr. 139 759 • 129,99 €

Erleben Sie Genuss auf höchstem Niveau – mit Ihrem Fermenter!

www.kopp-verlag.de • Jetzt bestellen! Versandkostenfrei Lieferung innerhalb Europas

STADTJUBILÄUM

1250 Jahre – Gotha ist von altem Adel

Von Kaiser Karl dem Großen initiiert, von Luther geliebt und von Ernst dem Frommen im höchsten Maße gewertschätzt

VON VEIT-MARIO THIEDE

Auf den 25. Oktober des Jahres 775 ist die in einer Abschrift aus dem 12. Jahrhundert überlieferte Urkunde datiert, mit der Karl der Große dem Kloster Hersfeld den Zehnt vom Ackerland, den Weiden und Gewässern einer Siedlung mit Namen „Gothaha“ zusprach. Sie befand sich westlich der heutigen 47.000-Einwohner-Stadt Gotha. Die ehemalige Residenzstadt wirbt für sich mit dem Slogan „Gotha adelt“ – völlig zu Recht.

Das 1879 eröffnete Herzogliche Museum beherbergt die vielfältigen Kunstsammlungen der ehemaligen Regenten Gothas. Im Untergeschoss sind antike Skulpturen, die von Herzog Ernst II. von Sachsen-Gotha-Altenburg (1745–1804) zusammengetragene umfangreiche Sammlung von Korkmodellen antiker römischer Bauwerke sowie die ägyptische Sammlung ausgestellt. Queen Victorias Gatte Albert von Sachsen-Coburg und Gotha (1819–1861) steuerte dazu noch drei Mumien bei. Im Skulpturensaal des Erdgeschosses sind die Werke des berühmten, mit Herzog Ernst II. befreundeten, französischen Bildhauers Jean-Antoine Houdon reich vertreten. Besonders eindrucksvoll ist sein lebensgroßer „Muskelmann“ (1767), der zeigt, wie ein Mensch unter der Haut aussieht.

Im Obergeschoss gibt es Fächer, Porzellan und Steinzeug aus Meißen sowie die Gemäldesammlung zu sehen. Spektakulär ist der „Gothaer Tafelaltar“, den Heinrich Füllmaurer und seine Werkstattmitarbeiter um 1538 schufen. Das mit zahlreichen Flügeln ausgestattete Werk stellt auf 160 Bildtafeln das Leben und Wirken Jesu sowie die Erschaffung Adams, den Sündenfall und die Vertreibung aus dem Paradies dar. Reich vertreten sind Gemälde von Lucas Cranach dem Älteren und dem Jüngeren. Letzterer schuf 1555 das Bildnis von Christian Brück, des Kanzlers von Herzog Johann Friedrich II. (1529–1595).

Über Johann Friedrich II. und seinen Kanzler brach 1567 eine Katastrophe her-



Der obere Hauptmarkt Gothas mit Blick gen Norden auf das Rathaus

Bild: Thiede

ein. Der wegen Landfriedensbruchs von Kaiser Maximilian II. mit der Reichsacht belegte Ritter Wilhelm von Grumbach hatte in Gotha auf Burg Grimmenstein Zuflucht gefunden. Da der Herzog sich weigerte, ihn auszuliefern, belagerte er mit der Vollstreckung der Acht beauftragte Kurfürst August von Sachsen erfolgreich Gotha. Das trug Johann Friedrich II. Haft bis zum Lebensende ein. Grumbach und Brück aber erlitten auf dem Hauptmarkt die grausame Hinrichtung durch Vierteilung bei lebendigem Leibe. Die Stelle, an der dies geschah, markiert eine rote Steinplatte, die keine Namen, sondern nur das Todesdatum nennt: 18. April 1567. Sie befindet sich vor der Südseite des rot verputzten Rathauses.

Im Nordgiebel dieses schmucken Renaissancebaues thront die Skulptur von Gothas Schutzpatron: dem heiligen Got-

hardus, wie hier Bischof Godehard von Hildesheim genannt wird.

Üppig und überreich geschmückt

Eine weitere Folge der sogenannten „Grumbachschen Händel“ war, dass die Sieger die Burg Grimmenstein schleiften. An ihrer Stelle ließ Ernst I. (1601–1675) Schloss Friedenstein erbauen. Ernst gründete 1640 das Herzogtum Sachsen-Gotha, welchem 1672 Altenburg zufiel. Der imposante, auf einem Berg über Gotha thronende vierflügelige Friedenstein ist das größte frühbarocke Schloss Mitteleuropas. Die Mehrzweckanlage war repräsentativer Wohnsitz, Verwaltungszentrum des Herzogtums und weist im 1687 eingeweihten Ekho-Theater Deutschlands älteste noch funktionstüchtige Bühnenmaschinerie auf. Relikt vom Grimmenstein ist das prachtvolle Portal der Schloss-

kirche. Man sieht dem massiv wirkenden Schloss nicht an, dass nur die Außenmauern aus Stein, die hofseitigen und die Innenwände aber aus Fachwerk errichtet sind, um möglichst billig zu bauen.

Üppig ausgestattet sind hingegen die Wohn- und Repräsentationsräume. Höhepunkt des Rundgangs auf Filzpantoffeln ist der von Giovanni Canoveri überreich mit Stuck geschmückte Festsaal, der auf Herzog Friedrich I. (1646–1691) zurückgeht. Kolossale Hermenpaare stützen Wappen. Lebensgroße Allegorien der vier Jahreszeiten flankieren paarweise die beiden mit Porzellan oder Tafelsilber ausgestatteten Nischen der Stirnseiten. In den ehemaligen Räumen des Erbprinzen sind der von Johann Melchior Dinglinger geschaffene kleine Elefant sowie viele andere Objekte aus Silber und Gold, Elfenbein oder Bernstein untergebracht.

Eine weitere Attraktion des Schlosses ist die Universitäts- und Forschungsbibliothek. Ihre kulturhistorisch wertvollen Sammlungen begründete Ernst I., der bald nach seinem Tod den Beinamen „der Fromme“ erhielt. Der streng gläubige Lutheraner legte den Grundstein zur bedeutenden reformationsgeschichtlichen Sammlung. Sie ist Ausdruck der protestantischen Selbstinszenierung der Herzöge, die sich als Sachwalter des Luthertums verstanden.

Martin Luther war übrigens gern in Gotha, wo er seinen Vertrauten und Mitreformer Friedrich Myconius besuchte. Die Forschungsbibliothek bewahrt im Original oder in zeitgenössischer Abschrift 1100 Briefe Luthers auf und somit ein Viertel seiner Korrespondenz. Prachtvollster Raum der Bibliothek ist das von Herzog Friedrich II. (1676–1732) eingerichtete Münzkabinett. An den Seitenwänden stehen jeweils sieben Münzschränken neben Postamenten, auf denen von Cäsar bis Domitian die vergoldeten Gipsbüsten der ersten zwölf römischen Kaiser stehen.

Bis 2. November läuft in der Forschungsbibliothek die Sonderausstellung „Adel Macht Staat. Der Gothaische Hofkalender 1763 bis 1944“. Er und seine französische Parallelausgabe „Almanach de Gotha“ waren das wichtigste genealogische Standardwerk des europäischen Adels. Seit 2015 erscheint „der Gotha“ wieder. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass sich Ernst der Fromme als Stammvater der heute amtierenden Monarchien Europas erweist. Das gilt etwa für König Charles III. und Harald V. von Norwegen, Frederic X. von Dänemark, Carl XVI. Gustav von Schweden und Felipe VI. von Spanien. Bemerkenswerter noch ist, dass sich Gothas barockes Universum mit dem Schloss und seinen historischen Innenräumen, den Sammlungen und dem weitläufigen Schlosspark weitgehend unverändert erhalten hat. Und das ist weltweit wirklich einzigartig.

● www.stiftung-friedenstein.de

ANTIKE

Grenze dicht nach Rom

Vom Tuff zum Ton, vom Bergwerk zur Töpferstadt – Die Spuren der Römer in Germanien führen bis in die Unterwelt

Wahrlich tiefe Einblicke in das Leben der Römer in Germanien geben kleinere Spezialmuseen in Rheinland-Pfalz. Der Obergermanisch-Raetische Limes, einst Grenzwall zwischen dem Römischen Reich und germanischen Stammesverbänden ist mit rund 550 Kilometern das längste Bodendenkmal der Welt nach der Chinesischen Mauer.

Rund 900 Wachtürme sorgten seinerzeit für Ordnung und Sicherheit. Ihre Aufgabe war es vor allem, den Handelsverkehr mit den Germanen zu regeln. Auf dem Gelände des Freilichtmuseums Römerwelt am Startpunkt des Limes in Rheinbrohl ist ein rekonstruiertes Stück mit Wall, Graben und Palisadenzaun zu sehen. Der Originalverlauf des Limes ist nur wenige Meter entfernt. Unter dem Motto „Sehen – Verstehen – Erleben“ lässt die Römerwelt das Leben der stationierten Truppen am Limes und im Kastell wieder auferstehen.

In Ahrweiler wurden 1980 bei Straßenbauarbeiten die Überreste eines spätrömischen Gutshofes gefunden: gut erhalte-

ne Mauern mit farbigen Wandmalereien, eine originale Badeanlage, eine Küche sowie eine vollständig erhaltene Fußbodenheizung, sogenannte Hypokausten. Ein Modell des Gutshofes und diverse Kleinfunde machen im heutigen Museum Roe-

mervilla das provinziäl-römische Leben anschaulich.

In Meurin bei Kretz wurde Mitte des 20. Jahrhunderts beim Bimsabbau das größte römische Untertage-Tuffsteinabbaugebiet nördlich der Alpen wiederent-

deckt. Nachdem die bis zu fünf Meter hohe Bimsschicht über dem Stollensystem abgetragen war, legten Archäologen Ende der 1990er Jahre das römische Bergwerk frei. Eine große, freitragende Hallenkonstruktion schützt es heute vor Sonne, Regen und Schnee.

Gut begehbare Stege, Rampen und Treppen führen nicht nur durch das Stollensystem, sondern auch darüber hinweg. Im Bergwerk erwarten den Besucher an Originalschauplätzen nachgestellte Arbeitsszenen, große Leuchtbilder und ein unterirdisches Heiligtum.

Im Außenbereich dreht sich alles um die Bautechnik und die Herstellung antiker Baustoffe. In der „Antiken Technikwelt“ können funktionsfähige Nachbauten wie wasserradangetriebene Steinsäge, Steindrehbank oder Baukran unter fachlicher Anleitung getestet werden.

Im Süden der Pfalz, wo der Rhein auch in stillen Altarmen fließt, ist ein außergewöhnliches Schiff unterwegs: die „Lusoria Rhenana“. Mit 18 Metern Länge, 2,8 Metern Breite und Platz für 24 Ruderer ist sie

ein originalgetreuer Nachbau eines spätrömischen Patrouillenbootes. Damals war der „Nasse Limes“ – die Wassergrenze am Rhein und an der Donau – die erste Verteidigungslinie gegen germanische Stämme.

Nur einen Abstecher von der „Lusoria Rhenana“ entfernt lag der römische Ort Tabernae, das heutige Rheinzabern. Dort fanden römische Truppen eher zufällig Tonvorkommen und legten damit den Grundstein für eine immense Keramikproduktion. Ab dem zweiten Jahrhundert nach Christus wurde hier das „Porzellan der Römer“ gefertigt, das feine, rotglänzende Tafelgeschirr Terra Sigillata.

Die Mengen waren gigantisch: Bis zu 1,5 Millionen Gefäße wurden jährlich über Rhein und Donau bis nach Britannien, Skandinavien und ans Schwarze Meer verschifft. Mehr als 400 Produktionsbetriebe und über 600 namentlich bekannte Töpfer sind nachgewiesen. Das Terra-Sigillata-Museum Rheinzabern informiert vom Rohstoffabbau bis zur feinen Verzierung.

Helga Schnehegen/rlp-tourismus



Hölzerner Wall gegen Germanen: Limes beim Freilichtmuseum Römerwelt, Rheinbrohl

● FÜR SIE GELESEN

Geschichte ist lebendig

Wie kann man dem fehlenden Interesse junger Menschen entgegenwirken, die ihr begrenztes Wissen oft über Internet-Plattformen wie TikTok beziehen? „Ich erlebe aber bei meinen eigenen Kindern, dass ein Interesse für Geschichte weitgehend fehlt und politische Haltung nur aus einer Emotionalisierung heraus entsteht“, so Bernhard Knapstein im Vorwort zu seinem Buch „Zwischen Schwertern und Panzern. Kleine Konfliktgeschichte von den Billungern bis zur Gegenwart im heutigen Heidekreis“.

Der im Heidekreis lebende Journalist, Historiker und Rechtswissenschaftler hatte die Idee, die Auswirkungen der großen Geschichte Deutschlands auf eine kleine Region wie den Heidekreis in lebendiger und gut lesbarer Form zu zeigen. Man könnte meinen, dass ein so dünn besiedeltes Gebiet von untergeordnetem politischen Interesse für die jeweils Herrschenden gewesen sei.

Große Geschichte im Heidekreis

Knapstein belegt in seinem akribisch recherchierten Buch das Gegenteil. Beginnend von den Billungern im frühen Mittelalter zeichnet er nach, wie sich lokale Ereignisse über Kriege, Umbrüche und Machtverschiebungen bis in die heutige Zeit in übergeordnete historische Entwicklungen eingefügt haben. Heute ist es der Ukraine-Krieg, der nach einer Friedensphase nach dem Zusammenbruch des Ostblocks 1989/90 viele an einen ewigen Frieden glauben ließ, die Notwendigkeit zum Ausbau der Verteidigungsfähigkeit deutlich macht. Der Truppenübungsplatz Munster in der Lüneburger Heide ist ein wichtiger Standort für die Bundeswehr. Der Ort ist bezogen auf die Zahl der dort stationierten Soldaten der viertgrößte Standort der Bundeswehr.

Jedem Kapitel stellt der Autor einen Text aus Liedern, Heldenepen, Chroniken oder Zitate voran, gefolgt von Orten, die zum jeweils geschilderten Zeitabschnitt passen, etwa Kriegerdenkmäler oder Museen, wie das Deutsche Panzermuseum in Munster oder das Lilli-Marleen-Denkmal. Zahlreiche Farbfotos von Besichtigungsorten, Obelisken oder Dokumenten lockern die Erzählung auf. Immer wieder lässt Knapstein auch eigene Reportagen einfließen, die er als Journalist für die „Böhme-Zeitung“ verfasst hat.

Das Ziel, seinen Lesern ein tieferes Verständnis für die Mechanismen von Konflikten zu vermitteln sowie die deutsche Geschichte der wissenschaftlichen Abstraktion zu entziehen, ist dem Autor gut gelungen. Wenn auch eine Flut an Namensnennungen im ersten Teil bis zum Ersten Weltkrieg das Lesen etwas erschwert, so lesen sich die Ereignisse seit der Weimarer Republik bis heute umso flüssiger. Knapstein ist ein wertvoller Beitrag zum Verständnis von Geschichte gelungen, der das Potential hat, seine Leser zu einer intensiveren Beschäftigung mit der eigenen Geschichte anzuregen. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Bernhard Knapstein: „Zwischen Schwertern und Panzern. Kleine Konfliktgeschichte von den Billungern bis zur Gegenwart im heutigen Heidekreis“, smp Verlag, Schneverdingen

2025, broschiert, 344 Seiten, 29,80 Euro



REISEFÜHRER DER WOCHE



Auszeit in Bacchus' Gärten

Der neue Band aus der Reihe „Eskapaden“ führt auf 52 Routenvorschlägen durch alle deutschen Weinbauregionen

Zeit der Weinlese – Herrlich bunt färben sich im Herbst Deutschlands Weinberge an Mosel, Rhein und Main. Die Temperaturen sind meist noch recht mild. Zeit für die Weinlese. Wer einmal Zeuge des bunten Treibens in den Weindörfern werden und sich

dabei aktiv in der Natur bewegen möchte, dem sei der aktuelle Band der Reihe „Eskapaden“ empfohlen, der Weinliebhaber zu 52 interessanten Ausflügen animiert. Wandernd, radelnd, paddelnd oder per Pkw lassen sich auch weniger bekannte Orte entdecken. *MRK*

„Eskapaden für Weinliebhaber. 52 kleine & große Eskapaden für Weinliebhaber in Deutschland“, DuMont Verlag, Ostfildern 2025, broschiert, 240 Seiten, 24,95 Euro

AUTOBIOGRAPHIE

Vom religiös geprägten jungen Syrer zum kritisch Denkenden

Ibi Bassams neues Buch ist keine Abrechnung eines alten Mannes, sondern schildert neben seinem Werdegang sein Wirken auf fünf Kontinenten und gibt seine Erfahrungen als Fremder in einem christlichen Land wieder

VON BODO BOST

In seiner Autobiographie „Von Damaskus in die deutsche Diaspora“ beschreibt der Schöpfer der Leitkultur, Bassam Tibi, seinen Weg vom 68er-Sozialisten zum Islam-Kritiker und Warner vor linksgrünen Gesinnungsethikern und Deutschlandabschaffern.

Die christliche Zeitrechnung beginnt mit der Geburt des Erlösers, die islamische erst mit der Auswanderung des Islampropheten von Mekka nach Medina. Die Autobiographie von Bassam Tibi, einem der ersten Syrer in Deutschland, beginnt mit seiner Auswanderung nach Deutschland 1962. Tibi, Jahrgang 1944, geboren in Damaskus und seit 1976 deutscher Staatsbürger, gehört zu den einflussreichsten deutsch-syrischen Intellektuellen. Bekannt wurde er besonders durch seine Begriffe „Leitkultur“, „Euro-Islam“, „Parallelgesellschaft“ und „Scharia-Islam“, die seit der Massenzuwanderung der Syrer seit 2015/16 die zentralen Diskussionen um Integration, Verfremdung und religiöse Identität prägen.

Tibi war bis 2015 fünf Jahre SPD-Mitglied und fünf Jahre Mitglied von Merksels Expertenkommission Zuwanderung. Aufgrund seiner Kritik und Hinterfragung der Massimmigration aus Syrien wurde er ab 2015 zum Enfant terrible der Linken und wurde aus allen Kommissionen, Talkrunden und Medien entfernt, nur weil er es wagte, als Syrer Kritik an den Syrern und deren massenhaf-

ter Migration nach Deutschland öffentlich zu äußern.

Über Nacht wurde Tibi vom Experten zum „Abweichler vom Konsens“, weil er es wagte, Angela Merkel Verwechslung einer „Offenen Gesellschaft“ mit „Offenen Grenzen“ vorzuwerfen. Von daher ist das Buch zum zehnten Jahrestag dieser Massenmigration der jungen syrischen Männer in die Sozialsysteme, die er als „Katastrophe“ bezeichnet, genau zum richtigen Zeitpunkt erschienen. Auch gegenüber seinen muslimischen Landsleuten, sowohl sunnitischen wie schiitischen, nimmt er kein Blatt vor den Mund und wirft ihnen Bildungs- und Integrationsverweigerung vor. Dem Islam hält er seine Kritikunfähigkeit vor, beides große Risiken für die Zukunft Deutschlands.

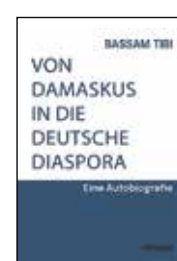
Vom Linken zum Islamkritiker

Tibis Autobiografie ist dennoch keine Abrechnung eines alten Mannes, sie liest sich eher wie ein Reisebericht seines Lebensweges. Sie beschreibt fünf Kontinente, auf denen Tibi lehrte und forschte, und zeigt, wie tiefgreifend die Transformation seiner Identität gewesen ist – vom religiös geprägten jungen Syrer hin zum kritisch denkenden Akademiker mit globalem Hintergrund. In der „Frankfurt Schule“ von Horkheimer, Arendt und Adorno erlebte er den Wandel „vom Glauben zum Denken“ – ein prägender Abschnitt seiner geistigen Entwicklung.

In Deutschland aber blieb er stets „Passdeutscher“, ein hochqualifizierter

Intellektueller, dem es jedoch stets an einem echten Gefühl der Zugehörigkeit mangelte, obwohl er seinem Sohn den christlichen Namen Fabian gab, eigentlich ein Unding für einen muslimischen Vater. Diesem Dilemma, seiner Sehnsucht nach Anerkennung, widmet er zentrale Passagen.

Tibis Lebenserinnerungen sind mehr als ein persönlicher Lebensbericht: Sie sind ein lebendiges Zeitzeugnis Deutschlands nach 1962. Er beschreibt Entwicklungen von der Anwerbung der „Gastarbeiter“ über die 68er-Bewegung, die deutsche Vereinigung, den ökologischen Zeitgeist bis zur Flüchtlingskrise 2015 – jeweils aus seiner einzigartigen Perspektive als global vernetzter Intellektueller. „Von Damaskus in die deutsche Diaspora“ ist eine starke autobiografische Reflexion, die persönliche Erfahrungen mit großen gesellschaftlichen und kulturpolitischen Themen verbindet. Sie spricht aktuelle Fragen von Migration, Integration, Zugehörigkeit und Identität an – und tut dies mit intellektueller Klarheit, historischer Verankerung und literarischem Feingefühl.



Bassam Tibi: „Von Damaskus in die deutsche Diaspora. Eine Autobiografie“, ibidem Verlag, Hannover 2025, Taschenbuch, 472 Seiten, 24,90 Euro

● FÜR SIE GELESEN

Zwischen den Kriegen

Hans Kesselbach, Sohn eines im Ersten Weltkrieg verwundeten Generals, geht im Deutschland des Jahres 1919 mit dem Quandt-Erben Hellmut aufs Gymnasium. Die beiden verstehen sich prächtig, bis Hans seine ersten sexuellen Gefühle beim Anblick von Helmut spürt. Dieser wendet sich jedoch von Hans ab, und beginnt mit Hellmuts schönen Stiefmutter Magda, die von ihrem alten Gatten vernachlässigt wird, eine Affäre: Sie will aus ihrer Ehe ausbrechen, er seine Homosexualität verbergen. Aber auch er kann sie auf Dauer nicht glücklich machen. Sie will immer im Mittelpunkt stehen.

Nach ihrer Scheidung geht sie eine Beziehung mit Joseph Goebbels ein, heiratet ihn und bekommt sechs Kinder. Für Hans, der später in einem Ministerium arbeitet, gibt es nur heimliche Treffen mit Männern, da ihm bei Bekanntwerden seiner sexuellen Orientierung Gefängnis oder Schlimmeres droht.

Nora Bossongs Roman „Reichskanzlerplatz“ schildert wortgewandt das Gefühlsleben eines homosexuellen jungen Intellektuellen in der Zeit zwischen den Kriegen. „Reichskanzlerplatz“ ist ein lesenswertes Buch, mit wunderbaren Formulierungen. Ein Roman, der von 1919 bis 1949 den Weg zweier Menschen, Hans und Magda, sowie eines Landes anschaulich erzählt. *Angela Selke*



Nora Bossong: „Reichskanzlerplatz“, Suhrkamp Verlag, Frankfurt 2024, gebunden, 294 Seiten, 25 Euro

LANDSMANNSCHAFT OSTPREUSSEN E.V.

Wertvolle Kulturpflege mit Außenwirkung

Die 71. Werkwoche vom 6. bis 12. Oktober in Helmstedt machte ostpreußisches Heimatgefühl erlebbar und sichtbar

VON CHRISTIANE RINSER-SCHRUT

Wenn sich jeder ein Werkstück aussuchen würde, ja, das würde ich mir wünschen.“ Marianne P. ist keine junge Frau mehr, sie hat einen westpreußischen Ehemann, Kinder und Enkelkinder, ist tief mit Ostpreußen verwurzelt und besitzt in ihrem Haus ihr ganz persönliches Bernsteinzimmer. Darin bewahrt sie neben ihren Bernstein schmuckstücken auch die Werkstücke auf, die sie in oder durch die Werkwoche der Landsmannschaft Ostpreußen gefertigt hat. Seit sie aus gesundheitlichen Gründen ihre Schulter nicht mehr so bewegen kann, dass es ihr möglich wäre, das Schiffchen durch das Webgarn zu ziehen, knüpft sie Teppiche. Ein Westpreußen- und ein Ostpreußenteppich sind bereits Teil ihres Zimmers, ein Teppich mit ostpreußischen Seeelementen ist gerade in Arbeit. Ihr Vater stammt aus dem Königsberger Gebiet. Als sie zum ersten mal dort gewesen war, kam ein Gefühl von Heimat in ihr auf, das sie bis heute noch erfüllt.

Diese Heimatliebe ist so generationsübergreifend, dass auch deutlich jüngere Teilnehmerinnen von diesem Gefühl der Heimat in der Fremde berichten. Martina K. hat von ihrer Großmutter einiges über Ostpreußen erfahren. Als sie, ihr Vater ist kurz vor der Flucht geboren, an der Stelle stand, wo ihre ostpreußische Familie gelebt hat, konnte sie ihre Wurzeln spüren. Seitdem war sie auf der Suche, mit Ostpreußen näher in Kontakt zu treten, und damit sind das Land, die Kultur und die Leute gemeint. Da sie selbst gerne handwerklich arbeitet, war die Werkwoche für sie genau der richtige Einstieg. Die Werkwoche ist ein weiterer Schritt, sich mit der eigenen Familiengeschichte auseinanderzusetzen. Viele weitere sollen noch folgen.



Hannelore Mosbacher (oben Mitte) leitete auch in diesem Jahr die Werkwoche: Werklehrerinnen und (fast alle) Teilnehmerinnen in der Politischen Bildungsstätte in Helmstedt
Bild: CRS

So haben alle Teilnehmerinnen einen Ostpreußenbezug, den sie in ihrem Alltag wahrnehmen. Doch tragen sie ihn immer sichtbar nach außen, sei es mit ihrem Bernsteinschmuck, einem Ostpreußenkleid, einer doppelgestrickten Tasche oder einem Jostenband als Hundeleine.

Die Doppelstrick-Technik pflegen

Ein Weiteres verbindet diese rührigen, leistungsfähigen, liebenswürdigen Menschen, sie sind Kümmerer. Sie versorgen pflegebedürftige Männer, helfen Familien in schwierigen Lebenslagen, stricken grüne Socken für Eierstockkrebs- und nähen Herzkissen für Brustkrebspatientinnen und helfen Tieren in Not. Wenn sie etwas

körperlich nicht mehr schaffen, werden sie kreativ und entwerfen Hilfsmittel mit denen man beispielsweise auch im Sitzen Jostenbänder weben oder alle nützlichen Utensilien direkt an die Nähmaschine hängen kann. Oder es werden Doppelstrickanleitungen ersonnen, die nicht ein Positiv und ein Negativ zeigen, sondern zwei Positive. Uschi K. ist unermüdlich, wenn es ums Doppelstricken geht. Sie hat für Bewohner in einem Pflegeheim deren jeweiligen Anfangsbuchstaben doppelgestrickt, aber so, dass der Buchstabe von beiden Seiten richtig herum zu lesen ist. So trägt dort jeder Bewohner am Gehwagen oder Knopfloch ein Stück Ostpreußen mit sich herum.

Und ein Drittes verbindet diese Menschen, sie teilen ihr Wissen, ihr Können, ihr Material gern. „Es ist wichtig, dass das Weißsticken als Technik erhalten bleibt“, betont Gerda E., die Nadelkissen bestickt, versäumt, Fäden herausschneidet und alles wieder vernäht. So entsteht mit jedem kleinen Arbeitsschritt ein Kunstwerk.

In der Schneiderstube ging es in diesem Jahr hoch her. Es wurden Blusen, Jacken und Kleider gefertigt, über Stoffe diskutiert und Beispiele gesucht, damit ein Ärmel doch so genäht werden kann und nicht anders muss. Es wurden Mieder der Kleider in Westen umgestaltet, sodass sie besser in den heutigen Alltag passen. Auch so wird Ostpreußens Kultur sicht-

bar. Ebenso in Form von Musterstrickstücken: Irina R. strickt schneller, als das Auge blicken kann – das ganze Jahr. Socken, die sie verschenkt, bekommen mit dem, was sie während der Werkwoche gelernt hat, eine ostpreußische Note.

Ostpreußen ist ständig präsent

Die Werkwoche ist also mit ihren vielseitigen Teilnehmerinnen ein wahrer Schatz – an Wissen, an Können, an Mitgefühl, an Vorbildern, an Liedern und Tänzen, an Kreativität. Aber auch ein Schatz an Fleiß und Sorgfalt – ein echtes Bernsteinzimmer. Für diesen Schatz nehmen Menschen sogar Urlaub, viele Fahrkilometer in Kauf, durcharbeitete Nächte und auch ganz viel Frust, wenn ein Stück wieder geöffnet wird, weil sich doch mal ein gravierender Fehler eingeschlichen hat.

So wird die durch Mittel der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien über das Kulturreferat am Ostpreußischen Landesmuseum, Lüneburg geförderte Werkwoche auch in 2026 vom 5. bis zum 11. Oktober stattfinden. Sie wird erneut ein Anlaufpunkt für Menschen sein, die ein Stück Heimat schaffen, sich mit Ostpreußen auseinandersetzen möchten und die Sprache, Lieder, Tänze sowie die Handarbeitstechniken Weben, Jostenbandweben, Weißsticken, Doppel- und Musterstricken pflegen. Und nicht zu vergessen das Schneiden des Ostpreußenkleides samt Unterrock, Jacke und Bluse. Oder einfach mal ganz in dem Gefühl von gelebter Heimat aufgehen, nach dem sich nicht nur die Ostpreußen sehnen. Die Erfahrung eines lebendigen Heimatgefühls schilderte auch der Vorsitzende der LO-Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern Manfred Schukat: „Das Thema Ostpreußen ist bei den Betroffenen mehr oder weniger, aber ständig präsent.“ Und was immer präsent ist, wirkt auch nach außen.

SECHS ERLEBNISREICHE TAGE

Studienfahrt durchs Königsberger Gebiet

Auch in schwierigen Zeiten machbar: Das nördliche Ostpreußen verwöhnte 24 deutsche Reisende mit großartiger Gastfreundschaft

Nach ein paar Jahren Pause sind wir wieder zurückgekommen, in das Land der dunklen Wälder – ins Königsberger Gebiet. Ja, wir – eine Gruppe aus der Bundesrepublik – haben uns Ende Juli mit 24 befreundeten Teilnehmern auf den Weg nach Königsberg gemacht. Eduard, der Chef vom Adebar-Reisetem, hat mehrere Monate im Voraus diese Reise mit uns organisiert und stand uns jederzeit mit Rat und Tat, samt unseren Umbuchungen, zur Seite. Dabei konnten wir feststellen, dass er ein perfekter, zuverlässiger Reiseorganisator ist und alles bestens hinbekam.

So nahmen wir alle Hürden, wie die Programmgestaltung, die Visumanträge, die Anreise über Danzig per Fernbus und vieles mehr. Am Sonntag, dem 27. Juli, gegen Abend am Busbahnhof in Königsberg nahm uns Eduard mit „unserem“ bequemen Reisebus in Empfang. Alexander, ein exzellenter Reise-Busfahrer, fuhr uns durchs Land und wir fühlten uns jederzeit sicher und gut in seinem Bus aufgehoben.

Am nächsten Morgen begleitete uns Larissa für fünf Tage als Reisebegleiterin. Sie startete mit dem alten und mit dem modernen Königsberg. Die letzten drei Tage übernahm dann Eduard als Reiseführer. Beide sind sehr erfahren, mit viel Wissen ausgestattet und sprechen ein so

gutes Deutsch samt blumiger Ausdrucksweise, dass wir uns dies auch mehr in Deutschland wünschen würden.

Das Bernsteinmuseum hatte leider gerade an diesem Montag wegen kurzfristiger Reinigungsarbeiten geschlossen. Noch ein Grund mehr, dies auf der nächsten Reise nachzuholen. Ein Höhepunkt des Tages war dann das Orgelkonzert im Königsberger Dom – ein ganz besonderes Erlebnis. Meine Familie nutzte den Montagmittag außerhalb der Gruppe, um gemeinsam zu unserem Großelternhaus zu fahren. „Danke an Eduard, dass du uns begleitet hast, es war uns sehr wichtig.“ Wir waren zuletzt vor ein paar Jahren ebenfalls in Begleitung des Adebar-Reiseteams dort gewesen und freuten uns, die alte „Babuschka“ mit 91 Jahren gesund und munter anzutreffen. Sie lebt seit 1951 in unserem Großelternhaus. Ihr 70-jähriger Sohn war auch zufällig da (gibt es wirklich Zufälle?) und dank der Übersetzung von Eduard konnten wir uns noch einmal viel über vergangene Zeiten austauschen. Es war eine herzliche und nachhaltige Begegnung auf beiden Seiten. Das ist auch Völkerverständigung auf zwischenmenschlicher Ebene.

Am nächsten Morgen nahm die Studienreise ihren Lauf – es ging über Tilsit,



Die Reisegruppe der Studienfahrt nach Königsberg in bester Reiselaune
Bild: Schoch-Kögel

Gilge per Bootsfahrt, das außergewöhnliche Heimatmuseum bei Juri, Gumbinnen, Tapiaw, Kurische Nehrung, Tanzende Bäume und Dünenlandschaft, Cranz, Rauschen, Bernsteinstadt Palmnicken und den Ostseestrand, um nur einen kleinen Auszug wiederzugeben.

Das Reiseprogramm, wirklich perfekt organisiert, trug zu Recht den Titel „Stu-

dienreise“. Manchmal war es auch mal dem einen oder anderen etwas zu viel, wohingegen andere wiederum doch noch mehr wissen wollten. So ist das bei einer größeren Gruppe eben.

Die letzten drei Tagen an der Ostseeküste waren zum langsamen Ausklang unserer Reise perfekt. So war eine individuelle Tages- beziehungsweise Abendge-

staltung für jeden möglich. Angebote in Rauschen und Umgebung gab es genug. Zum Tagesausklang gab es für viele aus der Gruppe Livemusik und Tanz sowie den einen oder anderen kleinen Wodka. Wir mitten in Rauschen und stets mit dabei ebenso russische Urlauber – auch das eine fröhliche und lebendige Begegnung, die zur Völkerverständigung beitrug.

Bis es letztendlich Abschied nehmen hieß und wir uns wieder am Sonntagvormittag, den 3. August am Königsberger Busbahnhof fanden. Wir nehmen sehr viele, ganz unterschiedliche, aber auf alle Fälle außergewöhnliche Eindrücke mit. Die Studienreise war ebenso anstrengend wie wunderschön.

Es ging per Fernbus zurück nach Danzig. Dort zerstreute sich die Gruppe mit diversen Verkehrsmitteln in verschiedene Richtungen in Deutschland. Wenn ich nach dem beeindruckendsten Erlebnis gefragt werden würde, sind es für mich die Menschen im Königsberger Gebiet. Wir hatten so viele berührende Begegnungen sowie Gespräche und konnten nur staunen, wie viele dort Deutsch sprechen. Wir duften erleben, wie herzlich sich Russen und Deutsche begegnen. Dazu gehörte auch das gesamte Adebar-Reisetem mit-samt Familie. Cornelia Schoch-Kögel

● AUFGESCHNAPPT

Aufregung in Nachrodt-Wiblingwerde: In der sauerländischen 6000-Einwohner-Gemeinde haben Unbekannte über Nacht mindestens 40 Deutschlandfahnen an allen möglichen öffentlichen Orten aufgehängt. Die parteilose Bürgermeisterin Birgit Tupat wittert einen rechtsradikalen Hintergrund („einfach schlimm“), der Staatsschutz wurde eingeschaltet. Tatsächlich haben Stimmen, die man unter Umständen ganz rechts einordnen könnte, die Aktion im Internet begrüßt. Aber: Nicht nur ist Schwarz-Rot-Gold laut Grundgesetz offizielles Staatssymbol. Auch muss man sich nun fragen, ob jeder, der eine patriotische Regung zeigt, im Deutschland des Jahres 2025 mit sofortigen pauschalen Verdächtigungen rechnen muss oder sogar mit Ermittlungen des Staatsschutzes gegen ihn. Etwa, weil er die Nationalhymne mit einer mutmaßlich „falschen“ Motivation gesungen hat. Warum Appelle an den Patriotismus junger Menschen im Zusammenhang mit dem Wehrdienst weitgehend verhallen, ist in diesem Klima leicht zu erklären. H.H.



Tanz auf der Brandmauer

● STIMMEN ZUR ZEIT

Anna Schneider greift in der „Welt“ (15. Oktober) CDU-Stimmen auf, die sich kritisch zur „Brandmauer“ geäußert haben:

„Die AfD wird nicht einfach verschwinden. Insofern sind es tatsächlich gute Nachrichten, dass sich sogar innerhalb der Union ein paar Köpfe finden, die in der Brandmauer wohl wenig mehr sehen als das, was sie ist: ein Konzept von Verlierern für Verlierer.“

Beatrice Achterberg versteht die Empörung über die Kritik von Friedrich Merz am veränderten „Stadtbild“ deutscher Städte nicht. In der „Neuen Zürcher Zeitung“ (17. Oktober) schreibt sie:

„Man fragt sich, wann seine (Merz') schärfsten Kritiker zuletzt mit offenen Augen durch eine größere deutsche Stadt gegangen sind. Spätestens im Herbst schießen Betonpoller aus dem Boden, um Terroranschläge auf einst friedliche Weihnachtsmärkte zu verhindern. Supermärkte, Schulen und Freibäder werden von Sicherheitsdiensten bewacht.“

Der Frankfurter Historiker Peter Hoeres warnt, der pauschale „Kampf gegen rechts“ zerstöre den demokratischen Pluralismus. In der „Berliner Zeitung“ (16. Oktober) stellt er klar:

„Rechts ist etwas anderes als rechtsradikal oder rechtsextrem ... Wenn man sich politisch rechts der Mitte sieht, sollte man das auch sagen. Man könnte sich als bürgerlich-rechts bezeichnen, um den Abstand zum Extremismus klarzumachen. Ich würde da wirklich für eine Rückeroberung plädieren.“

Wolfgang Büscher, Sprecher des Hilfswerks „Die Arche“ in Berlin, pflichtet Bundeskanzler Merz im Interview mit „Welt TV“ (17. Oktober) bei:

„Wenn das Stadtbild so wahrgenommen wird, dann ist das so, dann ist das Fakt. Da hat der Bundeskanzler durchaus recht ... Es ist Fakt, dass diese Stadtbilder so aussehen. Wir haben in Stadtbezirken wie hier in Berlin, in Neukölln, Antisemitismus, Israelfeindlichkeit und einen unwahrscheinlichen Hass auf alles Deutsche.“

Daniel Deckers fördert in der „Frankfurter Allgemeinen“ (20. Oktober) den seiner Meinung nach wichtigsten Grund für den Aufstieg der AfD zutage:

„Nichts hat die AfD in den vergangenen Jahren überall in Deutschland so sehr erstarren lassen wie die Mischung aus Ignoranz gegenüber den Sorgen der Mehrheit der Bürger bei gleichzeitiger Hätschelung von Minderheiten, wie sie die Ampelkoalition fast vier Jahre lang zu ihrem Programm erkoren hat.“

● WORT DER WOCHE

„Die alte deutsche Tragödie: ein Volk, das erst dann handelt, wenn der Boden unter seinen Füßen längst nachgibt.“

Ulf Poschardt in der „Welt“ vom 17. Oktober

DER WOCHENRÜCKBLICK

War alles umsonst?

Was Merzens „Stadtbild“-Spruch so gefährlich macht, und wie sich „Moral“ als Unmoral enttarnt

VON HANS HECKEL

Wir! Wir! Wir sind das Stadt-
bild!“ skandierten die Demonstranten auf dem Pariser Platz in Berlin. Auch „Brandmauer hoch!“ riefen sie dort vor dem Brandenburger Tor, wo der Verlauf einer anderen Mauer noch im Pflaster verewigt ist, deren Bau ebenfalls auf eine Initiative von ganz links zurückzuführen war.

Mehr als tausend Leute sollen teilgenommen haben. Damit überstiege die Menge der Demonstranten vermutlich sogar die Zahl der Verbände und NGOs, die zu der Kundgebung aufgerufen oder sie zumindest unterstützt haben. Abermals ein machtvoller Auftritt der „Zivilgesellschaft“ demnach.

Wenn diese Leute das Stadtbild von Berlin sind, fragt man sich in der Tat, wovon Friedrich Merz eigentlich gesprochen hat, als er nörgelte, wir hätten da „dieses Problem“. Schaute man durch die Reihen, bekam man nämlich den Eindruck, der Ausländer- und Migrantenanteil liege in der Hauptstadt bei unter einem Prozent. Denn wir blickten in lauter „Kartoffel“-Gesichter, unter welche sich nur in homöopathischer Dosis eine winzige Minderheit mischte, deren Antlitz darauf schließen ließ, dass ihre Wurzeln zumindest teilweise jenseits der deutschen Grenzen liegen könnten. So „biodeutsch“, rein abstammungsmäßig gesehen, ist uns Berlin schon sehr lange nicht mehr begegnet.

Kurzum: Wem man nicht gesagt hat, dass es sich um eine linke, „antirassistische“ Demo gegen einen christdemokratischen Kanzler gehandelt hat, der hätte glatt auf die Idee kommen können, dass sich hier einwanderungskritische Deutsche versammelt haben, um ihrer Majorisierung durch Zugewanderte entgegenzutreten. Und die deshalb darauf bestehen, dass immer noch sie das „Stadt-
bild“ von Berlin seien, und nicht fremde Migranten aus aller Welt. Puh!

Von solchen Abwegen wollen wir uns ganz schnell wieder verabschieden, denn die „Wir! Wir! Wir ...“-Rufer haben ein ganz sensibles Problem am Wickel. Seit Jahrzehnten mühen sich verantwortungsvolle Menschen damit ab, den Normaldeutschen deren Alltagsbeobachtungen auszureden. Oder aber zumindest dafür zu sorgen, dass sich der Normalo nicht mehr traut, offen auszusprechen, was er wirklich denkt. Diese zähen Bemühungen zeigen bemerkenswerte Erfolge: Laut ei-

ner jüngsten Allensbach-Umfrage hat fast die Hälfte der Deutschen den Eindruck, ihre Meinung zu heiklen Fragen nicht mehr frei äußern zu können. „Frei“ heißt, ohne ernste negative Folgen befürchten zu müssen. Anderen Untersuchungen zufolge ist der Anteil der Zwangsverstummteten sogar noch höher.

In diesen Zahlen spiegelt sich der beeindruckende Triumph der Meinungssäuberer, den sie sich nicht ausgerechnet von einem Merz kaputtreden lassen wollen. Der Verweis auf das „Stadt-
bild“ ist schließlich besonders gefährlich. Denn dieses Bild kann jeder sehen. Es ist unmöglich, die dort erfahrenen Eindrücke einfach unter wunschgemäßen „Studien“ linker Sozialwissenschaftler zu vergraben. Oder hinter dem „Narrativ“ verschwinden zu lassen, wonach es nichts zu sehen gibt, weshalb man schweigend weitergehen möge. Es ist da, das „Stadt-
bild“ – und jeder kann es erkennen.

Dem edlen Ansinnen, den einfachen Leuten das Maul zu stopfen, kommt so ein Merz-Ausspruch gefährlich in die Quere. Denn er könnte die Bürger zur freien Meinungsäußerung ermutigen nach dem Motto: „Wenn der das sagen darf ...“ Am Ende erzählt jeder ganz offen, was er sieht oder sogar, was er denkt – und schwupp bekämen wir wieder Zustände wie in der alten Bundesrepublik, wo alle frei von der Leber geredet haben. Eine entsetzliche Vorstellung: Sollen 25 Jahre Sprechverbotserziehung und „Cancel Culture“ denn völlig umsonst gewesen sein?

Schweigende Töchter im Sprachkorsett

Zumal Merz, der ja sonst geübt darin ist, eine Position blitzschnell zu räumen, sobald Gegenwind aufkommt, diesmal den Kotau vor Linksrün frech verweigert hat. Einem Reporter riet er süffisant, doch mal seine eigenen Töchter zu fragen, was er, Merz, mit „Stadt-
bild“ gemeint haben könnte.

Tja, die Töchter. Gar nicht so leicht vorherzusagen, was die antworten würden. Die 1996 geborene Journalistin Dorothea Schupelius beklagt in der „Welt“, dass junge Frauen und Mädchen viel zu wenig erzählten zu dem Thema. Und sie hat auch eine Ahnung, woher das Schweigen rührt: „Zu eng ist das moralische Sprachkorsett, dass in den vergangenen Jahren geschaffen wurde.“

Das Korsett wirkt beispielsweise so: Die junge Linkspartei-Aktivistin Selin Gören wurde 2016 in Mannheim von mutmaßlich arabischen Tätern vergewaltigt, behauptete

Was jeder sieht,
das kann man
nicht unter
wunschgemäßen
Studien linker
Wissenschaftler
begraben oder
hinter
„Narrativen“
verschwinden
lassen



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de